



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

General-Anzeiger der Stadt Mannheim und Umgebung. 1886-1916 1912

124 (14.3.1912) Mittagsblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-151708](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-151708)

Abonnement: 10 Pfg. monatlich, Bringerlohn 30 Pfg. durch die Post inkl. Postzuschlag Mk. 3.42 pro Quartal Einzel-Nr. 5 Pfg. Inserate: Kolonial-Beile 30 Pfg. Reklame-Beile 1.20 Mk.

General-Anzeiger



der Stadt Mannheim und Umgebung

Telegraphen-Adresse: „General-Anzeiger Mannheim“
Telephon-Nummern:
Direktion und Buchhaltung 1446
Buchdruck-Abteilung 341
Redaktion 377
Expedit. u. Verlagsbuchhdlg. 218

Badische Neueste Nachrichten

Täglich 2 Ausgaben (außer Sonntag) Gelesenste und verbreitetste Zeitung in Mannheim und Umgebung Eigenes Redaktionsbureau in Berlin
Schluß der Inseraten-Aannahme für das Mittagsblatt morgens 9 Uhr, für das Abendblatt nachmittags 5 Uhr

Beilagen: Amtliches Verkündigungsblatt für den Amtsbezirk Mannheim; Handels- und Industrie-Zeitung für Südwestdeutschland; Beilage für Literatur und Wissenschaft; Unterhaltungsblatt; Beilage für Land- und Hauswirtschaft, Mannheimer Schachzeitung; Sport-Revue, Wandern und Reisen und Winterport; Mode-Beilage; Frauen-Blatt.

Nr. 124.

Mannheim, Donnerstag, 14. März 1912.

(Mittagsblatt.)

Die heutige Mittagsausgabe umfaßt
Seiten.

Telegramme.

Der italienisch-türkische Krieg.

Paris, 14. März. (Von unserm Berliner Bureau.) Aus Paris wird gebracht: Der Konstantinopeler Berichterstatter des Temps meldet das eigenartige Gerücht, daß zwischen Rußland und Italien ein gegen die Türkei gerichtetes Offensivbündnis beschloffen worden sei. Nach diesem Vertrage würde Rußland bereit sein, gleichzeitig mit dem Vorgehen der italienischen Flotte im Ägäischen Meere von Norden aus eine Aktion gegen Konstantinopel einzuleiten. Das Gerücht ist vermutlich durch die Abberufung Tscharkows und durch die neuerdings angeordneten Bewegungen russischer Truppen an der kaukasischen Grenze hervorgerufen.

Der Temps fügt hinzu, daß er seinem Korrespondenten die Verantwortung für diese Meldung überlassen muß.

Rom, 13. März. In der Deputiertenkammer erinnerte der Kriegsminister an den Kampf von Somo am 27. Februar, wo die italienischen Truppen wohl vorbereitet und mit heldenhafter Mühelosigkeit gewonnen und durch Gewehrfeuer und mit dem Bajonett die wiederholten Angriffe des Feindes zurückgewiesen hätten. An diesem Tage und in der Nacht zum 5. und 6. März hätten die Italiener dem Feinde sehr ernsthafte Verluste beigebracht. Weiter wies er auf den Kampf bei Derna am 8. März hin, wo die italienischen Truppen mit dem Bajonett den geschickten und wachamen Feind zurückgeschlagen hätten. Dabei seien die Italiener von der mutigen Verteidigung zum Angriff übergegangen, bis der erlittene Kampf dem Feinde dem Ansturm gewichen sei und die Türken das erste Mal offiziell zugegeben hätten, sie seien geschlagen. Der Minister erwähnte sodann den Kampf bei Tobruk am 11. März, wo ein neuer Vorstoß des Feindes sich an den italienischen Bajonetten gebrochen hätte und die Italiener ihm dann im offenen Lager erhebliche Verluste beigebracht hätten. Endlich sprach der Minister von der gestrigen Schlacht bei Benghasi, wo die Sonne des Sieges von neuem noch strahlender über den italienischen Waffen erglänzte. Während die italienischen Luftfahrzeuge in Tripolis und Benghasi am Himmel dahingezogen seien, hätten die Truppen einen vollen Sieg davongetragen, so daß der italienische Besitz an allen Küsten Libyens von neuem durch das Blut der Italiener erworben und durch die italienischen Waffen gebilligt sei. Regen wir, so schloß der Kriegsminister, neue Vorbeeren und Kränze auf die Gräber der Edlen und sprechen wir den Kämpfern unseren Gruß und Dank aus. Das ganze Vaterland weiß, daß seine Fahnen, sein Glück, seine Zukunft in guten Händen liegt. — Die ganze Kammer erhob sich und begrüßte den Kriegsminister mit begeistertem Beifall. Sodra auf die Arme wurden ausgedrückt. Der Präsident Marcora schloß sich den Worten des Ministers an. Auch er wurde mit lebhaftem Beifall begrüßt. Der Kriegsminister gab im Senat die gleichen Erklärungen ab wie in der Kammer, die auch hier andauernd lebhaften Beifall hervorriefen.

London, 14. März. (Von unserm Londoner Bureau.) Nach einer Meldung des Korrespondenten des Daily Express, der sich im türkischen Hauptquartier in Tripolis befindet, sollen die Italiener gezwungen worden sein, ein Sara vischlich zu räumen, nachdem schon vorher die italienischen Truppen dort fortgesetzt angegriffen wurden, besonders zur Nachtzeit.

Konstantinopel, 13. März. (Agence Sabas.) Wie französischerseits berichtet wird, wurde den Konsuln der Mächte jenseits von dem Gouverneur der Dardanellen Mitteilung von der Bestimmung gemacht, daß von heute ab den Dampf- und Segelschiffen untersagt sei, außerhalb der Fahrtrinne zu fahren, welche vor dem Punkte Sabausen auf der europäischen Seite, der von Bojen gebildet wird, beginnt.

Ein handelspolitisches Verständigungskomitee.

Berlin, 14. März. (Von unserm Berliner Bureau.) Wie die „Tägl. Ndsch.“ hört, haben der deutsche Handelsrat, dessen Präsident der Reichstagspräsident Kämpf ist, weiter die Vertreter des Kaufmannsstandes, die großen Handelskammern, der Zentralverband deutscher Industrieller und der Bund der Industriellen, ein handelspolitisches Verständigungskomitee, das aus Delegierten aller beteiligten Korporationen zusammengesetzt ist, unter Vorsitz des Herrn Dr. Waldschmitt ins Leben gerufen, dessen Aufgabe es sein soll, von einer Zentralfstelle aus die Forderungen und Wünsche von Deutschlands Industrie und Handel gelegentlich der Erneuerung der Handelsverträge an zuständige Stelle zu vertreten.

Uebrigens beginnen die produktionsstatistischen Fragebogen, die das Reichsamt des Innern ausgefandt hat, um Material

für die beabsichtigte Novelle zum Holtarifgesetz zu erhalten, wieder zahlreicher in das Amt zurückzugehen, sodaß diese Art der Vorarbeiten in nicht zu ferner Zeit abgeschlossen sein dürfte. Allerdings ist damit nur der kleinere Teil der vorbereitenden Tätigkeit der Regierungsstelle erschöpft. Vor dem Jahre 1915 kann kaum damit gerechnet werden, daß sich der Reichstag mit unserer künftigen Zollgesetzgebung beschäftigen wird.

Bebel ein verkappter Monarchist.

Berlin, 14. März. (Von unserm Berliner Bureau.) Aus Rom wird gemeldet: Der sozialistische Abgeordnete Terri, der wegen seiner Haltung im italienisch-türkischen Krieg von Bebel heftig angegriffen wurde, veröffentlicht in den hiesigen Blättern einen offenen Brief an den Reichstagsabgeordneten Bebel, dem er vorwirft, nichts anderes, als ein verkappter Monarchist zu sein. Er schließt mit den Worten: „Ich weise jeden Angriff Bebels auf mich entschieden zurück, da ich stets mit ehrlichen Waffen kämpfe und nicht wie andere unter Zuhilfenahme von Fälschungen.“

Kämpfe in Marokko

Mohat, 13. März. Die Kolonne Brulard hatte mit den Aufstrebenden vom Stamm der Beni Halem ein Gefecht. Sie schlug den Feind in die Flucht und verfolgte ihn bis Tachel-Hobid hinein. Die Franzosen hatten zwei Tote und vier Verwundete. Die Aufständischen entflohen.

Wittenberge, 13. März. Die Singer Nähmaschinen-Fabrik sperrete ihre sämtlichen Arbeiter und Arbeiterinnen aus. Betroffen werden etwa 1400 Personen. Die Ursache der Ausperretung ist der Streik der Formereibteilung.

Die Bergarbeiterbewegung.

Die Streiklage.

Essen (Ruhr), 13. März. In der Vorstandssitzung des Zechenverbandes fand nach einem eingehenden Vortrage des Bergwerks-Randbrock eine allgemeine Aussprache über die Lage und den Schutz der Arbeitswilligen statt, der allgemein als völlig unzureichend bezeichnet wurde.

Essen (Ruhr), 13. März. Wie der Bergbauverein mitteilt, sollten bei der gestrigen Nachtschicht anfahren 18 944 Mann, angefahren sind 11 890, es fehlten 3720 pCt. In der kombilinierten Früh- und Mittagschicht (berichtigte Zahlen) sollten anfahren 312 181 Mann, angefahren sind 123 201, es fehlten 58,54 pCt., in der Mittagschicht sollten anfahren 16 895 Mann, angefahren sind 9453, es fehlten 44,05 pCt.

Essen (Ruhr), 13. März. Den in den Ausstand getretenen Bergleuten wird morgen durch Postkarte mitgeteilt, daß die Zechen sie wegen willkürlichen Fehlens aus der Bestimmung des Arbeitsvertrages wegen Vertragsbruches sechs Schichtlöhne einhalten werden.

Wochum, 13. März. Der Vorstand des sozialdemokratischen Aiten Bergarbeiterverbandes verbreitet heute in einer Waffenaufgabe folgende dringende Warnung an alle ausländischen Bergleute:

Kameraden! Einige Vorläufer der letzten Tage veranlassen uns, dringend zur ruhigen Besonnenheit und Disziplin zu mahnen. Vor allen Dingen ist es dringend notwendig, Zusammenrottungen zu unterlassen. Die Arbeiterfeinde ruhen schon nach Militär und Belagerungszustand. Gelingt es ihnen, ihr Vorhaben zu verwirklichen, dann erleidet unser gerechter Kampf schwere Schoden. Hört die Mahnung! Seid vernünftig! Es darf unter keinen Umständen gelingen, unsere gerechte Sache zu schädigen. Auch möchten wir der Behörde anbringen, auf die fremden Beamten beruhigend einzuwirken. Diese lassen sehr viel an Ruhe vermissen. Wo einheimische Sicherheitsorgane den Dienst versehen, dort macht sich nicht die geringste Störung bemerkbar. Diese kennen Land und Leute und wissen, daß ein gutes Wort viel ausmacht. Nochmals, freilebende Kameraden, sorgt für Ordnung, Ruhe und Disziplin. Die Organisation kann und darf nicht gegeben, daß diese gestört wird. Bereitet der Organisation keine Schande. Unsere Sache steht gut. Schon streiken 200 000 Bergarbeiter. Obert die brüderliche Mahnung und führt den gerechten Kampf in Ruhe und Ordnung weiter. Meidet den Alkohol und weist alle anrüchigen Elemente aus euren Reihen. Der Vorstand des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands.

M. Köln, 14. März. (Priv.-Tel.) Die Ausständigen im Dortmunder Revier sind für Ausscharen im Streik. Ihre Stimmung ist erbittert, sie läßt Ausschreitungen befürchten, denen allerdings das starke Gendarmen- und Polizeiaufgebot gewachsen zu sein scheint. Auf verschiedenen Zechen haben die Arbeiterauschüsse Versammlungen abgehalten, die aber nach den vorliegenden Berichten zu keinem Ergebnis gekommen sind, weil die Zechenbesitzer sich nicht zu Zugeständnissen

quemen wollen, sondern geltend machen, daß die Löhne den Stand von 1907 erreicht und in vielen Fällen überschritten hätten.

Der Schutz der Arbeitswilligen.

Berlin, 13. März. Die nationalliberale Fraktion des Abgeordnetenhauses hat folgende Interpellation eingebracht: „Ist die Regierung bereit, über die Lage des Ausstandes der Bergarbeiter im Ruhrgebiet Auskunft zu erteilen? Hat die Regierung ausreichend Vororge für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung im Streikgebiet getroffen? Auch die anderen Parteien haben hierzu Interpellationen angemeldet. Von konservativer Seite wird die Frage wie folgt gestellt: „Ist die Regierung bereit, darüber Auskunft zu erteilen, wie weit Nachrichten über Ausschreitungen in den Streikgebieten den Tatsachen entsprechen und ob voll genügende Maßregeln getroffen sind, um den Arbeitswilligen unbedingten behördlichen Schutz zu gewähren und die Ordnung aufrecht zu halten? Die freikonservative Interpellation lautet: „Ist die Regierung bereit, über den Stand des Streiks, insbesondere über die Maßnahmen zum Schutz der Arbeitswilligen und deren Wirksamkeit Auskunft zu erteilen? Die Fortschrittler fragen: „1. Ist die Regierung bereit, Auskunft darüber zu erteilen, ob sie rechtzeitig Schritte getan hat, dem Ausbruch der Arbeitsstreitigkeiten im rheinisch-westfälischen Kohlenrevier vorzubeugen? 2. In welcher Weise gedenkt sie zur möglichst schleunigen Beendigung des Streiks beizutragen? Diese Interpellationen dürften am Montag zur Verhandlung kommen.“

Einwoisler verbreitet der offiziöse Telegraph folgende Mitteilung, die den von allen Seiten sich mehrenden Forderungen nach wirksamerem Schutz der Arbeitswilligen gegenüber das allgemeine Streben der Regierung nach einem solchen Schutz betont:

Berlin, 13. März. Aus dem Verlaufe der gestrigen Herrenhausverhandlungen über den den Schutz der Arbeitswilligen betreffenden Antrag v. Puttkamer ist in der Presse hier und da gefolgert worden, daß es die Staatsregierung bei dem gegenwärtigen Ausstande im Ruhrgebiet an dem genügenden Maße von Laikraft bei der Durchführung des Schutzes für die Arbeitswilligen fehlen ließe. Wie unzutreffend eine derartige Annahme ist, geht aus den strengsten Weisungen hervor, die von Beginn der Bewegung an in dieser Beziehung an die mit dem Schutz beauftragten Provinzialbehörden ergangen sind. Diese Behörden sind beauftragt worden, mit Hilfe der wesentlich verstärkten Polizei- und Gendarmenmacht den Schutz der Arbeitswilligen in umfassendstem und voll ausreichendem Maße durchzuführen. Auch sind die Behörden ausdrücklich darauf hingewiesen worden, daß, wenn der hiernach unbedingt zu gewährenden Schutz der Arbeitswilligen mit den vorhandenen zivilen Polizeikräften nicht durchgeführt werden kann, rechtzeitig militärische Hilfe heranzuziehen ist.

Ausschreitungen.

M. Köln, 14. März. (Priv.-Tel.) Auf der Zeche Radbod kam es bei dem Schichtwechsel gestern nachmittags zu schweren Unruhen. Die Gendarmen und Schutzleute wurden mit Steinen beworfen. Die Gendarmen ritten mehrere Attaden und machten von der blanken Waffe Gebrauch. 35 Mann wurden verhaftet. Auch gab es mehrere Verletzte. Nach Schluß der Schichten sammelten sich auf der Zeche Kaiserstuhl riesige Menschenmassen an, welche schließlich von der Polizei mit Wassergewalt auseinandergetrieben wurden. Die Arbeitswilligen der benachbarten Zechen wurden von einer großen Menge Ausständiger bis in das Stadtgebiet Dortmund verfolgt und beschimpft. Die Dortmunder Polizei trieb die Menge zurück.

Hamborn, 13. März. Wie die Polizeiverwaltung mitteilt, wurden heute nachmittags vier Personen verhaftet, weil sie auf vereinzelt reitende Patrouillen geschossen haben, eine Person, weil sie aus dem Fenster auf einen vorübergehenden Polizeikommissar mit Eisenfäden geworfen hatte. Arawalle fanden nachmittags und abends nicht statt.

Buer, 13. März. Die Polizeiverwaltung teilt mit: Heute nachmittags wurde in der Königgräber Straße der Bergmann Zapolla erschossen. Der Sachverhalt ist kurz folgender: Die Gendarmen wurde mit Steinen beworfen, als sie nun zur Verhaftung eines Beteiligten schritt, wurde sie von fünf bis sechs Personen angegriffen und abermals mit Steinen beworfen. Der mehrmaligen Aufforderung, auseinander zu gehen, wurde keine Folge geleistet. Die Gendarmen war schließlich gezwungen, die Schußwaffe zu gebrauchen.

Noch keine Einigung in England.

London, 13. März. (Von unserm Londoner Bureau.) Die Konferenz der Kohlenrubenarbeiter und der Grubenbesitzer dau-

erte gestern von 11 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags. Eine endgültige Einigung wurde nicht erzielt und entgegen der sehr optimistischen öffentlichen Meinung erklärt der Sekretär der Vereinigung der Kohlengrubenarbeiter, er bezweifle, ob überhaupt wieder eine Konferenz zwischen den Parteien zustande kommen werde. Alles wird von der heute nachmittag 3 Uhr zusammen tretenden Vertreterkonferenz abhängen, sowie davon, was der Premierminister zu sagen hat. Die Gewerkschaften sind mit ihren Mitteln nahezu am Ende und die hunderttausende von Arbeitern, die mit Frauen und Kindern hungern, weil sie keiner Gewerkschaft angehören, haben mit ihrem Glanz die Arbeiter gefügig gemacht. Sie wollen die Verantwortung für den Streik nicht weiter tragen und sind zum Nachgeben bereit. Die Gewerkschaften haben pro Woche der Streikdauer nicht weniger als 37 300 Pfund Sterling bezahlt, wobei die Streikgelder der Vereinigung der Kohlenarbeiter nicht mitgezählt sind. Die Eisenbahngesellschaften sollen in der letzten Woche einen Verlust von 10 Millionen M. gehabt haben.

Zu Ausstellungen ist es bis jetzt nur gestern im fogen. Woodpit gekommen, wo Polizei einschreiten mußte und mehrere Leute nicht unbedenklich verletzt wurden.

Die jüdischen Bergarbeiter.

* Zwitau, 13. März. Von dem hiesigen Bergarbeiterverband ist das königliche Bergamt Freiberg um Vermittelung zwischen den Arbeitern und den Werken ersucht worden. Das Bergamt legte diese zu. Die Vermittelungsversuche werden im Laufe der Woche stattfinden. Am Sonntag finden wiederum Bergarbeiterverhandlungen statt, die sich mit der neu geschaffenen Lage befaßt werden.

Die amerikanischen Bergarbeiter.

* New York, 13. März. Die Besitzer der Anthracitgruben scheuen die von den Arbeitern geforderte 40proz. ige Lohn-erhöhung mit der Begründung ab, daß dadurch die Produktionskosten jeder Tonne Kohle um 40 Cent erhöht würden. Es sei ihnen unmöglich, die Lohnhöhung zu bewilligen, wenn es nicht gestattet wäre, die Kohlenpreise entsprechend zu erhöhen.

Deutsches Reich.

— Die jüngste Waffe im deutschen Heere. Die deutsche Seereserveverwaltung hat bei den Berliner Aeroplanwerken Igo Etich 40 Flugapparate in Auftrag gegeben, davon 16 nach dem Typ „Lande“. Die Lieferung in Berlin soll per Mai erfolgen.

— Das Inkrafttreten des Viehschlaggesetzes. Wie verlautet, hat es sich nicht ermöglichen lassen, den für das Inkrafttreten des Viehschlaggesetzes in Aussicht genommenen Termin vom 1. April inne zu halten. Das Inkrafttreten des Gesetzes dürfte daher durch kaiserliche Verordnung auf den 1. Mai d. J. festgesetzt werden.

— Das Disziplinarverfahren gegen Barrer Traub wurde mit der Vernehmung Traubs vor dem Breslauer Konsistorium gestern beendet. Heute beginnen die Plaidoyers, sobald heute abend das Urteil zu erwarten steht.

— Keine Neuerung in den Priesterweihe-Bestimmungen. Ueberreinstimmend mit einer Meldung vom 9. März erklärt der Offizieller Kommandant der Heilige Stuhl habe niemals daran gedacht, ein derartiges Dekret betr. die Alterserhöhung für die Priesterweihe herauszugeben.

— Die amerikanische Sege gegen Deutschland. Aus Washington wird gemeldet: Die Meldung der Tribune und anderer Regierungsblätter über Deutschlands Absichten auf eine Kohlenstation in Kolumbien ist das Produkt der Panzerplattenpartei hier, die dadurch die Kongreßdemokraten bewilligungslustig machen will. Die Meldung hat hier gar kein Brecheso gefunden.

Badische Politik.

In Heidelberg ist der Landgerichtsdirektor Freiherr Stöckhorner von Starck nach ganz kurzer Krankheit gestorben. Der Verstorbenen, 1843 in Karlsruhe geboren, wurde, nachdem er 1869 Referendar geworden, 1871 zum Amtsrichter in Eberbach ernannt. 1875 wurde er nach Weichselberg versetzt, 1878 zum Amtsrichter ernannt. 1894 kam er als Landgerichtsrat nach Karlsruhe, 1901 als Landgerichtsdirektor nach Mosbach. Seit 1904 war der Verstorbenen in gleicher Eigenschaft am Heidelberger Amtsgericht tätig. Freiherr von Stöckhorner war früher Führer der badischen Konservativen.

Seuilleton.

Ein Blick hinter die Kulissen der Parfümkunst.

Der nahende Frühling bringt uns mit seiner Blumenfülle auch jenen betäuschenden Duft, den die Kinder Florens den Menschen überden; doch die Kultur begnügt sich schon seit langem nicht mehr mit diesen natürlichen Düften, sondern sie bilden für sie nur das Rohmaterial, aus dem sie härtere, dauernde und verfeinerte Wohlgerüche herstellt. Die Kunst des Parfümiers ist zu immer höherer Vollendung gediehen und umschließt heute komplizierte Geheimnisse, die eine ganze Wissenschaft für sich bilden. In einem Aufsatz von „Ueber Land und Meer“ läßt uns A. Diederichs einen interessanten Blick hinter die Kulissen dieser Parfümkunst tun, die den Blumen ihren duftenden Gehalt entlockt und diesen dann zu neuen Duftkombinationen benützt.

Eine ganze Industrie ist damit beschäftigt, in den Blumenparadiesen des Südens den so rasch verwehenden Wohlgeruch der Blume über ihr Leben hinaus festzubehalten. In den mehr als 50 Destillieren der Riviera werden jährlich Millionen Millionen Orangensüßholz, Rosenblätter, Veilchen-, Jasmin- und Cassiablüten, Lavendel, Tuberosen, Narzissen und Reseden verarbeitet. Manche, wie die Rose, geben ihren Duft gewollig her; die Blätter werden in ungeheure Kessel geklopft und mit Wasserdampf solange hindurchgetrieben, bis die Tropfen des kostbaren Rosenöls gewonnen sind. Bei andern Blumen, wie der Tuberosen und dem Jasmin, bedarf es komplizierter Methoden, um ihnen ihre duftende Seele zu entreißen. Dies geschieht durch die sogenannte Enflourage, wobei die frischen Blüten in fingerdicke Zetteln gesteckt werden oder, wie beim Veilchen,

Die Bewässerung Mesopotamiens.

w. Berlin, 11. März.

Der Staatsminister und Frau v. Breitenbach hatten für heute zahlreiche Einladungen zu einem Abendessen ergehen lassen. Ihm ging ein Vortrag des Reg.-Baumeisters Tholens voran über die Wasserwirtschaft in Mesopotamien in der Vergangenheit und ihre Wiederbelebung in der Gegenwart, derselbe Vortrag, den vor kurzem der Kaiser am selben Orte mit sehr großem Interesse gehört hat. Reg.-Baumeister Tholens hat sich im Auftrage des Ministers der öffentlichen Arbeiten vom Oktober 1910 bis September 1911 zum Studium wasserwirtschaftlicher Fragen in der asiatischen Türkei aufgehalten. Er sprach in der Einleitung über Eisenbahnbauten und Bewässerungsmöglichkeiten der letzten Jahre in Kleinasien und über die Pläne der türkischen Regierung für die kommenden Jahre. Hervorgehoben wurde als einziges wasserwirtschaftliches Unternehmen, das in der Ausführung ist, die Bewässerung von 50 000 Hektar in der Ebene von Konia. Die Bauausführung liegt in den Händen der bekannten deutschen Baufirma Ph. Holzmann u. Co. in Frankfurt a. M. Zu dem eigentlichen Thema übergehend, schilderte der Vortragende die frühere Bewässerung des Landes zu den Zeiten der alten Babylonier, Perser und Araber. Die Art der Bewässerung ist wohl bei allen Kulturvölkern dieses geschichtlich und wasserwirtschaftlich gleich interessanten Landes dieselbe gewesen. Man nutzte die Hochwasserzeit der Flüsse Euphrat und Tigris von März bis Juni eines jeden Jahres aus, um in einem Netz von Kanälen das fruchtbare Wasser über das ganze Land zu führen. Das war möglich, da der Wasserspiegel der durch Teiche eingefassten Ströme zu dieser Zeit höher als das Land stand. Noch jetzt bezeugen mächtige Kanalbauwerke mit zwischenliegenden Kanalarbeit, die namentlich im Norden des Landes anzutreffen sind, den hohen wasserwirtschaftlichen Stand des Landes in früheren Jahrhunderten. Jetzt ist das Land trotz des fruchtbaren Bodens öde und kahl, das hochliegende Land ist Steppe geworden, das tiefliegende Sumpf. Im Auftrage der türkischen Regierung hat der bekannte englische Wasserbauingenieur Sir William Willcocks Pläne für die Wiederbewässerung des Landes aufgestellt und diese Entwurfe vor einem Jahr dem türkischen Arbeitsministerium vorgelegt. Er will im wesentlichen das Kanalnetz der Alten wiederherstellen. Durch Anlage von mächtigen Stauwerken in den beiden Flüssen Euphrat und Tigris soll aber erreicht werden, daß das Wasser in den Kanälen nicht wie früher nur während dreier Monate höher steht als das angrenzende Land, sondern während des ganzen Jahres, so daß Wasser auch im heißen Sommer mit notfallscher Vorsicht auf das Land gebracht werden kann. Babylonien wird so ein zweites Ägypten werden. Die Kosten der ganzen Anlage werden für ein Bewässerungsgebiet von 1,4 Millionen Hektar auf 550 Millionen Mark veranschlagt. Die Schwierigkeiten für die Ausführung dieses zweifellos wirtschaftlichen Unternehmens bestehen nach dem Vortragenden in der Aufbringung der Geldmittel durch die türkische Regierung, in der geringen Bevölkerung des Landes und in den vorläufig noch schlechten Verkehrsverbindungen und nach dem Lande. Sie sind aber, wie der Vortragende des näheren ausführte, zu überwinden durch eine langsame, allmähliche Erschließung Mesopotamiens. Für besonders wirtschaftlich hält er kleine Bewässerungsanlagen von 10 000 bis 30 000 Hektar Größe zum Anbau von Getreide und Baumwolle, auf einer bewässerten Fläche von 1,4 Millionen Hektar werden etwa eineinhalb Millionen Tonnen Getreide und eine Million Ballen Baumwolle geerntet werden können, eine Ernte, die einen Wert von etwa 400 bis 500 Millionen Mark hat. Vergleich man diese Zahl mit der jetzigen Ausfuhr des Landes an landwirtschaftlichen Erzeugnissen — Getreide, Reis, Mais, Datteln und Schafwolle — von 23 Millionen Mark, so erhellt daraus, wie das Land selbst, aber auch der Verkehr mit dem Lande zunehmen muß, wenn einmal wieder 1,4 Millionen Hektar Boden in Kultur sind, und wenn die neuerstandene Landwirtschaft ihre Anforderungen an Pumpen, Pflügen und anderen Geräten auf dem europäischen Markt stellen wird. Ueber die Ausführung dieser Arbeiten ist eine Entscheidung noch nicht gefallen; zurzeit sind aber schon am Euphrat südlich Hamadie und im Hindie-Lauf des Euphrats Bauten im Gange, die einmal einen Schutz der Niederung gegen Hochwasser bedeuten, dann aber auch dem Lande südlich von Babylon am alten Flußlauf des Euphrats wieder Wasser zuführen sollen. Diese Arbeiten werden von einer englischen Unternehmung Sir John Jackson Ltd. ausgeführt und für das Land von großem Nutzen

mit hellem Fett übergossen werden. Das Fett, mit dem die stähligen Blumenbüsche eine Verbindung eingehen, lautet so gleichsam das Innerste der Blume, den „Extrait d'odeur“, gierig auf.

Die moderne Chemie gibt dem Parfümeur noch andere Verfahren an die Hand, um der Blüte ihren Duft zu entziehen; die Blumen werden in Schwefelkohlenstoff oder Petroleumäther gelegt, wobei sie auch noch andere Geruchsubstanzen als bei der Enflourage abgeben. Auf diese Weise sammelt allmählich der Parfümeur sein köstliches Material, aus dem er seine Duftmischwerke schafft. Neben dem Rosenöl sind ihm das Orangensüßholzöl des Straußbaumes, das aus Apfelschalen gewonnene Portugalöl, das Bergamottöl unentbehrlich. Dazu kommen das aus dem Holz der Feder destillierte Jodernholzöl, das Kampferöl, das Bittermandelöl, die Vanilleinfuhr, die einer in Südamerika, Mexiko und auf der Insel Bourbon wachsenden Orchidee entstammt, das Ylang-Ylang-Öl, einer Blume der Hibiscusgattung, das starke, aufbringliche Balsamöl vom Bogostemonstrauch Javas und Ceylons, das Öl der florentinischen Nelkenwurzel. Ferner der Weibrauch, weiter an Orangen und Balsamen die Myrrhe, das Benzoeharz, der Stryg und der Kerubalkam. Von tierischen Absonderungen wird die vom Böttvahl stammende wachartige Ambra, die als Krallen aus dem Meer gefischt wird, verwendet, ferner der Ibis und der unentbehrliche Moschus aus den Drüsen des ostasiatischen Moschustieres, der als kostbares Ingredienz in dichtverfüllten Bleistiften aus dem fernen Osten kommt. Auch eine ganze Menge wohlriechender Präparate, die auf chemischem Wege hergestellt sind und natürliche Gerüche ersetzen sollen, steht dem Parfümeur zur Verfügung, so das Aumarin, das den Wohlgeruch des Waldmeisters entpricht, das Jacon, das den natürlichen Veilchengeruch vertritt, das künstliche Heliotropin und Vanillin, das Terpineol, das wie Aibeter riecht. All diese konzentrierten Gerüche haben an sich durchaus keinen angenehmen Duft, sondern die Kunst des Parfümeurs macht sie erst dazu durch richtiges Mischen und Zusammenstellen, durch eine

sein. Der Vortrag war begleitet von einer Reihe von Lichtbildern aus dem Niederungsgebiet des Zweistromlandes.

Badischer Landtag.

Zweite Kammer. — 37. Sitzung.

□ Karlsruhe, 13. März

(Schluß.)

Minister Freiherr von Bobman:

Es ist angeregt worden, die Partei der Nichtwähler zu ergründen, nachzuforschen, welchem Verufe diese Partei angehöre. Diese Anregung ist in Erwägung gezogen worden. Wir haben uns überzeugt, daß diese Anregung nicht durchgeföhrt werden kann, weil dies zuviel Opfer an Zeit erfordern würde. Von Interesse dürfte sein, daß wir bei der letzten Volkszählung das elektrische Zählverfahren angewendet haben, das uns eine Zeitersparnis von drei Monaten gebracht hat. Ich darf mit Befriedigung feststellen, daß allseits anerkannt worden ist, daß sich unser Erwerbsleben, Gewerbe, Handwerk, Handel und Industrie in aufsteigender Richtung bewegt. Es ist zu hoffen, daß diese Bewegung anhält, daß insbesondere auch die schwere Erschütterung, die uns der englische und der deutsche Kohlenarbeiterstreik bringen, ohne schwere Schädigung vorübergehen wird. Wer verantwortlich ist für diese Erschütterung, hat sich mit schwerer Schuld beladen. Die Ursachen in der aufwärtsstrebenden Bewegung liegen zunächst in der Tätigkeit unserer Unternehmer, ihrer Angestellten und ihrer Arbeiter, dann in der Tätigkeit der Gewerbetreibenden. Das Reich hat durch seine Zollpolitik das Erwerbsleben in Industrie, Handel, Gewerbe und Handwerk geschädigt und gleichzeitig auch durch seine Zollpolitik der Landwirtschaft seinen Schutz verziehen, der sie kräftig gemacht hat. (Sehr richtig! beim Zentrum.) Ich glaube, es ist das ein Faktor, der nicht übersehen werden darf, wenn man von den Fortschritten des Gewerbes und des Handwerks spricht. Der einzelne Staat und speziell unser Staat kann ja auch manches auf dem Gebiete der Handwerkerförderung tun und die Zahlen in unserem Budget zeigen, daß wir nicht nur schöne Worte für das Gewerbe haben, sondern daß auch schöne Geldmittel mit Zustimmung der Landstände aufgewendet werden. Wir haben ja über 1/2 Millionen Mark für Gewerbeförderung vorgezogen.

Zu unserer Handelsvertragspolitik möchte ich bemerken, es muß dem gesamten Erwerbsleben durch langfristige Handelsverträge eine feste Grundlage für seine Unternehmungen gegeben werden. In dieser Richtung ist die Regierung an ihrem Teil tätig. Sie wird sich bei der Vorbereitung der neuen Handelsverträge in steter Fühlung halten mit allen Zweigen des badischen Erwerbslebens und mit dessen Vertretungen. Die Regierung wird nach Möglichkeit die Wünsche hören, die ihr entgegengebracht werden. (Beifall.) Die Förderung des Gewerbes liegt hauptsächlich auf dem Gebiete der Erziehung. Die Organisationen der Handwerker wird die Regierung nach Kräften fördern. Die Regierung stimmt der Forderung der Gewerkschaften wegen der Anstellung von Fachlehrern zu, dabei ist es nicht ausgeschlossen, daß auch die außerberuflichen Leistungen der Fachlehrer in würdige Berücksichtigung gezogen werden. Hinsichtlich des Neubaus des Landesgewerbesamtes bin ich mit den Ausführungen des Berichterstatters einverstanden. Der kurzam ist ein Erlaß an die Bezirksämter hinausgegangen, der darauf aufmerksam macht, daß die Bestimmungen der Gewerbeordnung über das Verhältniß zwischen auch Anwendung finden auf die Arbeiterinnen und die Bestimmungen über die Gesellen- und Meisterprüfung auf die Frauen.

Das Baugewerbe liegt wohl in diesen Orten, aber nicht überall darnieder. Bezüglich der Beschaffung von Hypotheken sind wir den Bestrebungen der Städte entgegengekommen; weitere Anregungen werden wir stets wohlwollend prüfen. Wenn man von der ungünstigen Wirkung der Vermögenssteuer spricht, so darf nicht vergessen werden, daß Jahrzehnte hindurch die Häuserwerte zu niedrig versteuert worden sind; ebenso wirkt auch die Wertzuwachssteuer, die aber trotzdem eine gerechtfertigte Steuer ist. Das Material, das der Regierung auf ihren Wunsch hinsichtlich des Bauzinswunders vorgelegt worden ist, wurde nicht für ausreichend befunden, um in Baden den zweiten Teil des Reichsgesetzes zur Sicherung der Bauforderungen einzuführen. Das Ministerium ist der Ansicht, daß diese Bestimmung dort in Kraft gesetzt werden sollen, wo wirklich ein erheblicher Bauzinswunder nachgewiesen wird; das war in anderen Lande bis jetzt noch in keiner der größeren Städte der Fall. Ganz richtig hat der Abg. Köhring darauf hingewiesen, daß das Bauzinswunder seine volle Wirksamkeit nicht entfalten kann, solange nicht dafür gesorgt wird durch ständige Überwachung, daß es auch tatsächlich geführt wird. Wir haben die Handwerkskammern ersucht, wenn ihnen Klagen über Bauzinswunder zu Ohren kommen, die Bezirksämter davon zu verständigen. Wir glauben, daß durch eine scharfe Handhabung der Bestimmungen der Gewerbeordnung

ganz bestimmte Verbannung mit Alkohol, durch langes Lagern der „Eprits“.

Diese Zusammenstellungen haben häufig wenig, manchmal gar nichts von dem Duft der Blume an sich, deren Name sie tragen. Das herrliche „Märzveilchenparfüm“ steht mit dem Veilchen in gar keinem Zusammenhang, sondern wird aus Rosenöl, Bittermandelöl, dem Öl aus der Wurzel der florentinischen Iris und dem künstlichen Jacon bereitet. Andere Veilchenparfüms, wie z. B. die „Essence concentrée Violette de Parme“ bestehen nur zum kleinen Teil aus Veilchenöl, daneben aus Rose, Kassa und Jadin. Parfüms, deren Geruch als einfach empfunden wird, setzen sich nicht selten aus umfangreichen Mischungen zusammen. Das köstliche Wasser besteht nach einem alten Rezept aus nicht weniger als neun verschiedenen ätherischen Ölen. Marglödchenparfüm hat nichts vom Duft der Blume an sich, denn es ist überhaupt noch nicht gelungen, den zarten Geruch des Marglödchens zu fesseln. Durch eine Zusammenfügung von Afzage, Jadin, Orangenblüte, Rose, Ylang-Ylang und künstlichem Terpineol wird ein Duft erzeugt, der dem des Marglödchens täuschend ähnlich ist. So ist die Kunst des Parfümeurs ein schwieriges Geschäft, bei dem man sich nicht nur auf das „Rochen durch die Nase“ verlassen darf, sondern reiche wissenschaftliche Kenntnisse und große Erfahrung haben muß.

Groß. Bad. Hof- und Nationaltheater in Mannheim.

Gesamtauführung des Bühnenfestspiels „Der Ring des Nibelungen“ von Richard Wagner.

II. Die Walküre.

Den sieben einheimischen Gotenköstern hatte sich gestern abend eine Schwerfötte von der Karlsruher Schwesterbühne angeschlossen: Fräulein Margarethe Bruntsch. Manche Theaterfreunde, die den Anschlag in der Vorhalle nicht bemerkt hatten,

die Mißstände, wenn solche vorhanden sind, wesentlich gemildert werden können. Die Submissionsbestimmungen haben gegen früher manches verbessert. Die Klagen über die Konfurrenz der Gesangsarbeit gehören nicht zu meinem Ressort, aber ich möchte doch darauf aufmerksam machen, daß die Sträflinge eine Beschäftigung haben müssen. Es muß eben hier richtig abgemessen werden zwischen dem Interesse des Staates und denen der Handwerker. Der Antrag, den Handwerkskammern einen Staatszuschuß von 30 000 M. statt 20 000 M. zu geben, vermag ich keine Folge zu geben. Die badiische Regierung hat sich für den Bedürfnisnachweis bei Wanderlagern im Reichsamt des Innern ausgesprochen. Ueber die Dachstuhlwohnungen werden wir uns bei der Wandpolizei zu unterhalten haben. Wünschenswert ist, daß die Gewerkschaftskurse auch fernerhin stattfinden. Wenn ich zum Antrage des Abg. Vogel übergehe, so glaube ich bemerken zu können, daß es nicht notwendig ist, die vorgeschlagene Summe von 10 000 M. für die Förderung des gewerblichen Genossenschaftswesens auf 15 000 M. zu erhöhen; ich würde dem Antragsteller raten, seinen Antrag nicht aufrecht zu erhalten. Mit dem Wunsche, in Mannheim eine zweite Baugewerkschule zu errichten, kann ich mich nicht einderkennen erklären. Ich bin auch der Ansicht, daß ein Bedürfnis besteht, den Handwerkern weitere Ausbildungsmöglichkeiten zu eröffnen; diese bestehen in den Bauhandwerkerschulen, wie wir sie schon in einigen Teilen des Landes haben.

Nach längeren Ausführungen des Abg. Kramer (Soz.), der ebenfalls für die Förderung des Handwerks eintritt, wird die Weiterberatung auf Donnerstag vormittag 10 Uhr vertagt.
Schluß 1/2 Uhr.

Aus Stadt und Land.

Mannheim, 14. März 1912.

Die Entlassung aus der Schule.

Verschiedentlich herrschen noch Zweifel darüber, wie es angeht, das neue Schulgesetz mit der Entlassung des einen oder anderen Schülers zu halten sei. Um volle Klarheit zu schaffen, veröffentlicht die „Bad. Schulztg.“ die einschlägigen Bestimmungen.

I. Allgemeine Bestimmungen des neuen Schulgesetzes. Die Schulpflicht dauert acht Jahre. Sie endet an Ostern mit dem Schluß des Schuljahres für alle Kinder welche bis zum nächstfolgenden 30. April das 14. Lebensjahr zurückgelegt. Kinder, die schwächlich oder in ihrer Entwicklung zurückgeblieben waren und darum erst ein bis zwei Jahre nach Erreichung des schulpflichtigen Alters in die Schule eintreten, müssen dementsprechend länger die Schule besuchen. Doch darf ihre Entlassung aus der Schule nicht über den auf das vollendete 15. Lebensjahr folgenden Schuljahrschluß hinausgeschoben werden.

II. Uebergangsbestimmungen. 1. Die zurzeit in der Schule befindlichen Knaben und Mädchen, die nach den Bestimmungen des Elementarunterrichtsgesetzes vom 13. Mai 1892 in die Volksschule eingetreten sind, werden aus derselben auf Ostern des Jahres entlassen, in dem sie bis zum 30. Juni das 14. Lebensjahr vollenden. 2. Auf Kinder, die unter den Bestimmungen des Gesetzes vom Jahre 1892 verspätet in die Volksschule eintreten, finden die Vorschriften in § 2 des neuen Schulgesetzes, wonach sie über das 14. Lebensjahr in der Schule zu belassen wären, keine Anwendung.

III. Vorzeitige Entlassung. A. Knaben der Volksschule, die ehedem vorzeitig, d. h. vor Erreichung des schulpflichtigen Alters, in die Schule aufgenommen wurden und jetzt vor Erreichung der gesetzlichen Altersgrenze die Volksschule verlassen wollen, um nicht neun Jahre die Schule besuchen zu müssen, können nach Erlaß Großh. Oberpräsidiums vom 23. März 1897 unter folgenden Voraussetzungen vorläufig aus der Volksschule austreten: 1. Der Knabe muß sich einen Beruf widmen, für den der volle Besuch der Gewerbeschule (Stadt, Landeshochschule) obligatorisch ist. 2. Er muß Schüler des obersten achten Jahrgangs sein und zwar mit durchschnittlich gutem Erfolg. — Gesuche um Genehmigung vorzeitigen Austritts sind durch das Kreispräsidium an das Schulministerium zu richten, und dem Gesuche ist jeweils ein vom Klassenlehrer angestelltes Schulzeugnis anzuschließen. Dem Gesuchsteller ist zu eröffnen, daß der betr. Schüler den Unterricht der Gewerbeschule (Stadt, Landeshochschule) in seinem ganzen Umfange zu besuchen hat; tritt der Schüler im Laufe des ersten Jahres dort aus oder nimmt er nicht an sämtlichen Unterrichtsfächern teil, so hat er sofort wieder die Volksschule zu besuchen. Den in § 16 der Schulordnung bezeichneten Entlassungsschein erhält er erst nach Erreichung des für die Schulentlassung vorgeschriebenen Alters, d. h. also nach Umlauf eines Jahres. — B. Mädchen, die unter der Herrschaft des Gesetzes über den Elementarunterricht vom 13. Mai 1892 vorzeitig in die Schule eingetreten sind, können auf Antrag ihrer Eltern auf Ostern des Jahres, in dem sie das 14. Lebensjahr vollenden — auch wenn sie nach dem 30. Juni das 14. Lebensjahr vollenden — entlassen werden, wenn sie bis dahin die Schule 8 Jahre besucht haben. Bei

solchen Schülern, die angeblich auswärts vorzeitig in die Schule eintreten, ist der amtliche Nachweis der vorzeitigen Aufnahme in die Schule — event. durch Schulzeugnis — einzufordern und dem Gesuch um Entlassung beizulegen.

*** Erwerb von Grundstücken durch Gemeinden.** Die Erwerbung von Grundstücken genehmigt nach Paragr. 149 der Gemeindeordnung der Gemeinderat, wenn der Wert dafür aus den ordentlichen Einkünften der Gemeinde bestritten werden kann. Sind außerordentliche Mittel dazu nötig, so wird die Zustimmung der Gemeinde erfordert. Es sind nun Zweifel darüber entstanden, was unter ordentlichen und außerordentlichen Mitteln zu verstehen sei. Das Ministerium des Innern hat zu dieser Streitfrage Stellung genommen in einem an die Bezirksämter gerichteten Erlaß, welcher folgenden Wortlaut hat: Die Auffassung des Bezirksamts, daß zu den ordentlichen Einkünften der Gemeinde im Sinne des Paragr. 149 Abs. 1 der Gemeindeordnung nur die in Paragr. 73 Satz 1 der Gemeindeordnung bezeichneten, die in Satz 2 derselben genannten Einkünfte dagegen zu den außerordentlichen Einnahmen der Gemeinde zu zählen seien, wird von uns geteilt. Aus dieser Auslegung ergibt sich, daß der Gemeinderat einer Gemeinde, die Umlagen erhebt, Vermögensgegenstände nur mit Zustimmung der Gemeindevertretung erwerben kann, einerseits, ob außer den Einnahmen aus Umlagen noch ordentliche Einkünfte in größerem oder geringerem Umfang vorhanden sind. Die Verpflichtung, in den vorgedachten Fällen diese Zustimmung eingeholen, wird der Gemeinderat auch nicht dadurch entbunden, daß er im Einzelfalle ausdrücklich allgemeine „ordentliche Einkünfte“ oder bestimmte Teile ordentlicher Einkünfte zur Vermögensgegenstandserwerbung in Aussicht nimmt; vielmehr ist eine Mitwirkung der Gemeindevertretung auch in diesem Falle schon aus dem Grunde geboten, weil die fraglichen Ausgaben unter Umständen einen wesentlichen Einfluß auf die Höhe der zu erhebenden Umlage ausüben vermögen. Der geschätzten Rechtslage dürfte es sonach am meisten entsprechen, daß bei Vermögensgegenstandserwerbungen der Gemeinden dem Gemeinderat vom Gemeinderat entweder die Zustimmung der Gemeinde zu dem Erwerb nachgewiesen oder aber urkundlich bezeugt wird, es sei die Zustimmung der Gemeinde aus dem Grunde nicht nötig, weil Umlagen nicht zur Erhebung gelangen. Die Gemeinden sind hiervon zu verständigen.“ Das Justizministerium schließt sich dieser Rechtsauffassung an. Schon im Interesse der Rechtssicherheit werden auch die Grundbuchämter dieser Gesetzesänderung beizutreten haben, solange nicht etwa eine entgegengesetzte gerichtliche Praxis sich bildet.

*** Vorbildung des Verkaufspersonals.** In der letzten Sitzung des Reichshandelsausschusses der Handelskammer wurden die Gründe erörtert, auf die der Mangel guter Verkäuferinnen zurückzuführen ist: Mangelnde Schul- und Fortbildung, fehlender Nachwuchs aus besseren Ständen, geringes Einleben des Verkäuferinnenberufs gegenüber den der Kontoristinnen, Telephonistinnen, Kindergärtnerinnen, Klavierlehrerinnen u. a. Gerade jetzt bietet sich für die Verkäuferinnen außerordentlich günstige Aussicht auf ein auskömmliches Einkommen und zwar mehr als in allen anderen weiblichen Berufszweigen, wenn die Verkäuferinnen nur tüchtig leiten; gerade bei ihnen kommen die nützlichsten weiblichen Anlagen, guter Geschmack, geschicktes Auftreten, gewandter Umgang mit dem Publikum, in besonders hohem Maße zur Geltung. Von allen Seiten und auf jede Art, insbesondere durch Propaganda in der Schule, durch die Presse, durch Frauen- und sonstige Vereine muß auf alle diese Umstände immer und immer wieder hingewiesen und darauf hingearbeitet werden, Wandel zu schaffen und zu erreichen, daß ähnlich wie in England, Frankreich und Amerika vor allem Mädchen aus besseren Kreisen und mit gründlicher Schulbildung diesem Berufe sich zuwenden.

*** Reichskursbücher in D.-Jug.-Wagen.** Wie der „Mannsakturist“ erzählt, hat die preussisch-hessische Staatsbahnverwaltung eine Kurserie geschaffen, die den langjährigen Wünschen des reisenden Publikums entspricht, und bereits mit Beginn des Sommerfahrplans in Kraft tritt. Danach werden in sämtlichen D.-Jug.-, sowie Luxus- und Bahnschnellzügen vom 15. April ab Reichskursbücher ausgelegt sein und zwar für jeden Offensabzug der beschriebenen Zugattungen je eines. Diese werden stets nur zur Verfügung des reisenden Publikums stehen. Derjenige Wagen, in dessen Innern das Kursbuch anliegt, wird stets durch eine Tafel bezeichnet werden, die neben der Zugrichtungsnummer am Neuhorn der Wagen angebracht wird, z. B.: „Das Kursbuch befindet sich im Wagen Nr. 4.“ Um der unterrichtigten Entnahme der Kursbücher vorzubeugen, werden diese mittels Kette im Innern des Wagens angehängt.

*** Kein Keryke-Generalstreik gegen die Krankenkassen.** Der Kerykeverband schreibt und: Der Betriebskrankenkassenverband verbreitet in der Tagespresse die Behauptung, der Deutsche Kerykevereinsbund habe gemeinsam mit dem Leipziger Kerykeverband den Generalstreik gegen die Krankenkassen beschlossen. Diese Behauptung ist irrig, denn von einem Streik kann schon deshalb nicht die Rede sein, weil es für die Keryke einen Vertragszwang nicht gibt; im übrigen geht der Beschluß der Organisationen nur dahin, daß zur erfolg-

reichen Durchführung der ärztlichen Forderungen ein gleichzeitiges, geschlossenes, gleichmäßiges und einheitliches Vorgehen aller ärztlichen Lokalorganisationen unerlässlich sei. Die Kerykeschaft folgt dabei der Taktik der großen Krankenkassenorganisationen, die längst vor Bekanntwerden obigen Beschlusses einheitliche Richtlinien zur Bekämpfung der ärztlichen Forderungen vereinbart und damit den Keryken ihren Weg vorgezeichnet haben. Die Keryke wünschen geordnete Beziehungen zu den Krankenkassen durch angemessenen Vertragsabschluss von Organisation zu Organisation; wird ihnen dieses verweigert, so werden sie nach wie vor die Erkrankten behandeln, sich aber vorbehalten, ob und inwieweit solches auf vertraglicher Grundlage geschehen kann.

*** Die Delegiertenversammlung der Sterbekasse des Landesverbandes der badischen Gewerbe- und Handwerkervereinigungen** tagte am Sonntag im Rathaus zu Rastatt. Die beschlossenen Satzungsänderungen erstreckten sich in der Hauptsache auf die Erweiterung der Sterbekasse, so daß sie zu gleicher Zeit auch eine Abteilung für Lebensversicherung enthält und zwar so, daß sich die Mitglieder des Landesverbandes und deren Ehefrauen versichern lassen können bis zu einem Betrag von 3000 M., anzahlbar beim Ableben oder nach Wahl mit dem 65., 55. und 50. Lebensjahre. Die Abteilung Sterbekasse bleibt bestehen bis zum Betrage von 1500 M. Der technische Referent über Versicherungsangelegenheiten vom Gr. Ministerium des Innern, Herr Regierungsrat Herlau, wurde auf Einladung des Landesverbandes zu der Delegiertenversammlung von Gr. Ministerium entsendet. Die Versammlung wurde vom Vorsitzenden, Herrn Präsidenten Kiebert, mit Dank geschlossen für die treue Mitarbeit an den sozialen Einrichtungen des Landesverbandes und mit dem Wunsche, daß die Delegierten den Gehanden der Selbsthilfe hinaustragen in das ganze Land und die Handwerker für ihre Organisation und deren Einrichtungen begeistern.

*** Gründung eines Bundes deutscher Dekorationsmaler.** In Nürnberg wurde dieser Tage unter Anteilnahme namhafter Firmen des deutschen Malergewerbes eine Konferenz abgehalten. Vertreter waren aus allen Bundesstaaten und größeren deutschen Städten anwesend. Nach Erstattung von Referaten des Herrn J. Wöfel, München und Hemming, Düsseldorf, welche sich mit der Wirtschaftslage des deutschen Malergewerbes eingehend beschäftigten, sowie einer daran anschließenden Diskussion wurde die Gründung eines Bundes deutscher Dekorationsmaler einstimmig beschlossen. Im weiteren Verlauf der Verhandlungen wurde das Arbeitsprogramm für 1912-13 besprochen, die Bundesjahrgänge beraten und genehmigt und die Richtlinien für die demnächst beginnenden Tarifverhandlungen festgelegt. Der Bund bezweckt den Zusammenschluß von nur leistungsfähigen sowie handwerklich tüchtigen Meistern zur Wahrung und Förderung gewerblicher, wirtschaftlicher und sozialpolitischer Interessen. Insbesondere obliegt dem Bund die Erhaltung und Gewinnung größtmöglicher Bewegungsfreiheit für seine Mitglieder, die Erhaltung und Stärkung eines stabilen, leistungsfähigen Meisterstandes, sowie Förderung und Kräftigung des Kunsthandwerks im Malergewerbe. Zur wirksamen Durchführung wirtschaftlicher Aufgaben wurde der Beitritt zum Hansabund beschlossen. In den Hauptvorstand wurden gewählt Julius Wöfel, München als Vorsitzender, Josef Leibfinger, München als Schriftführer, Einarb Müller, München als Kassensührer. In der Bundesleitung sind folgende Städte vertreten: Berlin, Bremen, Breslau, Dresden, Düsseldorf, Magdeburg, München, Saarbrücken, Stuttgart, Wiesbaden. Als Sitz des Bundes wurde München bestimmt. Die Geschäftsstelle befindet sich München, Schomerstraße 17a/11, Telefon 11 245.

*** Alt-Katholische Bischofsweihe.** Am 6. März fand in der Christuskirche zu Erfeld die außerordentlich stimmungsvolle verläufige Konsekration des zum Bischof für die alt-katholische Kirche Deutschlands ernannten Herrn Generalvikar Dr. Georg Moog statt. Die Weihe nahm Herr Erzbischof Graf von Utrecht in deutscher Sprache vor. Ihm assistierten die Herrn Bischöfe Dr. van Thiel von Harlem und Dr. Herzog von Bern, welche lehrte auch die Bischofsweihe hielt. Zahlreiche Geistliche und Vertreter von Gemeinden waren zum Teil aus weiter ferne herbeigezogen. Seitens der bestreueten anglikanischen Kirche nahm der Bischof für Nord- und Mitteleuropa, Herr Bischof Bury von London mit zwei Geistlichen im vollen Ornat an der Bischofsweihe teil.

*** Alkoholfreie Schulaussläge.** Im Anschluß an einen Erlaß der württembergischen Ministerialabteilung für die höheren Schulen ist auf Anregung des Kultusministeriums nunmehr auch die Bestimmung ergangen, daß bei Schulausslägen irgendwelcher Art, die mit Schülern der Volksschule unter Leitung von Lehrern oder Lehrerinnen ausgeführt werden, alkoholfreie Getränke einschließlich Obstmost in keinerlei Form zugelassen werden dürfen. Das gleiche gilt auch für die Schulfeste, Kinderfeste. Bei allen diesen Gelegenheiten sollen die Lehrer etc. dafür besorgt sein, daß bei so Erfrischungen genommen werden, geeignete und gute alkoholfreie Getränke bereitgehalten werden, soweit gewöhnliches Trinkwasser nicht zu genügen scheint. Eine Ausnahme von diesem Verbot ist nur in Notfällen zulässig, z. B. wenn gutes Brunnenwasser nicht vorhanden ist.

haben auch von dieser fremden Mitwirkung nichts bemerkt. Das ist begreiflich, denn Scherzstücke hat sehr oft zusammen mit Grimmsgerbe die tiefste Stimme im Gelächergang der acht Wallüren. Zudem „Reht“ heutzutage Wagner's Wallüre, gefestigt durch die Bayreuther Ueberlieferungen, an allen guten Bühnen, sodas Ausbilden dieser Art glatt und sicher vorstatten gehen. Aber vielleicht hören wir heulend Drunfch, die neutral als Agacena so großen Erfolg hatte, einmal an unierer Bühne zu einer solchen Rolle? Die ganze Vorstellung fñht, wenn wir den dergeligen Elementen ausnehmen, uniere besten Kräfte in durchaus lobenswerten Leistungen vor. Frau Häggen-Waag übertraf diesmal sich selbst, und das will viel sagen. Denn die Sieglinde ist gewöhnlich eine Glanzrolle dieser kunstgebildeten Vertreterin jugendlich-dramatischer Gestalten, ihre Darstellung wird immer freier, edler, bedeutender, ihre schöne Bühnenercheinung, durch das Ebenmaß anmutiger Bewegungen gekleidet, gibt dieser Sieglinde einen besonderen Reiz. In der Ausführung der Gesangsparthe muß jedem Kenner, der die Schwierigkeiten richtig einschätzt, die Stelle: „O hehrstes Wunder, herrlichste Maid“ imponieren. Denn hier fñhert die „Atemkultur“ einen Triumph: die schönste Stimme, die glänzende Höhe ohne diese richten nur halbes Werk aus!

Verweilen wir diesmal nicht länger bei Einzelheiten, denn Frau Krahl's Bräunhilde ist an dieser Stelle in längerer Ausführung gewürdigt. Herrn Wahling's Potosi, in großen Zügen angelegt, mit feinsten Einzelheiten durchgeführt, vermittelt von einer der größten und schönsten Naturstimmen der Gegenwart, Fräulein Koller's edle, durchdachte Frida und Herrn Krahl's markiger Hunding sind bekannt. Daß Herr Jung noch im Anfange seiner Laufbahn als Bühnenkünstler steht, bedarf auch keiner Bestätigung. Wir müssen eben auf die Zukunft hoffen. . . Farbe und Leben spendete die blendende Begabung Arthur Wohlgemuth's. Die Abklärung vollzieht sich langsam, aber stetig, seine Zeitmache streben mit Glück nach der klassischen Linie und entsprechen nun-

mehr fast durchweg der Ueberlieferung. Dämonischer Eifer führt den seines Zieles bewußten Führer noch streckenweise über das Ziel hinaus. Dies Juviel wird aber „von selbst“ abfließen; der Musiker Wobanzky wird manche Uebergänge sinnreicher vermitteln (und z. B. zwischen dem Forte als „weichem“, lyrischen und dem dramatischen zu unterscheiden wissen), dem ruhig abwägenden Dirigenten wird es gelingen, mit geringerem Klangquantum größere Wirkung zu erreichen. Aber daß keine reiche Begabung der ganzen Vorstellung ein höheres Leben einhaucht, daß er wahrer Inspiration hat, dies gibt den von Herrn Wobanzky geleiteten Werken eine besondere Prägung.
A. Bl.

Kunst, Wissenschaft und Leben.

Theater-Notiz.

Freitag, den 15. d. Mts. geht „Sieglieb“ (Ring des Nibelungen, 2. Abend) in Szene. Die Föschung ist die bekannte. Dirigent: Artur Wobanzky. — Im Neuen Theater im Rosengarten wird durch das Konrad Dreher-Ensemble heute Donnerstag, abend 8 Uhr „Der Nachtwandler“ gegeben. Am Freitag, den 15. d. Mts. geht als Abschiedsvorstellung die Posse mit Gesang „Wann der Auerhahn balzt“ in Szene. Anfang 8 Uhr. Direktor Konrad Dreher spielt die Hauptrolle.

Wied unser Wagen kleiner?

In der kanadischen Akademie der Wissenschaften erhaltet Edmund Bezzier Bericht über die interessanten Forschungen über die Größenverhältnisse der Menschen, und Tiermagen, die schon Details bekannt hat und die jetzt von Wagnan weitergeführt worden sind. Die Untersuchungen haben zu wertvollen Aufschlüssen geführt: Sie beweisen vollumfänglich, daß der Umfang und die Größe des Magens sich der Art der Ernährung anpassen. Eine umfangreiche Klassifizierung der Mägen der bekannten Tiere ergibt, daß alle pflanzenfressenden Tiere längere Verdauungsstadien besitzen als andere lebende Wesen. An zweiter Stelle stehen die Getreide- und Körner fressenden Tiere, an dritter die Fleisch fressenden, an vierter die Nüsse fressenden,

an fünfter die Fisch fressenden und an sechster Stelle die Insektenfresser. Diese Untersuchungen, die sich zunächst auf die Länge des Magenkanals erstreckten, wurden dann wiederholt, wobei das Gewicht des Magenapparats zur Grundlage der Klassifizierung gemacht wurde. Die gewonnenen Resultate bestätigen die bei der Messung der Magenlänge festgestellten Klassifizierungen. Die Erklärung dieses Phänomens bereitet keine Schwierigkeiten. Man weiß, daß die Pflanzen fressenden Tiere größere Speisemengen aufnehmen müssen, als etwa die Fleisch fressenden. Aber die größere Menge allein würde nicht genügen, die Hauptrolle spielt die gründliche Ausnutzung des Nährwertes durch die Verdauung. Um die größeren Speisemengen zu bewältigen, müssen die Zellen, die die Verdauungsstoffe produzieren, vervielfacht werden, und da sie nebeneinanderliegen, ist das nur durch eine Verlängerung oder Vergrößerung des Magens möglich. Die Fleisch fressenden Tiere dagegen bedürfen einer geringeren Speisemenge; infolgedessen ist ihr Magen kleiner. Eine Veränderung der Ernährungsweise bringt mit der Zeit durchdringende Veränderungen mit sich. Es ist zweifellos, daß der prähistorische Mensch, bei dem die Pflanzenkost vorherrschte, ungleich größere Magenorgane besaß als der moderne Mensch, bei dem die Fleischkost im Vordergrund der Ernährung steht. Die im Wandel der Zeit sich vollziehende Veränderung des Magenumfangs bringt natürlich gewisse anatomische Umwandlungen mit sich. Man weiß, daß der Hohlraum sich im Laufe der Jahrhunderte immer mehr vergrößert hat und daß ihm heute feinerliche ostiale Funktionen mehr zufällt, so daß er ohne Schaden entleert werden kann. Den gleichen Weg hat der ganze Magen des Menschen genommen: er ist kleiner und kleiner geworden, und dieser Verkleinerungsprozeß setzt sich auch gegenwärtig noch fort. Die Zeit ist vielleicht nicht fern, in der man von einem Menschen wirklich wird sagen können, daß er einen „Vogelmagen“ habe.

Kleine Mitteilungen.

Wokands „Samatlerin“ wird im Bremer Stadttheater in der Oberwoche seine deutsche Aufführung erleben. Das Werk stimmt die Gehalt sehr auf die Bühne. Bremen besaß die Einzigung der Jenfer bekanntlich nicht, ein Verzecht, das bereits früher Habentzins „Cochius“ und Orelis Maria von Wondala“ Aquate gekommen ist.

Der Heldentenor Willi Birzenboven vom Hamburger Stadttheater, der demnächst nach Wiesbaden Bühnenmittelschaft seine romantische Tätigkeit aufnimmt, ist zum Direktor des Stadttheaters in Wiesbaden ernannt worden, dessen Leitung er zum Herbst dieses Jahres übernimmt.

erte gestern von 11 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags. Eine endgültige Einigung wurde nicht erzielt und entgegen der sehr optimistischen öffentlichen Meinung erklärt der Sekretär der Vereinigung der Kohlenarbeiter, er bezweifle, ob überhaupt wieder eine Konferenz zwischen den Parteien zustande kommen werde. Alles wird von der heute nachmittags 3 Uhr zusammen tretenden Vertreterkonferenz abhängen, sowie davon, was der Premierminister zu sagen hat. Die Gewerkschaften sind mit ihren Mitteln nahezu am Ende und die hunderttausende von Arbeitern, die mit Frauen und Kindern hungern, weil sie keiner Gewerkschaft angehören, haben mit ihrem Elend die Arbeiter gefügig gemacht. Sie wollen die Verantwortung für den Streik nicht weiter tragen und sind zum Nachgeben bereit. Die Gewerkschaften haben pro Woche der Streikdauer nicht weniger als 37 300 Pfund Sterling bezahlt, wobei die Streikgelder der Vereinigung der Kohlenarbeiter nicht mitgezählt sind. Die Eisenbahngesellschaften sollen in der letzten Woche einen Verlust von 10 Millionen M. gehabt haben.

Zu Anschreitungen ist es bis jetzt nur gestern im sogenannten Woodpit gekommen, wo Polizei einschreiten mußte und mehrere Leute nicht unbedenklich verletzt wurden.

Die jüdischen Bergarbeiter.

* **St. Paul, 13. März.** Von dem hiesigen Bergarbeiterverband ist das königliche Bergamt Freiberg um Vermittlung zwischen den Arbeitern und den Werken ersucht worden. Das Bergamt legte diese zu. Die Vermittlungsversuche werden im Laufe der Woche stattfinden. Am Sonntag finden wiederum Bergarbeiterversammlungen statt, die sich mit der neu geschaffenen Lage befassen werden.

Die amerikanischen Bergarbeiter.

* **New York, 13. März.** Die Besitzer der Anthracitgruben lehnen die von den Arbeitern geforderte 40prozente Kohnerhöhung mit der Begründung ab, daß dadurch die Produktionskosten jeder Tonne Kohle um 40 Cent erhöht würden. Es sei ihnen unmöglich, die Kohnerhöhung zu bewilligen, wenn es nicht gestattet wäre, die Kohlenpreise entsprechend zu erhöhen.

Deutsches Reich.

— Die fünfte Waise im deutschen Meer. Die deutsche Kreuzerflotte hat bei der Berliner Aeroplannwerke Igo Ulrich 40 Flugapparate in Auftrag gegeben, davon 16 nach dem Typ „Lambé“. Die Lieferung in Berlin soll per Mai erfolgen.

— Das Inkrafttreten des Viehschlachtes. Wie verlautet, hat es sich nicht ermöglichen lassen, den für das Inkrafttreten des Viehschlachtes in Aussicht genommenen Termin vom 1. April inne zu halten. Das Inkrafttreten des Gesetzes dürfte daher durch kaiserliche Verordnung auf den 1. Mai d. J. festgesetzt werden.

— Das Disziplinarverfahren gegen Pfarrer Traub wurde mit der Vernehmung Traubs vor dem Breslauer Konsistorium gestern beendet. Heute beginnen die Plaidoyers, sodas heute abend das Urteil zu erwarten steht.

— Keine Herabsetzung in den Priesterweihebestimmungen. Uebereinstimmend mit einer Meldung vom 9. März erklärt der Observator Romano, der Heilige Stuhl habe niemals daran gedacht, ein derartiges Dekret beizugeben, die Alterserhöhung für die Priesterweihe herauszugeben.

— Die amerikanische Sege gegen Deutschland. Aus Washington wird gemeldet: Die Meldung der Tribune und anderer Regierungsblätter über Deutschlands Absichten auf eine Kohlenstation in Kolumbien ist das Produkt der Panzerplattenfabrik hier, die dadurch die Kongreßdemokraten bewilligungslustig machen will. Die Meldung hat hier gar kein Brecheso gefunden.

Badische Politik.

In Heidelberg ist der Landgerichtsdirektor Freiherr Stodhorner von Starzin nach ganz kurzer Krankheit gestorben. Der Verstorbenen, 1843 in Karlsruhe geboren, wurde, nachdem er 1869 Referendar geworden, 1871 zum Amtsrichter in Eberbach ernannt. 1875 wurde er nach Bruchsal versetzt, 1878 zum Amtsrichter ernannt. 1894 kam er als Landgerichtsrat nach Karlsruhe, 1901 als Landgerichtsdirektor nach Mosbach. Seit 1904 war der Verstorbenen in gleicher Eigenschaft am Heidelberger Amtsgericht tätig. Freiherr von Stodhorner war früher Führer der badischen Konservativen.

Seuilleton.

Ein Blick hinter die Kulissen der Parfümkunst.

Der nahende Frühling bringt uns mit seiner Blumenfülle auch jenen betäubenden Duft, den die Kinder Florens den Menschen spenden; doch die Kultur begnügt sich schon seit langem nicht mehr mit diesen natürlichen Düften, sondern sie bilden für sie nur das Rohmaterial, aus dem sie stärkere, dauernde und verfeinerte Wohlgerüche herstellt. Die Kunst des Parfümiers ist zu immer höherer Vollendung gediehen und umschließt heute komplizierte Geheimnisse, die eine ganze Wissenschaft für sich bilden. In einem Kuffchen von „Ueber Land und Meer“ läßt uns A. Diederichs einen interessanten Blick hinter die Kulissen dieser Parfümkunst tun, die den Blumen ihren duftenden Gehalt entlockt und diesen dann zu neuen Duftkombinationen benützt.

Eine ganze Industrie ist damit beschäftigt, in den Blumenparadiesen des Südens den so rasch verwehten Wohlgeruch der Blume über ihr Leben hinaus festzuhalten. In den mehr als 50 Destillieren der Albierra werden jährlich Millionen Alkogramme Orangendüfte, Rosenblätter, Veilchen, Jasmin und Cassabläuten, Lavendel, Tuberosen, Narzissen und Rosen verarbeitet. Manche, wie die Rose, geben ihren Duft freiwillig her; die Blätter werden in ungeheure Kessel gestopft und mit Wasserdampf solange hindurchgetrieben, bis die Tropfen des kostbaren Rosenöls gewonnen sind. Bei andern Blumen, wie der Tuberosen und dem Jasmin, bedarf es komplizierter Methoden, um ihnen ihre duftende Seele zu entreißen. Dies geschieht durch die sogenannte Enfleurage, wobei die frischen Blüten in fingerdicke Zettelschichten gesteckt werden oder, wie beim Veilchen,

Die Bewässerung Mesopotamiens.

w. Berlin, 11. März.

Der Staatsminister und Frau v. Breitenbach hatten für heute zahlreiche Einladungen zu einem Abendessen ergehen lassen. Ihm ging ein Vortrag des Reg. Baumeisters Tholens voran über die Wasserwirtschaft in Mesopotamien in der Vergangenheit und ihre Wiederbelebung in der Gegenwart, derselbe Vortrag, den vor kurzem der Kaiser am selben Orte mit sehr großem Interesse gehört hat. Reg. Baumeister Tholens hat sich im Auftrage des Ministers der öffentlichen Arbeiten vom Oktober 1910 bis September 1911 zum Studium wasserwirtschaftlicher Fragen in der asiatischen Türkei aufgehalten. Er sprach in der Einleitung über Eisenbahnbauten und Bewässerungsanlagen der letzten Jahre in Kleinasien und über die Pläne der türkischen Regierung für die kommenden Jahre. Hervorgehoben wurde als einziges wasserwirtschaftliches Unternehmen, das in der Ausführung ist, die Bewässerung von 50 000 Hektar in der Ebene von Konia. Die Bauausführung liegt in den Händen der bekannten deutschen Baufirma Ph. Holzmann u. Co. in Frankfurt a. M. Zu dem eigentlichen Thema übergehend, schilderte der Vortragende die frühere Bewässerung des Landes zu den Zeiten der alten Babylonier, Perser und Araber. Die Art der Bewässerung ist wohl bei allen Kulturvölkern dieses geschichtlich und wasserwirtschaftlich gleich interessanten Landes dieselbe gewesen. Man nutzte die Hochwasserzeit der Flüsse Euphrat und Tigris von März bis Juni eines jeden Jahres aus, um in einem Netz von Kanälen das fruchtbare Wasser über das ganze Land zu führen. Das war möglich, da der Wasserspiegel der durch Teiche eingefassten Ströme zu dieser Zeit höher als das Land stand. Noch jetzt bezeugen mächtige Kanalrinnen mit zwischenliegendem Kanalbett, die namentlich im Norden des Landes anzutreffen sind, den hohen wasserwirtschaftlichen Stand des Landes in früheren Jahrhunderten. Jetzt ist das Land trotz des fruchtbaren Bodens öde und fast das hochliegende Land ist Steppe geworden, das tiefliegende Sumpf. Im Auftrage der türkischen Regierung hat der bekannte englische Wasserbauingenieur Sir William Willcocks Pläne für die Wiederbewässerung des Landes aufgestellt und diese Entwurfe vor einem Jahr dem türkischen Arbeitsministerium vorgelegt. Er will im wesentlichen das Kanalnetz der Alten wiederherstellen. Durch Anlage von mächtigen Stauwerken in den beiden Flüssen Euphrat und Tigris soll aber erreicht werden, daß das Wasser in den Kanälen nicht wie früher nur während dreier Monate höher steht als das angrenzende Land, sondern während des ganzen Jahres, so daß Wasser auch im heißen Sommer mit natürlicher Vorflut auf das Land gebracht werden kann. Babylonien wird so ein zweites Ägypten werden. Die Kosten der ganzen Anlage werden für ein Bewässerungsgebiet von 1,4 Million Hektar auf 550 Millionen Mark veranschlagt. Die Schwierigkeiten für die Ausführung dieses zweifellos wirtschaftlichen Unternehmens bestehen nach dem Vortragenden in der Aufbringung der Geldmittel durch die türkische Regierung, in der geringen Bevölkerung des Landes und in den vorläufig noch schlechten Verkehrsverbindungen in und nach dem Lande. Sie sind aber, wie der Vortragende des näheren ausführte, zu überwinden durch eine langsame, allmähliche Erschließung Mesopotamiens. Für besonders wirtschaftlich hält er kleine Bewässerungsanlagen von 10 000 bis 30 000 Hektar Größe zum Anbau von Getreide und Baumwolle. auf einer bewässerten Fläche von 1,4 Million Hektar werden etwa eineinhalb Million Tonnen Getreide und eine Million Ballen Baumwolle geerntet werden können, eine Ernte, die einen Wert von etwa 400 bis 500 Millionen Mark hat. Vergleicht man diese Zahl mit der jetzigen Ausfuhr des Landes an landwirtschaftlichen Erzeugnissen — Getreide, Reis, Mais, Datteln und Schafwolle — von 23 Millionen Mark, so erhellt daraus, wie das Land selbst, aber auch der Verkehr mit dem Lande zunehmen muß, wenn einmal wieder 1,4 Million Hektar Boden in Kultur sind, und wenn die neuerfindende Landwirtschaft ihre Anforderungen an Pumpen, Pflügen und anderen Geräten auf dem europäischen Markt stellen wird. Ueber die Ausführung dieser Arbeiten ist eine Entscheidung noch nicht gefallen; zurzeit sind aber schon am Euphrat südlich Homadie und im Hindie-Lauf des Euphrats Bauten im Gange, die einmal einen Schutz der Niedrigung gegen Hochwasser bedeuten, dann aber auch dem Lande südlich von Babylon am alten Flußlauf des Euphrats wieder Wasser zuführen sollen. Diese Arbeiten werden von einer englischen Unternehmerrfirma Sir John Jackson Ent. ausgeführt und für das Land von großem Nutzen

sein. Der Vortrag war begleitet von einer Reihe von Lichtbildern aus dem Niederungsgebiet des Zweistromlandes.

Badischer Landtag.

Zweite Kammer. — 37. Sitzung.

□ Karlsruhe, 13. März.

(Schluß.)

Minister Freiherr von Hofman:

Es ist angeregt worden, die Partei der Nichtwähler zu ergründen, nachzuforschen, welchem Verze diese Partei angehört. Diese Anregung ist in Erwägung gezogen worden. Wir haben uns überzeugt, daß diese Anregung nicht durchzuführen werden kann, weil dies zuviel Opfer an Zeit erfordern würde. Von Interesse dürfte sein, daß wir bei der letzten Volkszählung von elektrischen Zählverfahren angewendet haben, das uns eine Zeitersparnis von drei Monaten gebracht hat. Ich darf mit Befriedigung feststellen, daß alleseits anerkannt worden ist, daß sich unser Erwerbsleben, Gewerbe, Handwerk, Handel und Industrie in aufsteigender Richtung bewegt. Es ist zu hoffen, daß diese Bewegung anhält, daß insbesondere auch die schwere Erörterung, die uns der englische und der deutsche Kohlenarbeiterstreik bringen, ohne schwere Schädigung vorübergehen wird. Wer verantwortlich ist für diese Erörterung, hat sich mit schwerer Schuld beladen. Die Ursachen in der aufwärtssteigenden Bewegung liegen zunächst in der Tüchtigkeit unserer Unternehmer, ihrer Angestellten und ihrer Arbeiter, dann in der Tätigkeit der Gewerbetreibenden. Das Reich hat durch seine Zollpolitik das Erwerbsleben in Industrie, Handel, Gewerbe und Handwerk geschützt und gleichzeitig auch durch seine Zollpolitik der Landwirtschaft seinen Schutz verliehen, der sie kräftig gemacht hat. (Sehr richtig! beim Zentrum.) Ich glaube, es ist das ein Faktor, der nicht übersehen werden darf, wenn man von den Fortschritten des Gewerbes und des Handwerks spricht. Der einzelne Staat und speziell unser Staat kann ja auch manches auf dem Gebiete der Handwerkerförderung tun und die Zahlen in anderen Ländern zeigen, daß wir nicht nur schöne Worte für das Gewerbe haben, sondern daß auch schöne Geldmittel mit Zustimmung der Landtage aufgewendet werden. Wir haben ja über 1 1/2 Millionen Mark für Gewerbeförderung dorgesessen.

Zu unserer Handelsvertragspolitik möchte ich bemerken, es muß dem gesamten Erwerbsleben durch langfristige Handelsverträge eine feste Grundlage für seine Unternehmungen gegeben werden. In dieser Richtung ist die Regierung an ihrem Teil tätig. Sie wird sich bei der Vorbereitung der neuen Handelsverträge in steter Fühlung halten mit allen Zweigen des badischen Erwerbslebens und mit dessen Vertretungen. Die Regierung wird nach Möglichkeit die Wünsche hören, die ihr entgegengebracht werden. (Beifall.) Die Förderung des Gewerbes liegt hauptsächlich auf dem Gebiete der Erziehung. Die Organisationen der Handwerker wird die Regierung nach Kräften fördern. Die Regierung stimmt der Petition der Gewerbeschulmänner wegen der Anstellung von Hochlehrern zu, dabei ist es nicht ausgeschlossen, daß auch die außerberuflichen Leistungen der Hochlehrer in würdige Berücksichtigung gezogen werden. Hinsichtlich des Neubaus des Landesgewerbeamtes bin ich mit den Ausführungen des Berichtserstatters einverstanden. Der kürzeste ist ein Erlaß an die Bezirksämter hinausgegangen, der darauf aufmerksam macht, daß die Bestimmungen der Gewerbeordnung über das Verhältniß zwischen auch Anwendung finden auf die Arbeiterinnen und die Bestimmungen über die Gesellen- und Meisterprüfung auf die Frauen.

Das Baugewerbe liegt wohl in vielen Orten, aber nicht überall darnieder. Bezüglich der Beschaffung von Hypotheken sind wir den Bestrebungen der Städte entgegengekommen; weitere Anregungen werden wir stets wohlwollend prüfen. Wenn man von der ungünstigen Wirkung der Vermögensteuer spricht, so darf nicht vergessen werden, daß Jahrzehnte hindurch die Häuserwerte zu niedrig veräußert worden sind; ebenso wirkt auch die Wertzuwachssteuer, die aber trotzdem eine gerechtfertigte Steuer ist. Das Material, das der Regierung auf ihren Wunsch hinsichtlich des Bauzinswunders vorgelegt worden ist, wurde nicht für ausreichend befunden, um in Baden den zweiten Teil des Reichsgesetzes zur Sicherung der Bauforderungen einzuführen. Das Ministerium ist der Ansicht, daß diese Bestimmung dort in Kraft gesetzt werden sollen, wo wirklich ein erheblicher Bauzinswandel nachgewiesen wird; das war in unserem Lande bis jetzt noch in keiner der größeren Städte der Fall. Ganz richtig hat der Abg. Gähring darauf hingewiesen, daß das Bauzins keine volle Wirksamkeit nicht entfalten kann, solange nicht dafür gesorgt wird durch ständige Überwachung, daß es auch tatsächlich geführt wird. Wir haben die Handwerkskammern ersucht, wenn ihnen Klagen über Bauzinswandel zu Ohren kommen, die Bezirksämter davon zu verständigen. Wir glauben, daß durch eine scharfe Handhabung der Bestimmungen der Gewerbeordnung

ganz bestimmte Verbindungen mit Alkohol, durch langes Lagern der „Espirits“.

Diese Zusammenstellungen haben häufig wenig, manchmal gar nichts von dem Duft der Blume an sich, deren Name sie tragen. Das herrliche „Märzveilchenparfüm“ steht mit dem Veilchen in gar keinem Zusammenhang, sondern wird aus Rosenöl, Bittermandelöl, dem Öl aus der Wurzel der florentinischen Iris und dem künstlichen Jaronn bereitet. Andere Veilchenparfüms, wie z. B. die „Essence concentrée Violette de Parme“ bestehen nur zum kleinen Teil aus Veilchenöl, daneben aus Rose, Kassa und Jasmin. Parfüms, deren Geruch als einfach empfunden wird, setzen sich nicht selten aus umfangreichen Mischungen zusammen. Das köstliche Wasser besteht nach einem alten Rezept aus nicht weniger als neun verschiedenen ätherischen Ölen. Marglödchenparfüm hat nichts vom Duft der Blume an sich, denn es ist überhaupt noch nicht gelungen, den zarten Geruch des Marglödchens zu fesseln. Durch eine Zusammenfügung von Majoran, Jasmin, Orangendüfte, Rose, Jlang-Jlang und künstlichem Terpineol wird ein Duft erzeugt, der dem des Marglödchens täuschend ähnlich ist. So ist die Kunst des Parfümiers ein schwieriges Geschäft, bei dem man sich nicht nur auf das „Rosen durch die Nase“ verlassen darf, sondern reiche wissenschaftliche Kenntnisse und große Erfahrung haben muß.

Groß. Bad. Hof- und Nationaltheater in Mannheim.

Gesamtauführung des Bühnenfestspiels „Der Ring des Nibelungen“ von Richard Wagner.

II. Die Walküre.

Den sieben einheimischen Botenführern hatte sich gestern abend eine Schwerkette von der Karlsruher Schwesterbühne angeschlossen: Fräulein Margarethe Bruntsch, Waacke Theaterfreunde, die den Anstoß in der Vorhalle nicht bemerkt hatten,

Beratung des städt. Voranschlags für 1912.

Zweiter Tag. (Schluß.)

Oberbürgermeister Martin

(Schluß) schließt seine Ausführungen wie folgt:

Für das Straßenbahngesetz, das seit 10 Jahren besteht, seien 10 Millionen aufgewendet worden. Was den Vorwurf der ungleichen kommunalen Besteuerung durch den Stv. Wendling betrifft, so habe er lediglich die Nichtbewilligung einer Taxihalle für einen Verein angeführt. Das sei kein Beweis für die Schwere des Vorwurfs. Im übrigen müsse man nach Maßgabe der vorhandenen Mittel wirtschaften. (Beifall.)

Stadtvorordner Ged

steht auf dem Standpunkt, daß der Stadtrat den Blausteinischen Industrieartikel hätte mit Entschiedenheit in der Öffentlichkeit zurückweisen müssen. Das Prinzip der Arbeitslosenversicherung sei verfehlt. Der Redner verbreitet sich eingehend über die städtische Umlagenpolitik, wobei er betont, daß die 60 Prozent der Bevölkerung, die weniger als 2000 Mk. Einkommen haben, nicht so großes Interesse an der Niedrighaltung der Umlage haben. Gegen die einseitige Betonung des Interesses der Unternehmer in der Industrie müsse infolgedessen Verwahrung eingelegt werden. Bei der Begründung der Süddeutschen Industriellen habe der Stadtrat völlig korrekt gehandelt. Wenn man alle Kongresse begrüßen wolle, müsse man noch einen fünften Bürgermeister anstellen. Man sollte beratige Begründungen immer mehr einschränken, weil ein Stadtvertreter nur schwer den richtigen Ton finden könne. Redner polemisiert weiter gegen den Stv. Dr. Jeselsohn, der in der gestrigen Sitzung das wesentlichste seiner unrichtigen Ausführungen nicht berichtigt hätte. Was die Wohnungsnot betreffe, so gebe es auch eine moralische, die Beschränkung auf kleine Wohnungen, das Mietvermögen. Das Vorhandensein eines Wohnungslebens in Mannheim könne nicht bestritten werden. Herr Dr. Jeselsohn werde jedenfalls für seine Wohnung mehr ausgeben, als zwei Arbeiter im Jahre verdienen. Der Arbeiter müsse oft ein Drittel seines Einkommens für die Wohnung ausgeben. Die Stadtgemeinde habe deshalb die Pflicht, durch durchgreifende Maßregeln der materiellen Wohnungsnot zu steuern. Auch mit den Ausführungen Dr. Jeselsohns über das Verhältniswahlrecht ist der Redner nicht einverstanden. Die 60 Prozent, die unter 2000 Mk. in Mannheim verdienen, brächten erst Leben in das tote Kapital. Die Arbeiterschaft müsse die Werte schaffen, die auch in die Stadtflusse fließen. Stv. Dr. Jeselsohn habe in dieser Beziehung vom Standpunkt des Plutokraten gesprochen. So erfreulich die Generaldebatte sei, so sehr sei zu wünschen, daß man davon abkomme, das finanzielle Interesse in den Vordergrund zu schieben. (Beifall links.)

Stadtvorordner Kramer

stellt fest, daß seine Fraktion trotz der Gegenansführungen des Oberbürgermeisters seit jeder auf dem finanzpolitischen Standpunkt gestanden habe, der jetzt allgemein gebilligt wird. Redner wendet sich gegen den Vorschlag des Stv. Levi, eine städtische Mobilien- und Immobilienversicherung einzuführen. Der Herr Oberbürgermeister habe heute nicht ganz so scharf, wie i. B. im alten Rathaus, diese Idee zurückgewiesen. Es würde in den beteiligten Kreisen nicht verstanden werden, wenn hiergegen nicht Front gemacht würde. Er spreche nicht pro domo. Er sei in erster Linie Kaufmann und könne sich in jedem kaufmännischen Beruf betätigen. Die Stadt könne, selbst wenn sie ihre Mobilien versichern würde, nur dann zu einer eigenen Versicherung übergehen, wenn sie alle städtischen Betriebe versichere. Da müsse sie auch das allerhöchste Risiko, das Theater, übernehmen. Er brauche nur darauf hinzuweisen, daß ein Totalbrand viel Geld kosten und eine sehr große Prämienreserve fordern würde. Wenn aber die Stadt dazu übergehen würde, eine allgemeine Mobilienversicherung einzuführen, so könne er das kurz zurückweisen mit den Worten, die er vor 5-6 Jahren gegen den Stv. Söhling gerichtet habe: Doch dann selbstverständlich die Gesellschaften sich bedanken werden, das schlechte Risiko zu tragen und das gute Risiko der Stadt Mannheim zu überlassen. Die Immobilien könnten überhaupt nicht von der Stadt versichert werden, weil das der Staat belege. Was die Feuerversicherung betreffe, das treffe auch auf die Unfallversicherung zu. Die Stadt habe erst kürzlich einen Gastpflichtfall regeln müssen, der 96 000 Mark Kosten erfordert habe. Dieser Fall habe nur eine mittlere Existenz betroffen. Wenn eine noch besser situierte Persönlichkeit betroffen werde, dann würde jedenfalls die gesamte Prämienreserve nicht ausreichen. Die Hinterbliebenen des Berliner Verlagsbuchhändlers, der zwischen Mannheim und Ludwigshafen aus dem Schnellzug gestürzt ist, habe den bayerischen Staat um eine Million Entschädigung verklagt. Und diese Summe sei noch gar nicht zu hoch. Das seien Möglichkeiten, die jeden Tag sich ereignen könnten. Vor einem solchen Sprung ins Dunkle möchte er die Stadtverwaltung auch heute wieder warnen. Trotz der Ausführungen des Oberbürgermeisters möchte er bitten, den Gedanken, Wettbewerbe bei früheren Bauten auszuschreiben, nicht ganz von der Hand zu weisen und auch die Privatwettbewerbe zu Konkurrenzentscheidungen hinzuzuziehen. Er habe u. a. das Hallenschwimmbad im Auge, bei dem gewiß sehr schöne Pläne zu Tage gefördert würden durch einen engeren Wettbewerb. Stv. Wendling habe in der Hauptsache nur alte liberale Forderungen vorgetragen, aber praktische Vorschläge zur Abänderung habe er auch heute nicht gemacht. U. a. habe Stv. Wendling die Derabsetzung der Gebühren verlangt. Demgegenüber müsse er darauf hinweisen, daß die liberale Fraktion schon bei der vorjährigen Budgetberatung die Herabsetzung des Preises für Strom und Gas gefordert habe. Stv. Wendling habe zum Schluß sehr energisch betont, daß er sich von seinen Ansichten nicht abbringen lassen würde. Er möchte die Hoffnung ausdrücken, daß er nach und nach zum Bewußtsein kommt, daß er sich auf dem falschen Wege befindet.

Stadtvorordner Dr. Jeselsohn

erwidert in sehr temperamentsvollen Worten auf die Ausführungen des Stv. Ged u. weist den Vorwurf zurück, als ob in früheren Jahren angeblich die Umlage herabgesetzt wurde, um Stimmung zu machen für die Wahlen. Ich möchte darauf hinweisen, daß jahrelang der Herr Dreßbach mit uns ging, bis ihm der Herr Oberbürgermeister Ged auseinander gesetzt hat, daß man ein Budget für Arme und Reiche aufstellen könne. Dies ist mir erzählt worden, als ich noch nicht im städtischen Kollegium saß. Wenn Sie aber die Umlagenlisten von früheren Jahren durchlesen, so werden Sie finden, daß in einer Reihe von Jahren die Umlage noch nach dem Maßstab erheblich zurückgegangen ist. Damit ist der beste Be-

weis erbracht, daß die Festsetzung der Umlage nicht zu Wohlweden erfolgt ist. Bei einer aufsteigenden Konjunktur, wenn erwartet und erhofft werden kann, daß Industrie und Handwerk von keiner rückgängigen Konjunktur betroffen wurde, kann man der Frage eines Ausgleichsfonds sehr wohl nahe treten. Nun komme ich auf ein paar Bemerkungen zurück, die von Stv. Ged auf meine gestrigen Ausführungen gemacht wurden. Er hat eine persönliche Note hineingetragen, die man sonst an ihm nicht gewöhnt ist. Ich habe mit keinem Worte gesagt, daß ich ein Gegner der Proportionalwahl bin. Im Gegenteil. Ich stehe auf dem Standpunkt des völligen proportionalen Wahlsystems. Dies ist meine persönliche Auffassung. Ich habe die 155 000 Mk. Umlage, die die 3. Klasse bezahlt, in einem ganz anderen Zusammenhang gesagt, als wie sie Stv. Ged vorgetragen hat. Ich habe Bezug genommen darauf, daß Stv. Levi der bürgerlichen Partei das soziale Verständnis abgeprochen hat. Der Herr Oberbürgermeister hat ja heute erklärt, er habe dem alten Kollegium eine schlechte Note in bezug auf soziales Verständnis erteilt. In diesem Zusammenhang habe ich die Ziffern genannt. Ich habe darauf hingewiesen, daß außerordentlich viel soziales Verständnis auf bürgerlicher Seite vorhanden war und daß gerade aus der Tatsache, daß die 3. Klasse 15 000 Wähler hat und nur 150 000 Mk. Umlage bezahlt, die Verpflichtung vorhanden ist, für die Bessersituierten die soziale Frage zu lösen und bereitwillig Gelder dafür herzugeben. In vielen Fällen ist die Initiative für die soziale Fürsorge von bürgerlicher Seite ausgegangen. Ich habe in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, daß eine Gefahr vorhanden ist, daß eine Abwanderung von Reichen oder der Industrie stattfinden kann und daß eine Stabilität im Umlagesatz gerechtfertigt ist. Gerade der Umlagesatz ist maßgebend für die Heranziehung der Industrie und der Bevölkerung.

Nun hat Stv. Ged darauf hingewiesen, daß ich gestern einen einseitigen Standpunkt eingenommen habe. Selbstverständlich ist es, daß die Industrie nicht ohne Arbeiter sein kann. Aber ebenso selbstverständlich ist es, daß die Arbeiter auf die Industrie angewiesen sind. (Großer Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Nur wenn die Industrie konkurrenzfähig erhalten wird, kann auch für den Arbeiterstand gesorgt werden. Industrie und Handel müssen auch gegenüber dem Ausland konkurrenzfähig erhalten bleiben. Außerhalb Mannheims liegen auch noch Dreifosten, die ebenso bemüht sind, Industrie heranzubringen wie wir. Wir haben sehr viele Stände, die in kümmerlicheren Verhältnissen leben, wie die Arbeiter und die noch einen viel schwereren Existenzkampf haben. Ich brauche nur die Handwerker und den Detailhandel zu nennen. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Auf die Verleumdungstheorie, Zukunftsstaat und beratige theoretische Dinge will ich nicht eingehen. Ich halte es nur für meine Verpflichtung, den Vorwurf zurückzuweisen, als ob ich einen plutokratischen Standpunkt eingenommen hätte.

Es ist eine direkte Verdrehung der Wahrheit, wenn gesagt wird, ich hätte eine Wohnungsnot abgelehnt. Ich habe davon gesprochen, daß in Mannheim kein Wohnungsleiden ist, daß wir außerordentlich scharfe baupolizeiliche Bestimmungen haben und habe ferner darauf hingewiesen, daß Gaubenwohnungen und Souterrainwohnungen abgeprochen worden sind und bei der quadratischen Anlage von Mannheim und bei den breiten Straßen, die wir haben, kein Wohnungsleiden wie in Berlin (Kellerräumchen) vorhanden ist. Hier herrscht eine große Wohnungsnot und Teuerung. Ich habe darauf aufmerksam gemacht, daß in einem Bürgerauschuss, wo doch Leute sitzen, die politisches Verständnis haben, keinerlei Ausführungen gemacht zu werden brauchen darüber, daß die Wohnungsfrage eine der wichtigsten sozialen Fragen ist und erklärt, daß Wohnungslosigkeit und ihr Einfluß auf die Volksgesundheit furchtbar und die Lösung sozialen Elends von außerordentlich weittragender Bedeutung sind.

Hätte ich angenommen, daß aus diesem Hinweis der Herr Stv. Ged nicht das Verständnis dafür gehabt hätte, daß ich ein außerordentlich großer Freund für Verbesserung der Wohnungspolitik bin, so hätte ich eben ausführlicher sein müssen. Ich glaube aber, daß die bürgerlichen Stadtvorordneten mich richtig verstanden haben und daß der kurze Hinweis vollaus genügt hat. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.)

Wenn Stv. Ged mich apostrophiert hat, ich hätte eine gute teure Wohnung, und darum kein Verständnis für die Wohnungspolitik, so muß ich diesen Vorwurf energisch zurückweisen. Sihen doch auch in der Sozialdemokratie reiche Leute — so ein Schwiegerohn eines Bleichröders — der doch auch sicherlich sich nicht in eine Spelunke vertrieht. Mit der Frage der Wohnungspolitik bin ich seit Jahren vertraut. Der Vorwurf, ich hätte in dem Volksstimmeartikel wissenschaftlich einzelne Stellen weggelassen, weise ich ebenfalls zurück. Ich habe die Volksstimme hauptsächlich deshalb erwähnt, damit die Regierung nicht Schlässe zu Ungunsten der Anlehnspolitik der Städte ziehen kann. Ich habe mich gefreut, daß die Herren, die allein das Recht haben, hier im Bürgerauschuss die Partei der Volksstimme zu vertreten, die Volksstimme deklariert haben. Ueberdies gibt ja die Volksstimme hier im Kollegium, ein Teil im Stadtrat, und ein Teil im Bürgerauschuss. Ich weiß natürlich nicht, welcher Teil der Redaktion den deklarierten Artikel geschrieben hat. Unsere Anlehnspolitik ist schon darum eine gesunde, weil wir nicht nur zurückzahlen, sondern auch abstrahieren und alles doppelt amortisieren.

Ich weise ferner darauf hin, daß wir 1,7 Million für die soziale Fürsorge ausgegeben haben, und über 300 000 Mark für den Kreis. Dem gegenüber schreibt die Volksstimme, daß Abstriche gemacht werden sollen für künstlerische und wissenschaftliche Einrichtungen. Stv. Ged hat erwähnt, daß 175 000 Mk. hierfür ausgegeben werden und daß hier gespart werden könne. Er hat angeführt, die 5000 Mk. für die Urke. Das ist doch ein Repräsentationsbeitrag, der bei einem Budget unserer Gemeinde keine Rolle spielen darf. Ferner hat er erwähnt den Betrag von 1000 Mk. für den Gewerbeverein und Handwerkerverband und 1000 Mk. für die Handwerkskammer, gewiß ein kleiner Betrag für die Interessen des Handwerks. In den 175 000 Mk. die er erwähnt hat, stecken auch noch die 10 000 Mk. für Industrie-Propaganda, ein Betrag, den ich gerne erwidern würde. Denn wenn nur eine einzige Reklame dazu dient, eine neue Industrie heranzuziehen, so nützt es der Umlage und nützt den Arbeitern. Der Lohn geht natürlich in die Höhe. Es sind weiter erwähnt worden die 1000 Mk. für den Militärverein. Die Summe ist für die Sanitätskolonne, die ja bei allen Festlichkeiten und allen sonstigen Gelegenheiten ihre Dienste zur Verfügung stellt.

Es bleiben dann noch die 10 000 Mk. übrig für den Rennverein. Ich bin für diesen Betrag, denn an den Renntagen kommt die ganze Bevölkerung hinaus, Fremde kommen hierher und machen Einkäufe. Die Vorteile für die Bevölkerung sind viel größer als die 10 000 Mk. ausmachen. Die Stadt, die mit Recht am gestrigen Tage von Herrn Oberbürgermeister als Groß-Mannheim bezeichnet worden ist, die darf sich derartigen Beiträgen gegenüber nicht kleinlich zeigen, sondern hat auch hier die Verpflichtung, großzügig und vornehm zu handeln. (Beifall.) Wenn beinahe 2 Millionen für die soziale Fürsorgeausgaben ausgegeben werden, dann ist doch der Betrag von 175 000 Mk. für Börse, also Handel, für Industrie, Handwerk, ein sehr geringfügiger. Es ist ein Skandal, auf diese Weise beim Handel und Handwerk Kaufmann zu wollen. (Große Unruhe und Zwischenrufe bei den Sozialdemokraten.)

Es ist mir der Vorwurf gemacht worden einer einseitigen Interessensvertretung. Ich halte aber — trotz der Ausführungen des Stv. Ged — alles, was ich am gestrigen Tage gesagt habe, aufrecht und nehme nichts zurück. Einen derartigen einseitigen Interessensstandpunkt wie mein Herr Vorredner, vertritt meine Partei nie. Im Gegenteil. Wir stellen uns über die Interessengruppen und sagen: Eine gedeihliche Entwicklung Mannheims ist nur möglich, wenn es Handel und Industrie und den Gewerbeständen gut geht. Und dann kann auch der Arbeiterstand gedeihen.

Wir haben immer soziales Verständnis gezeigt. Fragen, die von der Sozialdemokratie abgelehnt wurden — ich erwähne nur die Arbeitslosenversicherung, die jahrelang von ihr befehlet wurde, bis sie sich zu dem Gedanken durchgerungen hat, daß sie notwendig ist — sind von meiner Partei aufgegriffen worden.

Redner schloß seine Ausführungen, die sich oft in sehr scharfen Worten gegen die Sozialdemokraten wandten, mit der Erklärung, daß er trotz der Darlegung der Stv. Ged, alle seine Äußerungen vom gestrigen Tage voll und ganz aufrecht erhalte. (Lebhafter Beifall bei den bürgerlichen Parteien.)

Stadtvorordner Professor Wendling:

Gestatten Sie mir noch einige kurze Worte der Verteidigung. Es hat mich sehr gewundert, daß Stv. Kramer hier erklärt hat, ich hätte keine praktische Vorschläge gemacht. Er hat auch angeführt, daß ich selbst noch zu der Ueberzeugung kommen werde, daß die Gründung einer Mietervereinsorganisation unendlich gewesen ist. Ich kann ihm versichern, daß ich zu dieser Ueberzeugung nicht kommen werde. Ein Mann, den ich als Autorität auf dem Gebiete des Wohnungswezens betrachten muß, hat mir gesagt: An den wenig betrieblenden Wohnungsverhältnissen sind hauptsächlich auch die Mieter schuldig und zwar nur wegen ihrer großen Interessenlosigkeit. Ich bin überzeugt, daß es auf dem ganzen Gebiete des Wohnungswezens nicht besser wird, bis die Mieter aufwachen und ihre Rechte vertreten. Und dazu ist eine Organisation unbedingt erforderlich. Je mehr ich mich mit der Wohnungsfrage befaße, desto mehr komme ich zu der Ueberzeugung, daß eine Organisation unbedingt erforderlich ist. Es hat mich sehr gefreut, daß Herr Oberbürgermeister Martin im großen Ganzen seine Zustimmung gegeben hat zu meinen Ausführungen. (Schallende Heiterkeit.) Ich kann Sie versichern, daß ich außer dem Beispiel von dem Turnverein noch andere Momente ansühren könnte. (Bursche: Namen nennen!) Ich habe aber hierüber meine Ansicht über diesen Gegenstand dargelegt und ich will Ihre Aufmerksamkeit nicht länger in Anspruch nehmen.

Stv. Ged:

Wir haben von Herrn Stadtv. Dr. Jeselsohn eine Rede gehört, die ausschließlich auf den Volksversammlungston angelegt war. Ich muß mich aber seine Ausführungen wundern; denn die neuen Mitglieder, die hier im Kollegium sitzen, gehören doch seiner Fraktion an. Und das ist ja der wahre Jakob wie man ihn nicht schöner sehen kann. Wenn man seine Ausführungen gehört hat und welche Verdienste seine Fraktion sich um die Stadt erworben hat, und man betrachtet hier die Leute, die seine Partei vertreten, so muß man an dem politischen Verständnis der Wählerchaft zweifeln. Auch Herrn Dr. Jeselsohn wird es nicht gelingen, allen Leuten recht zu machen. Man muß irgendwo ansetzen, wenn man Grundzüge und eine politische Richtschnur für seine politische Gesinnung hat. Er hat auch gesagt, meine Partei vertrete einen einseitigen Standpunkt. Das ist aber der Stolz meiner Partei, eine einseitige Vertretung zu sein; denn die Partei und die Gesellschaftskreise des Stv. Dr. Jeselsohn die haben überall größeren Einfluß. Diese haben auf das öffentliche und wirtschaftliche Leben einen ungeheuren Einfluß. Ohne Vertretung war bisher allerdings die Arbeiterschaft. Ich möchte fragen, ob das auch eine einseitige Vertretung der Interessen ist, wenn man 75 Prozent der Bevölkerung hinter sich hat, wie die sozialdemokratische Fraktion. Wenn man die Frage stellt, wer notwendiger ist, der Arbeitgeber oder der Arbeitnehmer, so können Sie nicht anders antworten, daß wir der Arbeitgeber nicht so notwendig brauchen wie den Arbeiter. Es wurde noch nie in der Welt der Beweis dafür erbracht, daß die Arbeiter unerbittlich sind. Ich erinnere Sie an den Streik in England, wo nicht nur die Industrie, sondern auch der Staat zusammenkollabierte, wenn die Arbeiter streikten. Stv. Dr. Jeselsohn hat das in der gestrigen Rede einseitig betont und immer nur die großen Unternehmerinteressen in den Vordergrund gestellt. Da, was er gesagt hat, bleibt bestehen, und das ist aus dem Munde eines Demokraten eine bedauerliche Erscheinung, wenn er den Leuten die nichts verdienen, die wenig Einkommen haben vorhält, daß sie eigentlich wenig Steuern bezahlen. Aber jeder Arbeiter muß seine Steuer bis zum letzten Pfennig bezahlen.

Ein großer Teil unserer großen Finanzmiserie würde in dem Augenblick beseitigt sein, wenn es uns gelänge, durch gesetzliche oder administrative Maßnahmen dahin zu kommen, daß die besitzenden Klassen alles, was sie haben, auch richtig besteuerten. Die Hinterziehungsfraße ist ein wesentlicher Faktor unserer Finanzmiserie. Wenn wir hier die Anschauungen unserer Partei vertreten, so tun wir nichts anderes als unsere Pflicht. Die Zahl der hinter und strebenden Wähler ist so groß, als die aller anderen Parteien zusammen. Wenn wir eine solche große Masse hinter uns haben und wenn wir hier einmal ein energisches Wort einlegen, daß es auch vorwärts geht, so können wir verlangen, daß daraufhin nicht ein solch provozierender Ton gegen uns angeschlagen wird, wie es hier der Fall gewesen ist. Ich glaube, wir können, wenn wir das nächstmal zur Wahl gehen, nichts Besseres tun, als die Rede des Herrn Dr. Jeselsohn in ein Flugblatt zu lassen, um sie hinausgeben zu lassen in die große Masse der Arbeiterschaft. (Zustimmung bei den Soz. und Rufe: Tun Sie das! Leitens der Fortschritt. Volkspartei.) Ich schließe damit: Ich habe Herrn Dr. Jeselsohn persönlich nicht zu nahe treten wollen. Nur die Anschauungen seiner Partei, die er hier vertrat, habe ich treffen wollen.

Stv. Kern:

Es hat sich hier eine Polemik heraufgebildet zwischen Arbeiter und Industrie. Das alte Sprichwort heißt: Wenn zwei sich streiten, so hat der Dritte den Nutzen. Ich glaube als Mittelständler auch einige Worte sagen zu dürfen. Es freut mich, daß gerade die gestrigen Redner die Interessen des Kleinhandels und der kleinen Handwerker wahrnahmen. Der Redner wendete sich gegen den geheimen Warenhandel, wie er insbesondere durch die Bahnbeamten betrieben werde. Nicht nur Lebensmittel, sondern selbst Panamahüte werden in großer Anzahl vom Auslande bezogen. So arbeitet der Fabrikant direkt mit dem Konsumenten. Wenn der Herr Oberbürgermeister gesagt hat, daß der Kartoffelbezug durch die Stadt hauptsächlich bedungen geschehen sei, doch der Zwischenhandel die Preise nicht in ungehöriger Weise steigern kann, so könnte er erwidern, daß dafür schon die Konkurrenz sorgt, daß die Bäume nicht in den Himmel wachsen. Der Preis einer Ware wird jeweils durch die Konkurrenz reguliert. Wenn Herr Levi nach dem schönen Sprichwort gesprochen hat: Was andere lieben, möchte ich nicht allein besitzen, so solle ihm dafür Dank gesagt werden in der Weise, daß er vielleicht bei der zukünftigen städtischen Polizei als Polizeihauptmann funktionieren könnte. (Große anhaltende Heiterkeit.)

Stv. Dr. Weingart

posaminiert gegen Stv. Wed bezüglich seiner Ausführungen gegen Stv. Dr. Jeselsohn. Wenn sich Herr Stv. Wed über den Ton beschwert habe, den Stv. Dr. Jeselsohn ihm gegenüber angeschlagen habe, so könne er darauf nur sagen, daß es eben aus dem Walle so herausschallt, wie hineingerufen worden ist. Stv. Wed habe die Person seines Fraktionsfreundes auf eine Art in die Debatte gezogen, wie sie im allgemeinen in diesem Hause nicht üblich ist. Wenn Herr Wed unter anderem gesagt hat, wenn man es allen recht machen wolle, müßte man irgendwo anstoßen, so könne er dazu sagen, daß seine Partei stolz darauf ist, daß sie im Interesse des Allgemeinwohls sich verwendet. Man könne jedoch verschiedene Meinungen sein, jedoch jeder auf diesem Allgemeinwohl fußt. Wir liberale Parteien wollen beide das Allgemeinwohl fördern, wir sind aber verschiedener Meinung darüber, auf welchem Wege das Ziel zu erreichen ist. Aber die Sozialdemokratie steht nicht auf dem Standpunkt, das Wohl aller fördern zu helfen, sondern sie arbeitet nur im Interesse einer Klasse. Das ist bei ihr (der Sozialdemokratie) immer die Sache: Von der wirklichen Konsequenz dessen, was sie vertritt, schreit sie zurück (Bursche links: Oho, Juristenweisheit!). Das freut mich, daß Sie anerkennen, daß die Juristenweisheit ziemlich hoch steht. (Sehr gut bei der Volkspartei und Nationalliberalen.) Herr Dr. Jeselsohn hat mit seinen Ausführungen nicht etwa den Vorwurf erhoben, daß die große Zahl von Steuerzahlenden eine so geringe Summe von Umlagen aufbringt, sondern hat im Gegenteil darauf hingewiesen, daß weil eine so große Zahl von Einwohnern nur eine so kleine Summe von Umlage aufbringen kann, es deshalb auch notwendig sei, auch große Summen für soziale Zwecke aufzuwenden.

Stv. Haupp

wendet sich gegen die Ausführungen des Stv. Kern bezüglich des Wareneinkaufs durch die Beamtenvereine. Ich bin sehr davon überzeugt, daß wenn sie in einer besseren Lage wären, sie keine Sparvereine und dergleichen bräuchten. Mit solchen Angriffen, wie sie Herr Kern gegenüber den Beamten brauchte, hätte er nur erreichen, daß schließlich die Beamten den Konsumvereinen beiträgen. Was die Wohnungsfrage anbelangt, so haben die Wohnungsmieten hier eine Höhe erreicht, daß sie selbst von denjenigen Preisen, die keine Mieter sind, als hoch bezeichnet werden. Es solle seitens der Stadtverwaltungen mit allen Mitteln darauf hingearbeitet werden, daß die Wohnungen billiger werden und zwar aus Gründen der Moral, der Sittlichkeit und zur Erhaltung des Familienfriedens, und nicht zuletzt aus Gründen der nationalen Fortentwicklung. Der Redner verweist auf den Jahresbericht des Statistischen Amtes für 1910, wonach im Laufe dieses Jahres das natürliche Wachstum der Stadt um ein volles Drittel abgenommen hat. Der größte Teil der Bevölkerung hat nicht einmal die Mittel, eine normalmäßige Familie zu ernähren. Das sind geradezu traurige Zustände. (Der Redner host, offenbar deshalb, weil Oberbürgermeister Martin sich mit Mitgliedern des Stadtverordnetenverbandes bespricht.)

Stv. Haupp: Ich wünsche, daß die Herren mehr zuhören. Oberbürgermeister Martin: Herr Stadtverordneter! Ich habe Sie bis jetzt nicht unterbrochen, aber Sie kommen auf Gebiete, die mit der Generaldiskussion nichts zu tun haben.

Stv. Haupp: Ich bin da anderer Ansicht. Diese Dinge sind vom Vorredner angezogen worden, und so habe ich das Recht zu erwidern.

Oberbürgermeister Martin: Sie können von uns nicht verlangen, daß wir Sie über andere, als zum Thema gehörige Gebiete anhören.

Eine weitere Diskussion wird nicht gewünscht. Darauf erklärt der Oberbürgermeister die Generaldebatte für geschlossen.

Weitere Mitteilungen Amundsen über seine Expedition.

Aus London wird berichtet: „Daily Chronicle“ veröffentlicht eine neue Unterredung mit dem Entdecker des Südpols, Amundsen, in der die Chancen für eine künftige Südpolarerreichung als sehr günstig dargestellt werden. Amundsen betont ganz besonders, daß auf der Fahrt nach dem Pol kein Tropfen Alkohol getrunken wurde. Nicht daß die Normeger Alkoholverweigerer wären, denn in Framheim, dem Hauptquartier der Expedition, wurde wohl dann und wann ein steifer Grog gebraut, aber auf der Fahrt über das Eisland wollten Amundsen und seine Begleiter nicht trinken. Amundsen teilt mit, daß er unterwegs und auf dem Pol häufig photographische Aufnahmen gemacht habe, die jetzt in Hobart entwickelt werden.

Framheim wurde vollkommen intakt verlassen. Eisen und Lampe fertig zum Anzünden, der Tisch mit bestem Porzellan gedeckt, Brennmaterial in Hülle und Fülle. Auch das Depot auf der Route nach dem Pol enthält noch reichen Proviant, und wer Amundsen's Fußstapfen folgen wird, wird reichlich für sich gefordert finden. Als wir von Framheim abfahren, so erzählt Amundsen, befand sich in der Nähe eine japanische Expedition, welche die gemachten Betten kaum verschmähen wird.

Amundsen bestreitet, daß das von Lieutenant Shackleton nach König Edward benannte Plateau mit jenem identisch ist, das er König Hafon-Plateau taufte. Shackleton habe sich noch im Aufstiege befunden, als er sich zur Umkehr entschloß, und hat daher die eigentliche Polarhochebene nicht erreicht.

Amundsen will auf König Edward's Land eine Anzahl bisher unbekannter Tiere gefunden haben.

Aus Christiania meldet ein Telegramm: Der Staatsrat wird heute über den Antrag der Geographischen Gesellschaft beraten, ob Amundsen ein Staatszuschuß von 200 000 Kronen bewilligt werden soll. Der deutsche Gesandte brachte der norwegischen Regierung heute den Glanzwunsch Deutschlands zur Entdeckung des Südpols schriftlich zum Ausdruck.

Spezialberatung: Einnahmen.

Stv. Kramer

richtet bei Position 3a die Anfrage, wie weit die Verhandlungen gediehen sind über den Ankauf des Gebäudes O 7, 21. Er bittet, daß endlich einmal in diesem Teile der Stadt Zufriedenheit geschaffen wird und wünscht Auskunft über den heutigen Stand der Verhandlungen.

Oberbürgermeister Martin:

Die Verhandlungen schweben noch, die Parteien sind noch um 40 000 M. auseinander.

Stv. Kramer:

Nach meiner Information beträgt die Differenz nur noch 30 000 M. Das Angebot der Stadt beträgt 100 000 M.

Oberbürgermeister Martin:

Und nach meiner Information beträgt der Unterschied noch 40 000 M. (Heiterkeit.)

Stv. Dr. Weingart

kommt auf die schon im vergangenen Jahre erörterte Frage der schlechten Akustik im Bürgerausschuhsaal zu sprechen. Von den Ausführungen des Stv.-V. Gieseler habe er infolge dessen nur einen Teil verstehen können. Aber ich glaube es liegt weniger am Gebäude als an der Art, wie wir hier sitzen. Die hinter dem Sprecher Sitzenden können nur schlecht verstehen. Stv. Dr. Weingart hält es für notwendig, daß an die Frage herangetreten wird, ob nicht die Bestuhlung im Saal, nachdem diejenige im Hoftheater fertiggestellt sei, geändert werden könnte. Der Redner hat hierzu zwei Pläne als Muster anfertigen lassen, die er dem Oberbürgermeister überreicht. Hierbei hat ihm eine Abbildung der Bestuhlung im Reichstage als Unterlage gedient.

Oberbürgermeister Martin:

Ich habe nur gesagt, es sei schwer zu verstehen, wenn nach der anderen Seite hinzugesprochen wird. Im übrigen habe ich gefunden, daß die Akustik sehr gut ist. Von der geistigen Rede des Stv. Dr. Jeselsohn habe ich jedes Wort verstanden. (Heiterl.)

Stv. Wögle

erinnert daran, daß bei der vorjährigen Budgetberatung bezüglich der Herbeiführung einer besseren Akustik vom Stadtratlich beschlossen worden sei, hierin eine Maßnahme zu treffen. Weiter bemängelt der Redner den Anfang zur Galerie des Saales. Er bezeichnet die Wendeltreppe, die zur Galerie führt, als eine Missetat, die sich besonders bei starkem Besuch bemerkbar mache und schlägt vor, die Zugänge zur Galerie von der Puffelloge aus auch für das übrige Publikum zu öffnen.

Stv. Spielmeier

schließt sich dem Klagen wegen der schlechten Akustik an. Er hat es von jeher als sehr unangenehm empfunden, daß von seinem Platte aus die Sprecher vom Stadtrat- und Stadtverordneten-vorstandstisch sehr schlecht zu verstehen seien. Dann machte sich auch in der Nähe der Ventilation immer Zug bemerkbar. Der Redner bittet um Abhilfe auch dieses Mißstandes.

Stv.-V. Benschheimer

vertritt bezüglich der Unterhandlungen wegen Ankauf des Hauses O 7, 21 den Standpunkt, daß die Stadtverwaltung im Interesse des Stadteinkommens alles tun soll, um den Ankauf des Hauses zu beschleunigen, selbst auf die Gefahr hin, wenn die Stadt etwas mehr dafür zahlen soll.

Oberbürgermeister Martin

glaubt kaum, daß die Verhandlungen über den Ankauf des genannten Gebäudes beschleunigt werden können.

Stv. Hanfer

bemerkte bei Ziffer 17, daß der Oberbürgermeister sich den wärmsten Dank dieser ersten würde, wenn er sich für die Beseitigung des Verkehrsbehindernisses bei der alten Dragonerkaserne verwenden würde, in der Weise, daß die Tore niedergelegt und die beiden Pfeiler nach der Straßenseite zurückversetzt werden. Der Redner bittet die Stadtverwaltung die Angelegenheit zu prüfen.

Oberbürgermeister Martin

entgegnet dem Vorredner, daß die Angelegenheit innerhalb des Stadtrates bereits erörtert, aber noch kein Beschluß gefaßt werden konnte, da sich in der früheren Kaserne Krankenhäuseräume befinden.

Bei § 40 „Von sonstigen Forderungen“ bringt Oberbürgermeister Martin einen sozialdemokratischen Antrag auf Einführung der unentgeltlichen Beerdigung bzw. Feuerbestattung zur Kenntnis.

Stv. Kemmel

begründet den sozialdemokratischen Antrag. Die unentgeltliche Beerdigung werde nur für diejenigen gefordert, die Anspruch darauf erheben.

Oberbürgermeister Martin:

Ich nehme an, daß es sich nur um eine Resolution handelt, über die sofort abgestimmt werden kann.

Stv.-V. Gieseler

bemerkte, man könne die Tragweite der Resolution nach keiner Richtung übersehen. Man müsse doch vom Stadtrat erfahren, um welchen Betrag es sich handle. Deswegen glaube er auch nicht, daß man sofort über die Resolution abstimmen kann.

Oberbürgermeister Martin:

weist darauf hin, daß die Resolution erst der Friedhofskommission zur Prüfung vorgelegt werden müsse, ehe Auskunft über die finanzielle Lage gegeben werden könne. Man könne sehr lebhaft dafür oder dagegen stimmen.

Stv. Levi

beantworte die Sitzung zu schließen, da ein ordentliches Verhandeln doch nicht mehr möglich sei.

Stv. Dr. Sickingen

wünscht einige Zahlen zur Resolution.

Oberbürgermeister Martin:

Das können wir nicht.

Hierauf wird, nachdem zur Geschäftsordnung die Stabs-Müller, Lamerdin und Stv.-V. Benschheimer gesprochen, die Sitzung am Donnerstag nachmittags 3 Uhr vertagt. Schluß kurz nach 7 Uhr.

*

Stadtverordneter Wendling

führte bei der Generaldebatte am Schluß seiner programmatischen Ausführungen noch folgendes aus: Mit der Wohnungsfrage hängt aufs innigste die Frage der kommunalen Besteuerung zusammen. Die kommunale Besteuerung ist ein schwieriges und kompliziertes Problem. Sehr interessant sind die Verhandlungen des Vereins für Sozialpolitik im vorigen Spätjahr in Nürnberg gerade über dieses Problem. Die eigentliche Frage lautet: Inwieweit wollen wir Uberschüsse aus städtischen Betrieben und inwieweit wollen wir Umlage? Hier in Mannheim wird die Umlage gewissermaßen niedrig gehalten, man ist dann aber genötigt, fortwährend nach Geldquellen zu bohren, durch welche Mittel aus der Bevölkerung gewonnen werden, ohne nach der Leistungsfähigkeit zu fragen. Wohl ist es für ein großes Industriezentrum, daß die Konkurrenz mit anderen Zentren anhalten muß, eine

Lebensfrage, daß die Umlage möglichst niedrig gehalten wird und möglichst stabil ist. Aber es hat doch alles seine Grenzen. Dieses Prinzip darf nicht so weit gehen, daß zugunsten der einen andere unvernünftig schon betroffen werden, daß es wie ein Alibi auf der Bevölkerung ruht und auf Schritt und Tritt des Lebens mit seinen Forderungen an uns herantritt. Es ist auch bedenklich, wenn dieses Prinzip mehr oder weniger nur eine Verschleierung ist; wenn es als Lockmittel dienen soll, dann aber doch in indirekter Weise Forderungen nach sich zieht, wodurch gebotene Vorteile wieder in Frage gestellt werden. Wenn eine Pflicht vor Mannheim vorhanden ist, kann sie nur durch wirkliche Vorteile, wie überhaupt durch allgemeine günstige Lebensbedingungen, wozu auch die Wohnungsverhältnisse gehören, bereinigt werden. Wenn die Bedürfnisse ins Angeheure anwachsen, ist ohne Notwendiges außer acht zu lassen, mögliche Sparsamkeit im städtischen Haushalt geboten. Es erhebt sich dann aber auch die Frage nach den Verpflichtungen des Staates. Gerade in dieser Hinsicht sind in Nürnberg sehr weitgehende Forderungen gestellt worden (Schulwesen, Armenwesen, Polizeiverwaltung.)

Ein System kann nicht von heute auf morgen durch ein anderes ersetzt werden, aber es gibt eine Regulierung, man kann ab und an geben. Wir wünschen, daß statt der indirekten Besteuerung mehr eine direkte, durch Umlage, zur Geltung komme, weil dadurch die allgemeinen Lasten mehr nach dem Grundsatz der Leistungsfähigkeit verteilt werden. Die Herabsetzung des Preises für Gas und elektrischen Strom ist ja auch ein Beweis dafür, daß man geneigt ist, in dieser Richtung den Bedürfnissen der Bevölkerung entgegenzukommen. So ist es auch zu begrüßen, daß die Umlage nicht herabgesetzt worden ist, obwohl dies möglich gewesen wäre. Die zunehmende Industrialisierung soll und kann nicht aufgehalten werden; in ihr stellt sich für uns der Fortschritt dar. Es soll jedoch nicht außer acht gelassen werden, daß diese Entwicklung eine Rehrseite hat, daß die Bevölkerung unter ihr leidet und entbehrt. Dann soll sie aber auch den Geist sozialer Gesinnung und sozialer Fürsorge verspüren, der das Ganze durchdringt. Trotz aller Vorwürfe werde ich für die Ideen eintreten, die auszusprechen ich mich gebrungen fühle, für die ich Männer der Wissenschaft und der Praxis ins Feld führen kann. Ich bin der festen Überzeugung durchdrungen, daß zu den Grundpfeilern der Wohlfahrt Mannheim gehören: Wohnungsfürsorge und gerechte Verteilung allgemeiner Lasten.

Zur gestrigen Bürgerausschuhführung.

Die Generaldebatte wurde gestern fortgesetzt. Zunächst betrat Herr Stadtv. Prof. Wendling das Rednerpult. Das ganze Haus sah seinen Ausführungen mit gespanntem Interesse entgegen; man erwartete allgemein, daß dieser Führer in der Mieterbewegung jetzt das Ei des Columbus in der Lösung der Wohnungsfrage den Mitgliedern des Bürgerausschusses vorzeigen werde. Aber was geschah? Wir möchten Herrn Prof. Wendling nicht zu nahe treten, denn wie von jeher so schätzen wir ihn auch heute noch als eine ehrlich suchende und herzlich wollende Persönlichkeit voll idealen Strebens. Das kann und darf uns jedoch nicht hindern, zu konstatieren, daß die Darlegungen des Herrn Wendling enttäuschten. Theoretisch hatte er allerdings viel zu sagen. Auch ersah man, daß er ein tüchtiger Kenner der Literatur der Wohnungsfrage ist und mit Aufmerksamkeit alles verfolgt, was in dieser Frage geschrieben und in irgend welchen Versammlungen gesagt wird. Aber mit der Theorie ist es in dieser Sache, in die so viele harte Notwendigkeiten des Lebens hereinspielen, nicht getan. Man kann sich auch hier nicht einfach über die durch die Entwicklung herbeigeführten Verhältnisse hinwegsetzen. Diese sind durch die schönsten Reden nicht aus der Welt zu schaffen und wer in dieser zweifellos höchwichtigen Frage nicht nur Phantomen nachjagen, sondern wirklich praktische Arbeit leisten will, der darf sich die Mühe nicht verbieten lassen, mühsam mitzubauen, Stein um Stein, vorsichtig und in richtiger Umschau der Dinge Schritt um Schritt vorwärts zu dringen. Ob Herr Prof. Wendling sich jemals zu dieser Ueberzeugung durchringen wird? Fast möchte man es nach den Erfahrungen, die er gestern im Bürgerausschuh gemacht hat, meinen. Zwar stellte er es gestern nicht entschieden in Abrede. Aber auch an ihm dürfte sich wohl der alte Erfahrungssatz bewähren, daß die Verhältnisse stärker sind als die Menschen. Einen Schritt nach dieser Richtung hin hat Herr Wendling ja bereits getan. Er bringt jetzt auch der Lage der Grund- und Hausbesitzer Verständnis entgegen. Noch vor Monaten war in seinen Reden eine solche Würdigung nicht wahrzunehmen. Ja gestern ging Herr Wendling sogar soweit, zu erklären, daß er in Mannheim kein Hausbesitzer sein möchte. Aber, Herr Professor! Wir möchten doch freundlichst bitten, einmal die Wahreden nachzulesen.

Was Herr Prof. Wendling an praktischen Vorschlägen zur Lösung der Wohnungsfrage vorbrachte, war ziemlich unbedeutend. Wohnungsämter und dergleichen Sachen mögen ganz schöne Dinge sein, aber zu einer wirklichen Lösung der Wohnungsfrage dürfen sie sehr wenig beitragen. Die großen Ideen, die geeignet erscheinen, hier Wandel zu schaffen, sind von der Stadtverwaltung bereits seit Jahren energisch in Angriff genommen worden: Vermehrung des städtischen Grundbesitzes und Ausbau des Vorortbahnnetzes. Wenn Herr Wendling an der Weiterverfolgung dieser Ziele mitarbeiten will, ist er allem herzlich willkommen, nur darf er nicht meinen, daß diese großartigen Wohnungspolitik ein Produkt der Mieterbewegung ist. Diese Politik wurde von der Stadt Mannheim bereits verfolgt, als an eine Mieterbewegung noch kein Mensch dachte. Dies ist Herrn Wendling ja auch gestern im Bürgerausschuh von verschiedenen Rednern zu Gemüte geführt worden. Einen Punkt möchten wir besonders herausheben. Herr Wendling glaubte auch gestern, darüber Beschwerte führen zu sollen, daß die Erbauung der elektrischen Straßenbahn nach Schriesheim nicht rasch genug vorwärts gehe. Dieser Vorwurf ist von ihm bereits in der Wahlbewegung erhoben und von uns damals mehrfach widerlegt worden. Gestern zog er sich, als er diesen Vorwurf erneuerte, eine starke Abfuhr des Herrn Oberbürgermeisters zu, der den Behauptungen des Herrn Wendling scharf entgegen trat und erklärte, daß die Schriesheimer Bahnbaufrage so rasch gefördert worden sei, wie es angesichts der entgegenstehenden Schwierigkeiten nur irgendwie möglich gewesen wäre.

Herr Wendling sprach dann noch über die kommunale Besteuerung. Hier bewegte er sich völlig in Theorien. Nur

soviel glauben wir aus seinen Ausführungen entnehmen zu können, daß er die Gehäufnisse der wirtschaftlichen Betriebe möglichst weit herabsetzen und daß er auch sonstige indirekte Abgaben aufheben möchte. Womit er den Ausfall deden will, hat er nicht gesagt. Das scheint ihm bis jetzt selbst noch ein Rätsel zu sein. Durch Umlagen allein kann er doch unmöglich diesen großen Einnahmeausfall deden wollen. Vorichtigerweise hat Herr Wendling in seiner gestrigen Rede das in der Wahlbewegung von ihm geprägte Wort von der „verschleierten Umlage“ nicht gebraucht. Warum?

Nach Herrn Wendling ging Herr Oberbürgermeister Martin in einer circa einstündigen Rede auf die in der Generaldebatte von den verschiedenen Rednern gemachten Ausführungen ein, den Standpunkt der Stadtverwaltung zu einzelnen Fragen und vorgebrachten Wünschen darlegend.

Sodann entspann sich ein längeres Wortgefecht zwischen dem sozialdemokratischen Stv. Herrn Ged und dem demokratischen Stv. Herrn Dr. Jeselsohn. Diese beiden Herren trafen scharf zusammen. Ihre Ausführungen enthielten viel Parteipolitik und Parteivolentil. Wir möchten uns in diesen Streit, in dem heftig hinüber- und herübergeschossen wurde, nicht einmischen. Er wird ja wohl in der Presse der beiden Parteien noch weiter spielen. Nur eins sei konstatiert: es hat allgemein Befremden erregt, daß der sonst so gemäßig und versöhnlich sprechende Stv. Ged gestern einen so aufreizenden Ton anschlug, der groll abtand von den ruhigen Darlegungen, die am ersten Tage der Generaldebatte die Herren Pfeiffle und Devi gemacht hatten. Warum diese auffällig scharfe Wendung? Sollte durch die gestrige scharfe Tonart der Eindruck verwischt werden, den die sachlichen Darlegungen der sozialdemokratischen Redner am vorgefertigen Tage gemacht hatten? Kost könnte man es annehmen. Zweifellos hat der gestrige Vorgang gezeigt, daß die neue Zusammenfassung des Bürgerausschusses manchen Bündstoff zu parteipolitischen Auseinandersetzungen, die früher erfreulicherweise dem Mannheimer Bürgerausschuß fast ganz fern blieben, gebracht hat.

Die Generaldiskussion wurde gegen 1/2 Uhr zu Ende geführt. Herr Oberbürgermeister Martin trat zwar sofort in die Spezialdiskussion ein, aber das Haus war ermüdet, so daß die Verhandlungen bald abgebrochen und auf heute Donnerstag nachmittags 3 Uhr vertagt wurden.

Nachtrag zum lokalen Teil.

Mit dem Bau der Elektrischen Bahn Mannheim-Schriesheim wird sich die am Mittwoch, 20. März, in Ladenburg stattfindende Bürgerausschuss-Sitzung von neuem beschäftigen. Der Gemeinderat schlägt die Bewilligung eines Barbeitrage von 20 000 M. und die Stellung von Gemeinde-gelände bis zu 6000 Quadratmeter vor.

Die Kriegsmarine-Ausstellung im „Ballhaus“, wird morgen Freitag, nachmittags 5 Uhr eröffnet. Gestern kam das über 200 000 Mark an Wert repräsentierende Ausstellungsgut in zwei großen 10 Meter langen eigenen Ausstellungswagen sowie in einem weiteren Eisenbahnwagen hier an. Der Transport der schweren Schiffsmotoren, der 1000pündigen Riesengeschosse, der 22 Zentner wiegenden Schnellbojen usw. war mit nicht geringen Schwierigkeiten verknüpft. Die Ausstellung ist wiederholt auch von fürstlichen Personen besucht worden, u. a. in Bonn von unseres Kaisers Schwager Prinz Adolf von Schaumburg-Lippe und von dem Kronprinzen von Griechenland, in Dresden von dem Kronprinzen von Sachsen und seinen beiden Brüdern, in München vom Prinzen Rupprecht von Bayern usw.

Sein 25jähriges Dienstjubiläum feierte gestern Herr Maschinenbauingenieur Johann Krüger beim Groß. Hof- und National-Theater. Anlässlich dieses Tages wurde dem Jubilar von der Intendanz ein größeres Geldgeschenk und von seinen Kollegen einige wertvolle Gebrauchsgüter überreicht. Der Chor brachte dem Jubilar in seinem feierlich geschmückten Arbeitsraum ein Ständchen dar. Auch wir bringen dem Jubilar unsere herzlichsten Glückwünsche und hoffen daß es ihm vergönnt sein wird, noch lange seinen Posten auszufüllen.

Eine seltsame Erscheinung macht sich zurzeit in unserem Rheinisch-Ruhrgebiet infolge des Rheinisch-westfälischen und englischen Kohlenarbeiterstreiks bemerkbar. Folgte selber ein zu Berg fahrender Kohlenkutschmann dem andern, so fahren jetzt zahlreich mit Kohlen beladene Schiffe zu Tal. Das ist daraus zu erklären, daß jetzt große Kohlenlager in den oberdeutschen Häfen ihre Bestände nach den von dem Kohlenarbeiterstreik im Rheingebiet gegangenen Städten abstoßen.

Der Fall Schöber. Die Formalitäten für die Auslieferung des Weinhändlers Schöber von hier sind nunmehr erledigt, so daß die Ueberführung des Verhafteten von Kanada nach Deutschland erfolgen kann.

Eisenbahnunfall. Ein von hier nach Vampertheim fahrender Güterzug der Rheinisch-Westfälischen Staatsbahn überfuhr in der Nähe von Vampertheim eine Schafherde. Eine große Anzahl Schafe wurde getötet, viele verletzt.

Süddeutsche Gesellschaft für staatswissenschaftliche Fortbildung. Die Vertragstabelle der Süddeutschen Gesellschaft für staatswissenschaftliche Fortbildung hatten bis zum 12. März insgesamt 228 Anmeldungen. Für den ganzen Kurs wurden 35 Karten, für den halben Kurs 71 Karten und für Einzelkurse 162 Karten zell. Außerdem wurden die Vorträge von zahlreichen Mitgliedern der Gesellschaft besucht. In der ersten Woche nahmen an den Vorträgen 44 Personen teil.

Witzschlag in einem Eisenbahnzug. Vorgefunden nachmittags ging ein starkes Gewitter, verbunden mit mächtigen elektrischen Entladungen, über die Gegend am Vetterstopf (Pfalz) nieder. Vermutlich haben die Orte des Leininger Tales noch mehr unter dem Orkan gelitten. In der Nähe von Erpolshausen schlug der Blitz in der Radwagen des um 3.18 Uhr in Bad Dürkheim abgehenden Zuges. Der Blitz zerplätterte, ohne zu sünden, das Dach des Radwagens. Der diensthabende Schaffner, welcher im Radwagen die Brems bediente, kam mit dem Schrecken davon. Der Zug erlitt keine Unterbrechung.

Polizeibericht

nom 14. März 1912.

Selbstmord. Auf dem Friedhof hier hat sich in der Nacht vom 12. auf den 13. März ein 35 Jahre alter verheirateter Schreiner von hier infolge eines unheilbaren Ohrenleidens auf dem Grabe seiner Mutter erschossen.

Neues aus Ludwigshafen.

Dachstuhlbrand. Heute früh zwischen 5 und 6 Uhr entstand in einem Bureau der Aktienbrauerei, welches sich neben dem Hopfenständer befindet, durch ein überhitztes Dampfrohr, das einen Balken entzündete, ein Brand, der sich bald auch weiter auf den Dachstuhl ausbreitete. Die erste Kompanie der freiwilligen Feuerwehr wurde alarmiert und löschte den Brand. Der Schaden ist ziemlich erheblich.

Chedrama. Die Kaiser Wilhelmstraße war verflorenen Nacht der Schauplatz eines schrecklichen Chedramas. Die 23 Jahre alte Ehefrau Philippina Kirisch geb. Köhler feuerte dort kurz vor 1/2 Uhr vor dem Hause No. 47, in dem das Ehepaar wohnt, auf ihren Ehemann, den 25 Jahre alten Former Jacob Kirisch, drei Revolvergeschosse ab. Zwei gingen fehl, der dritte traf den jungen Mann mitten durchs Herz. Kirisch stürzte sofort tot zusammen. Die Täterin stellte sich aber neben stationierten Gendarmen. Das Motiv der Tat ist in Eifersucht zu suchen. Jacob Kirisch unterhielt schon längere Zeit ein Liebesverhältnis mit einer Kellnerin aus Speyer, die in einer Wirtschaft in der Gellertstraße beschäftigt ist. Als er gestern abend nicht nach Hause kam, begab sich die Frau in die Wirtschaft um ihren Mann zu suchen. Dieser flüchtete mit der Kellnerin in den Stall seines Dienstherrn — er ist zur Zeit Ausländer. — In dem Stall mißhandelte Kirisch seine Ehefrau, bis ein Wächter der Wacht- und Schlichtergesellschaft dazwischentrat. Das Ehepaar begab sich hierauf nach Hause. Kurz vor der Wohnung sagte nun Kirisch, er müsse noch einmal nach dem Stall zurück, um nach dem kranken Pferde zu sehen. Es entspann sich wieder ein kurzer Streit, bei dem nach Angabe der Frau ihr Mann ein Messer gezogen haben soll. Die Ehefrau gab hierauf den tödlichen Schuß auf ihren Mann ab. Das Ehepaar lebte schon längere Zeit in Unfrieden. Der Mann soll die Frau schon öfters bedroht haben. Beide sind erst jung verheiratet. Der Ehemann hinterläßt ein Kind von 5 Jahren.

Vereinsnachrichten.

Kriegerverein Mannheim. Die am Samstag, den 2. März, im Vereinslokal „zum Faust“ am Friedrichsplatz stattgefundene Monatsversammlung hatte einen außerordentlich starken Zuspruch. Im ganzen Saale war kein Platz mehr zu haben, sprach doch das Mitglied des Vereins, Herr General v. Edenbrecher (Kriegsteilnehmer vom Gardebataillonregiment), über die militärische Bedeutung der Luftschiffahrt. Zu diesem Vortrag war der Kommandeur des hiesigen Grenadierregiments, Herr Oberst v. Oberhardt, sowie auch der Kommandeur des Landwehrbezirks Mannheim, Herr Oberst Stenger, mit mehreren Offizieren erschienen. Herr General von Edenbrecher erzählte in packender Weise die Entwicklung der Luftschiffahrt, sprach sowohl von Luftschiffen, als auch von Flugzeugen und schilderte deren Verwendung im Kriegsfalle. Die alten Soldaten, von denen ein großer Teil aus dem Feldzuge 1870-71 waren, kannten über die Art und Weise, wie im Zukunftskrieg sich der Kampf in den Lüften abspielen würde, zahlreiche Nachrichten aus dem Bestande des Deutschen Luftflottenvereins vervollständigten das interessante Bild, welches der Vortragende über sein Thema gab. Lang anhaltender Beifall besahnte den Redner. Noch lange hielt eine gemüthliche Sitzung die Kameraden zusammen. Seltene und musikalische Vorträge wechselten ab und es wurde spät nach Mitternacht, bis die letzten Teilnehmer des Vereinslokal verließen.

Stimmen aus dem Publikum.

Stoßsenker aus der Unterstadt.

Die Öffnung der Straßenröhre auf dem Jüdischerbühlterrain steht nun bevor; das damit verbundene Versprechen, die öffentlichen Häuser in den J-Quadranten aufzuheben und die Betriebe, da die 13. Querstraße ja jetzt bleibt, in diese zu verweisen, dürfte sich nun bald bewerkstelligen lassen. Wir wollen nicht noch einmal die zur Nachtzeit herrschenden „aböllischen“ Zustände schildern, aber für die Hausbesitzer dieser Gegend kann es nicht gleichgültig sein, noch länger auf Erfüllung ihres Wunsches warten zu müssen. Verehrliche Behörde, die es angeht, möge jetzt prompt arbeiten und genügend aufpassen, bzw. Schließung der wenigen noch öffentlichen Häuser in der Unterstadt einzustellen lassen. Eintr für viele.

Vergnügungs- und Vortrags-Kalender.

Donnerstag, 14. März. Groß. Hof- und National-Theater. 7 1/2 Uhr: „Gurru“. Neues Theater im Reisingarten. 8 Uhr: 12. Schauspiel „König Precher“. Ensemble: „Woh dem, der lügt“. Apollo-Theater. 8 Uhr, Theaterlokal: „Ehen's Olympia-Theater. Täglich abends 8 Uhr in den übrigen Sälen: „Ein Woch in der Salendel“. Union-Theater. Moderne Lichtspiele. Soalban-Theater. Kinematographische Vorstellungen. Sportplatz am Strahlenhof. Musikabend. Konzert. Redau. Café Marie. Täglich Konzerte Damen-Orchester Hans Kreis. Café Carl Theodor. Trios in Mannheim. Sänger-Konzerte. Café Dantel. Täglich Konzerte: Dancorchester Strahlensonne. Neuer Saalbau, K 1, 4. Täglich Konzert-Variete.

Aus dem Großherzogtum.

Heidelberg, 13. März. Zum Obmann des Stadtverordneten-Kollegiums wurde Rechtsanwalt Schott (nat.) als Stellvertreter Herr Ebert (nat.) gewählt.

W Pragsal, 14. März. Der „Sommerzug“, der im Laufe der Jahre nicht nur ein echtes schönes Kinderfest für unsere Stadt und Nachborte, sondern durch seine reiche und sinnige Ausstattung eine Ehrenwürdigkeit auch für weitere Kreise geworden ist, wird in diesem Jahre wieder am Nachmittag des 19. März (Freitag) veranstaltet. Tausende von fröhlichen Kindern und älteren Schülern und Schülerinnen und zahllose Annahme Gruppenbilder, den Sieg des Sommers über den Winter darstellend, ziehen unter Gelang und den Klängen jugendlicher Musikschöre und anderer Kapellen durch die Stadt, bis am Schluß im Obensaal des Schlosses die Verteilung von Preisen an sämtliche Teilnehmer des Zuges und von Preisen an die hübschesten Gruppen erfolgt.

rr. Baden-Waden, 8. März. Anlässlich der Beratung des Vorantrages in der letzten Stadtverordneten-Sitzung teilte Oberbürgermeister Fiejer bezüglich des im letzten Jahre neu errichteten Wittenquelle-Radium-Emanatoriums mit, daß sich dasselbe eines außerordentlich guten Zuspruches zu erfreuen habe und der Besuch auch in

den Wintermonaten anhalte. Die Erstellung des Emanatoriums habe 8000 M. erfordert, denen eine Einnahme von 7000 M. gegenüberstehe. Es habe sich indessen herausgestellt, daß die Räume nicht ausreichend seien und Einzelzellen geschaffen werden müssen, weshalb der Kurausfluß die Angelegenheit geprüft und ein Projekt des Hochbauamts für die Erweiterung zur Genehmigung empfohlen. Die Kosten für das Projekt in Höhe von rund 7000 M. wurden dann ohne Debatte bewilligt.

Pfalz, Hessen und Umgebung.

Obenloben, 4. März. Mit dem Bau der elektrischen Gebirgsbahn Neustadt-Landau ist mit Anfang dieser Woche begonnen worden. Vorläufig ist man sehr eifrig mit der Grundsteinlegung des Betriebsgebäudes und der Werkstätte sowie des Direktionsgebäudes beschäftigt und zwar werden diese Gebäulichkeiten an der Distriktsstraße von hier nach Oblo in der Nähe des hiesigen Schützenhauses auf einen ziemlich umfangreichen Platz errichtet, der von der hiesigen Stadt kostenlos zur Verfügung gestellt worden ist. Das eigentliche Betriebsgebäude oder Wagenhalle wird allein über 50 Meter lang. Sämtliche Gebäulichkeiten des Bahnhofs sollen bis 1. Oktober errichtet sein. Ein Teil der Strecke von Landau bis hier soll am 1. August d. J. dem Betrieb übergeben werden.

Gerichtszeitung.

V Frankenthal, 13. März. Gewerbemäßige Ladendiebstahnen hatten sich vor der hiesigen Strafkammer heute in den Personen einer 17 Jahre alten Fabrikarbeiterin aus Landau, eines gleichalten Dienstmädchens aus Oberhausen und der 25 Jahre alten Ehefrau Margarete Vausbacher geb. Mayer aus Ludwigshafen zu verantworten. Die wegen Diebstahls bereits vorbestraften erstgenannten beiden Angeklagten, die sich bereits seit 25. Januar in Untersuchungshaft befinden, haben sich während ihres Aufenthaltes in Ludwigshafen mit der mitangeklagten Vausbacher vereinigt, um gemeinsam in Wachenhausen und Ladengebüschen in Mannheim und Ludwigshafen Diebstahle auszuführen. Bei Ausführung der Diebstahle war eine der Diebstahnen mit einem Korb ausgerüstet oder mit einem Umhang bekleidet, so daß die gestohlenen Waren sogleich verborgen werden konnten. Das Gericht erkennt gegen die Angeklagten auf 3 Monate bezw. 1 Monat Gefängnis.

I. Offenburg, 5. März. Ein arbeitsloses Schenklerspaar handelte diese Tage vor der hiesigen Strafkammer. Am 1. Oktober wurde der 21 Jahre alte Antiser Alfred Kienler aus dem Heilbrunner Gefängnis entlassen. Er lebte zu seinen Eltern nach Genuß zurück, die einen Gemüthlichen trübten; diesen verkaufte er Hühner und Bogen und machte sich mit dem Erlös davon, die diebstahlreiche Kellnerin K. e. l. die er in Stuttgart kennen lernte, mitnehmend. Sie beschloßen, gemeinsam einen Heutzug durch eine Reihe süddeutscher Städte zu machen. In den Städten, die von ihnen betreten wurden, ludte Kienler jeweils eine ihm kreditwürdig erscheinende Person aus den Reihen der arbeitslosen und ließ unter deren Namen Briefe, worin um Uebernahme von Auswahlforderungen an die Ueberbringerin ersucht wurde; hauptsächlich die Kleider- und Schuhschäfte wurden betrogen und in den meisten Fällen ist der Erlös ausgetaugen. Die Waren wurden dann rasch wieder verkauft. Auf diese Weise wurden Stuttgart, Calw, Pforzheim, Karlsruhe, Straßburg, Reil und Offenburg betrogen und auf dem hiesigen Bahnhof wurde das laubere Verden beschafft. Kienler wurde zu 1 Jahr 9 Monaten, seine Gefährtin zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis verurteilt.

Bad. Freiburg i. Br., 7. März. Wegen Veröffentlichung eines Inserats, das gegen die guten Sitten verstößt, wurde der 35jährige Hansbursche und Sortierer Theodor Wagner aus Karlsruhe von der hiesigen Strafkammer unter Aufhebung mildernder Umstände zu 20 M. Geldstrafe oder 4 Tagen Gefängnis verurteilt.

Berlin, 7. März. Der vor acht Tagen begonnene Prozeß gegen sieben Personen, die als Geschäftsführer oder in anderer Rolle bei der Verdingung der „Sanna-Kutomaten-Vertriebsgesellschaft G. m. b. H.“ mitgewirkt haben, ist vor der ersten Strafkammer des Landgerichts I zu Ende gegangen. Die Gesellschaft, die in Berlin und in Hamburg tätig war, war 1908 gegründet worden und im Juli 1910 in Konkurs gegangen, nachdem sie verschiedene Wandlungen durchgemacht hatte. Die Anklage lautete teils auf Vergehen gegen das Gesetz betr. die Gesellschaften m. b. H. durch unrichtige Angaben hinsichtlich der Stammeinlagen, teils auf Betrug durch Verbreitung falscher Mitteilungen über die Bonität der Gesellschaft, teils auf Verstoß gegen die Bestimmungen der Versicherungen an Eidesstatt. Das Urteil lautete: Der Angeklagte Griefe wird lediglich wegen Vergehens gegen das Gesetz betr. die Gesellschaften mit beschränkter Haftung zu 200 Mark Geldstrafe verurteilt, im übrigen aber freigesprochen, da er nach Ansicht des Senates an keinem Falle des Betrugs beteiligt war. Der Angeklagte Mühme, der der eigentliche Inspizitor des ganzen Unternehmens war, wird wegen Betrugs in drei Fällen zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt; die sämtlichen übrigen Angeklagten wurden freigesprochen.

Kommunalpolitisches.

Pforzheim, 12. März. Der Bürgerausschuß erklärte in der gestrigen Sitzung seine Zustimmung zur Erlaffung eines Erbschaftssteuer über die Sonnenstraße im Sandelsgewerbe. Darnach dürfen in den offenen Verkaufsstellen — vorbehaltlich der auf Grund gesetzlicher Bestimmungen angeordneten Ausnahmen — Gehilfen, Bedienstete und Arbeiter an den Sonn- und Festtagen der Monate Mai bis einschließlich September, sowie außerdem zu Neujahr, Karfreitag, Ostermontag, Dulttag und am zweiten Weihnachtstierstag überhaupt nicht und an den übrigen Sonn- und Festtagen nur in den Stunden von 11 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags beschäftigt werden.

Pforzheim, 7. März. Bei der regen Bemühung, die sich das Stadtbath seit der Eröffnung am 1. Dezember vorigen Jahres erweist, glaubt man, ohne einen Zuschuß der Stadtkasse zum Betrieb auskommen zu können. Man hat die Gesamteinnahmen für das laufende Jahr auf 102 250 M. und die Gesamtausgaben einschließlich der von der Stadtkasse zu tragenden 9150 M. für Verzinsung und Tilgung für den Bauplatz und den Bauzuschuß auf 111 400 M. berechnet.

Lörrach, 7. März. Die Bürgermeister Dr. Gugelmeier in der letzten Sitzung des Bürgerausschusses mittelste, ist die Konzessionsurkunde der Regierung über den Bau der Straßenbahn von Lörrach nach Basel eingetroffen. Die Ausarbeitung des Projektes wird zwei bis drei Monate in Anspruch nehmen, so daß der Gemeinderat im Laufe des Sommers eine entsprechende Vorlage dem Bürgerausschuß unterbreiten kann. Das Projekt des Rathausbaues ist soweit fertiggestellt, daß Anfangs Mai dem Bürgerausschuß eine Vorlage hierüber vorgelegt werden kann; ebenso ist eine Vorlage über das Projekt der Schwimmanstalt in Arbeit.

Megging, 7. März. Der städtische Voranschlag für 1912 ist aufgestellt. Die Gesamteinnahmen betragen 111 333 M., die Ausgaben 150 750 M. Es sind

famt zu bedeu 39 366 M. Darunter sind 6 506 560 M. Betriebsvermögenssteuerwerte, 3 082 900 M. Betriebsvermögenssteuerwerte, 3 720 000 M. Kapitalsteuerwerte, 2 212 150 M. Einkommensteuerwerte. Der Umlagefuß wird auf 23 Pfg. festgesetzt, das bedeutet eine Ermäßigung von 3 Pfg.

B.N.C. B. 8. März. Dem Bürgerausschuß lag in seiner gestrigen Sitzung eine Vorlage über die Organisation des städtischen Gewerks, die ein Zusammenarbeiten der Stadtgemeinde mit den einzelnen Gemeinden des vorderen Wiesentales und des Rheintales zwecks Gründung eines Zweckverbandes für die geplante Wasserwerkverfassung vorliegt, zur Beratung vor. Die Vorlage wurde ausgearbeitet und eine Kommission aus vier Mitgliedern des Gemeinderats und 4 Mitgliedern des Bürgerausschusses eingesetzt, die die notwendigen Vorarbeiten zu erledigen hat. Neben kleineren Vorlagen, die mehr debattierbar genehmigt wurden, erforderte der städtische Etat viel Zeit zur Beratung. Ein von der sozialdemokratischen Fraktion gestellter Antrag auf Einleitung eines Untersuchungsausschusses für Arbeitslose wurde einstimmig angenommen. Es soll verhältnismäßig ein Betrag von 500 K in den Etat eingeschlagen werden. Die angeregte Erhebung eines Gemeindefestivals zur Kundgebung wurde nach einer lebhaften Debatte fast einstimmig abgelehnt.

Sportliche Rundschau.

Vorherfragungen für in- und ausländische Pferderennen. (Von unserem sportlichen Spezialberichterstatter.)

Donnerstag, 14. März.

Anteil.

- Briz Colenita: Coppee — Mandoline.
Briz Chimere: Latour — Ma Don.
Briz Emilind: Georget — Soir de Fete.
Briz de Gairefontaine: Henri 4 — Desopilant.
Briz Berjans: Saint Genev — Drcap.
Briz Jadal: Port au Prince — Superfin.

* Abteil.

Für den Oberheinsung und den Süddeutschen Flug wurde bei der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung die Bewilligung von 20 000 M. beantragt. Bei Besprechung der Subvention wandte sich Stadtv. Zielowski (Soz.) gegen die Bewilligung, weil die Sache in erster Linie militärischen Zwecken diene. Stadtv. v. Bafanz (N.) erklärte, er sei erkaunt über Zielowskis Mangel an idealem Schwung. Alle Länder stehen in regem Wettbewerb um die Eroberung der Luft, die eine kulturelle Frage ersten Ranges ist. Frankfurt würde sich durch die Ablehnung der Bewilligung blamieren. Stadtv. Goll (Sp.) trat aus wirtschaftlichen Gründen, vor allem im Interesse des Fremdenverkehrs, für die Bewilligung ein. Stadtrat Dr. Bedin erklärte, daß alle Kreise der städtischen Bevölkerung ein Interesse daran haben, daß die Stellung, die Frankfurt in der Luftschiffahrt erworben habe, festgehalten werde. Der ungeheure Aufbruch zum Luftschiffbau zeigt das Interesse der weitesten Kreise. Stadtv. Baumann (Soz.) erklärte, seine Fraktion habe die kulturelle Bedeutung der Luftschiffahrt stets anerkannt. Auch sei es richtig, daß große wirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeiten bestehen. Aber da die Gefahr bestehe, daß den armen Arbeitern und Beamten das Gehalt gekürzt werde, dürfe man keinen Pfennig bewilligen. Stadtv. Wedel beantragte die Verweisung an den Finanzausschuß. Es handelt sich um eine kulturelle Frage, bei der man sich nicht von Mainz und anderen kleineren Städten über treffen lassen dürfe. Stadtv. Zielowski meinte, ebenfugut könne die Sozialdemokratie für ihr Frühlingsfest in der Festhalle eine Subvention beantragen. Die Vorlage wurde an den Ausschuß verwiesen.

Ruberport.

Die Ruberregatta des Berliner Regattaverbandes findet Sonntag, 9. und Montag, 10. Juni auf dem Havel bei Grünau statt. Die Ausschreibungen sind um ein neues Rennen erweitert, welches als dritter Junior-Renner ausgeschrieben ist, der alle Teilnehmer an unbeschränktem Rennen der Regatta ausschließt. Ferner ist der Grünau-Renner dahingehend beschränkt worden, daß die Sieger im Abendschiffrennen und im Galt-Rennen zum Start ausgeschlossen sind. Die Reihenfolge der Rennen ist: Sonntag, 9. Juni: 1. Zweites Rennen; 2. Junior-Rennen; 3. Zweites Junior-Rennen; 4. Ruder-Rennen (Wanderpreis); 5. Ruder-Rennen (Wanderpreis); 6. Akademischer Ruder-Rennen; 7. Drittes Junior-Rennen; 8. Doppel-Rennen ohne Steuermann; 9. Galt-Rennen; 10. Verbands-Rennen (Wanderpreis); 11. Vierer-Rennen ohne St.; 12. Grandprix-Rennen; 12. Vierer-Rennen; 13. Junior-Rennen; 14. Zweites Rennen ohne Steuermann; 15. Großer Einer; 16. Junior-Rennen; 17. Zweites Rennen; 18. Großer Preis von Berlin; 19. Ruder-Rennen ohne Steuermann; 20. Großer Preis; 21. Grandprix-Rennen. Der Meldeschluß für Verbands-Rennen ist Donnerstag, 18. Mai.

Vereins-Nachrichten.

- * Verein Frauenbildung-Frauenstudium Abt. Mannheim. Es sei nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß heute nachmittags 1/2 Uhr der Vortrag von Fräulein Anna Pappert über Mädchenhandel stattfindet. Lokal: „Loge Carl zur Eintracht“ L. 8. Der Eintritt ist für Mitglieder frei, Nichtmitglieder zahlen 1 Mark. An den Vortrag wird sich eine Diskussion anschließen.
* Grund- und Hausbesitzer-Verein, E. V. Heute abends 7/8 Uhr findet im Café Germania, C. 1, 10/11, die ordentliche Mitglieder-Versammlung statt. (Näheres siehe An-kernt.)

Gerichtszeitung.

Stempelpllichtigkeit von Arbeitsverträgen. Urteil des Reichsgerichts vom 5. März 1912. (L. 2131, 5. März.) Nach der Tarifstelle 7 des Reichsstempelgesetzes unterliegen auch Arbeitsverträge der Stempelpllichtigkeit. Befreit von der Stempelpllichtigkeit sind daher nach Abs. 2 dieser Tarifstelle solche Verträge, durch welche für die Dienstleistungen zu gewissen Zeiten wiederkehrende Entschädigungen festgesetzt sind und diese 1500 M. pro Jahr nicht übersteigen. Der Steuerfiskus hatte nun von dem Verlage der „Stettiner Abendpost“ 3 M. Stempel erhoben, als Gebühr für einen Vertrag, der mit einer Zeitungsträgerin geschlossen war. Diese, die mit dem Auftragnehmer der Zeitungen und dem Einfasseren der Abonnementsgelder beauftragt war, bekam pro Monat und Exemplar 10 Pfg. und die gleiche Gebühr für jeden neu gewonnenen Abonnenten. Der Fiskus behauptete nun, die Auftragnehmerin bekomme damit keine zu gewissen Zeiten wiederkehrende Entschädigungen im Sinne des Gesetzes, auch gebe es aus dem mit der Zeitungsträgerin geschlossenen Vertrag nicht hervor, wie hoch sich ihre Entschädigung helle. Der Verlag zahlte die 3 Mark, forderte sie aber vom Fiskus zurück. Das Landgericht Stettin hatte die Klage jedoch abgewiesen. Die Befreiungsvorschrift in Absatz 2 des Gesetzes sei nur anwendbar, wenn sich aus der Urkunde selbst ergebe, ob der Arbeitsverpflichtete wiederkehrende Entschädigungen, die nicht 1500 M. übersteigen, erhalte. Die bloße Wahrscheinlichkeit, daß dem so sei, genüge nicht. Denn dem Steuerfiskus könne nicht zugemutet werden, die näheren Verhältnisse eines Dienstvertrages erst selbst zu prüfen. Das Oberlandesgericht Stettin dagegen hatte die Klage stattgegeben. In dem Arbeitsvertrage sei genau angegeben, daß die Auftragnehmerin an jedem Monatsfeste eine Entschädigung erhalte, die der Zahl der ausgetragenen Exemplare

und der neu gewonnenen Abonnenten zuzuschreibe. Wenn auch die Abonnenten nicht immer dieselben blieben, so genügte doch diese Angabe des Arbeitsvertrages vollkommen, die Entschädigung der Auftragnehmerin als eine stetig wiederkehrende Entlohnung im Sinne des Gesetzes anzusehen. Was nun die Wertgrenze der Entschädigung anlangt, so ergebe sich aus dem geringen Werte der monatlichen Entschädigung von selbst, daß diese pro Jahr nicht 1500 M. übersteige. Es sei nicht erforderlich, daß ein Arbeitsvertrag, um die Befreiungsvorschrift des Gesetzes zu genießen, ausdrückliche Angaben dahin enthalte, daß die Jahresentschädigung nicht 1500 M. übersteige. Es genüge, daß dies, wie vorliegend bei dem Vertrage einer einfachen Zeitungsauftragnehmerin aus dem ganzen Sachverhalt sich ergebe. Denn die Auftragnehmerin hätte ja monatlich 1000 Abonnenten hinzugewinnen müssen, um auf jährlich 1500 M. Entschädigung zu gelangen. Die gegen das Urteil eingelegte Revision des Fiskus wurde vom Reichsgericht zurückgewiesen.

Letzte Nachrichten und Telegramme.

Attentat auf den König von Italien.

* Rom, 14. März. Als der König sich heute morgen ins Phantoon begab, um der Messe zum Andenken König Humberts beizuwohnen, feuerte ein Unbekannter Revolvergeschosse auf ihn ab. Der König blieb unverletzt, der Täter ist verhaftet worden.

w. Paris, 14. März. Der Pariser Gemeinderat hat jüngst beschlossen, 500 Londoner Kinder einzuladen, vom 25. bis 29. Mai als Gäste der Stadt nach Paris zu kommen. Die Einladung wurde von der Londoner Gemeindevertretung angenommen.

w. Paris, 14. März. Die Reise des hiesigen englischen Botschafters Vertin nach London hängt, wie von dort gemeldet wird, mit dem Besuch zusammen, den das englische Königspaar im Mai ds. Js. dem Präsidenten Fallières abstatten wird.

* Tobolsk, 13. März. Im Bezirke Nschim wurden weitere 34 Leichen, die dem letzten Schneesturm zum Opfer gefallen sind, aufgefunden.

* London, 13. März. Im Unterhaus fragte Chapple an, ob das Auswärtige Amt eine Mitteilung habe über die Schritte, die Frankreich für die Erklärung des Protektorats über Karosko tun werde und ob der Sultan unter dem deutsch-französischen Abkommen das Recht habe, das Protektorat anzunehmen oder abzulehnen. Irland erwiderte: Wie es heißt, ist der französische Gesandte in Tanger auf dem Wege nach Fez, um mit dem Sultan über den Vertrag zu verhandeln. Ich kann nicht sagen, welches die genaue Abgrenzung des Vertrages sein wird. Bezüglich der letzten Anfrage kann ich Chapple nur auf den Text des deutsch-französischen Vertrages hinweisen, der die Frage beantwortet. Im weiteren Sitzungsverlauf erklärte Weston, die Regierung habe ohne ein Gesetz nicht die Macht, den Kohlenexport zu verhindern oder vorzubeugen. Die Frage eines dahingehenden Gesetzes werde von der Regierung sorgsam erwogen, aber sie kam zu dem Schluß, daß die gegenwärtige Lage durch eine solche Maßregel nicht wesentlich gebessert werden könne.

Abbau der russischen Dampfloste.

m. Köln, 14. März. (Priv. Tel.) Der „Köln. Jg.“ wird aus Petersburg gemeldet: Unter Leitung des Marineministers wird der Ausbau der Dampfloste systematisch betrieben. Da die nationalistische Tendenz den Anlauf im Ausland verbietet, werden ausländische Werke nach der bisher geübten Praxis hier errichtet. Die Firma Greunot kaufte in der Nähe von Neval eine kleine leerstehende Werft mit Nachbargebäude an, wo unversichtlich nach Genehmigung des Gesetzes eine große Werft errichtet wird. Russische Kapitalisten werden ihren Namen hergeben. Es werden Vorbereitungen von Petersburg Werften besonders für den Bau von Torpedo- und Unterseebooten getroffen.

Kämpfe in Marokko.

* Casablanca, 13. März. Nachrichten aus der Gegend, welche von der Kolonne Brulard durchzogen wurde, bestätigen, daß die aufständischen Beni Hafem ins Gebirge geflohen sind und nicht geneigt zu sein scheinen, um Verzeihung zu bitten. Sie sind mit dem Stamme der Jaian in Verbindung getreten und bitten ihn um Unterstützung, damit sie die französischen Truppen zurücktreiben könnten. Sie erklären, der Zugang zur Gegend sei den Franzosen unmöglich. Je nach dem Gange der Ereignisse wird Brulard sich nach Tizza im Osten oder nach Pedders im Westen begeben.

Der italienisch-türkische Krieg.

* Konstantinopel, 13. März. Das Kriegsministerium veröffentlicht ein Telegramm des Kommandanten von Tobruk, nach welchem am 11. März ein Kampf mit drei feindlichen Infanteriebataillonen und zwei Gebirgsbatterien, die auf Mazara marschierten, stattgefunden habe. Die Italiener wurden zuerst zersprengt, nahmen jedoch, nachdem sie Verstärkungen erhalten hatten, wieder die Offensive auf. Der Kampf dauerte 11 Stunden. Kriegsschiffe und Maschinengewehre unterstützten den Feind, der jedoch geschlagen und gezwungen wurde sich in die Befestigungswerte und auf die Schiffe zu flüchten. Die italienischen Verluste waren beträchtlich. Ein Italiener wurde gefangen genommen. Auf türkischer Seite wurden zwei Soldaten getötet und zwei verwundet, sowie 16 Freiwillige getötet und 65 verwundet. Die Türken und Araber machten zahlreiche Beute.

Die Vereinigten Staaten und Mexiko.

* Washington, 13. März. Präsident Taft wies auf einer Konferenz im Weißen Hause gegenüber dem Senat aus, daß für die auswärtigen Beziehungen darauf hin, daß die Neutralität in den Gesetzen der Vereinigten Staaten ungenügend berücksichtigt sei. Wie berichtet wird, sagte der Präsident, daß, wenn nicht der Kongreß neue Maßregeln ergreife, es schwierig sein werde, den Frieden mit Mexiko zu bewahren. Durch die Konferenz ist bekannt geworden, daß Madero die Vereinigten Staaten ersucht hat, die Verladung von Waffen nach Mexiko auf dem Wege über Juarez, das jetzt von den Rebellen gehalten wird, zu verhindern. Der mexikanische Botschafter wies darauf hin, daß die gegenwärtigen Gesetze der Vereinigten Staaten zu Beginn des verflochtenen Jahrhunderts abgefaßt worden seien,

als man sich von derartigen Problemen, wie sie sich jüngst erhoben haben, noch nichts träumen ließ.

Die Republik China.

* Peking, 13. März. (Reuter.) Nach chinesischen Berichten aus Kansu zerstreute General Schengyun an der Spitze der kaiserlichen Armee der Provinz Kansu, die aus 10 000 wohlbewaffneten Truppen besteht, eine Abteilung Regiments-truppen und marschiert nun in der Richtung der Kalgan-Eisenbahn nach Kansu. Die Gilde sandte eine Botschaft an Schengyun, worin sie ihm die gegenwärtige Lage auseinandersetzt und ihm rät, nicht weiter nach Peking vorzurücken. Die kaiserlichen Garden erhielten die Meldung, daß Schengyun gekommen sei, um den Kaiser wieder einzusetzen. Zuanhschikal schickte Schengyun Befehle entgegen. Er hofft mit ihm zu einem Einverständnis zu gelangen.

w. London, 14. März. Nach einem Telegramm der Times aus Tokio sollen weitere 3000 Mann japanischer Truppen nach Port Arthur abgehen, teils um die nach Tientsin abgeschickten 1000 Mann zu ersetzen, teils um nötigenfalls nach dem Norden Chinas vorzurücken.

Bergarbeiterbewegung.

w. Düsseldorf, 14. März. Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, war in Hamborn bis abends 10 Uhr alles ruhig. Insbesondere haben sich die gestrigen Vorfälle bei der Ausfahrt der Bechen nicht wiederholt. Nur in Bruchhausen fand ein unbedeutender Zusammenstoß zwischen der Polizei und den Ausständigen statt. Die Ruhe war jedoch sofort wieder hergestellt. Die Polizeikräfte sind heute verdoppelt.

w. London, 14. März. Die Zeitungen äußern sich heute weniger optimistisch über die Aussichten einer baldigen Beilegung des Kohlenstreiks. Man glaubt, daß lokale Verhandlungen zwischen Arbeitgeber und Arbeiter in einzelnen Revieren die überliche Grundlage für den späteren Ausgleich abgeben werden. Die Berichte in den Revierkommunikationen, die die Eisenbahnen durch die Einschränkungen seit dem Beginn des Streiks erlitten haben, wird auf 1 Million Pfd. angesetzt. Diese Summe übersteigt die Verluste der Gesellschaften während des Eisenbahnstreiks im letzten Sommer.

In St. Helena in Kapverden kam es zu einem Zusammenstoß zwischen Bergarbeiter und Polizei, wobei 3 Schaulente verletzt wurden.

London, 13. März. Die Konferenz zwischen den Bergwerksbesitzern und den Kohlenarbeitern wurde am morgen vertagt. Die amtliche Bekanntmachung der Konferenz besagt: Die allgemeine Besprechung der Lage wurde heute fortgesetzt und sodann am morgen vertagt, um den Delegierten Gelegenheit zu geben, gewisse Anregungen, die vom Premierminister gegeben worden sind, zu erwägen.

Berliner Drahtbericht.

(Von unserem Berliner Bureau.)

Eine neue Handwerkerkonferenz.

[B] Berlin, 14. März. Wie bereits der Staatssekretär des Innern im Reichstag ankündigte, wird noch in diesem Frühjahr eine neue Handwerkerkonferenz im Reichamt des Innern abgehalten werden. Der genaue Zeitpunkt dafür steht noch nicht fest, weil der Tag für die Beratung von dem Stand der Arbeiten im Reichstago abhängig gemacht werden muß. Die Beratung ist als Fortsetzung der ersten Handwerkerkonferenz anzusehen, die am 7. April v. J. im Reichstagsgebäude stattfand. Gegenstände der Beratung werden u. a. folgende Fragen bilden: Abgrenzung von Fabrik und Handwerk, Heranziehung der Industrie zu den Forderungen der Berufsausbildung für das Handwerk, Aufhebung des § 10

Volkswirtschaft.

Bahn u. Billiger Aktiengesellschaft, Mannheim. Die dem Aufsichtsrat in heutiger Sitzung vorgelegte Bilanz weist pro 1911 einen Brutto-Gewinn von 1 704 850 K (gegen 1 683 092 K im Vorjahr) auf. Der Reingewinn beliefert sich auf 580 565 K (im Vorjahre 515 840 K), die Abschreibungen betragen 898 285 K (862 590 K), der geschlichen Rezerve sollen 30 000 K (30 000 K) und eine Veräußerungserlöse von 10 000 K (10 000 K) angewendet werden. An Posten an Aufsichtsrat, Vorstand, sowie Gratifikationen an Beamte sind 184 030 K (115 996 K) in Vorschlag gebracht. Der Gewinnvortrag wird auf 56 534 K (58 844 K) festgelegt. Die Dividende soll wie im Vorjahre 7 1/2 Prozent betragen. Das Unternehmen ist in allen Betriebszweigen für das neue Geschäftsjahr betriebligend beschäftigt.

Entdeckung großer Kollinger in Baden.

Wenn die „Köln. Jg.“ auf informiert ist, sind die Kollinger, die seit etwa 1 1/2 Jahren im sog. Markgräflerland nach Kalifasen vorangegangen wurden, nun doch erlösaue geworden und haben, wie bereits gemeldet, in der Nähe von Mäheim in einer Tiefe von ca. 800 Metern mächtige Kalifasen nachgewiesen. Die Bohrungen hat ein Privatunternehmer, Dr. Gläbacher in Berlin veranlaßt. Haben die ihm überlassenen Schürungen tatsächlich den von der „Köln. Jg.“ mitgeteilten Erfolg, so wird sich das Privatkapital alldah dier stützende Gewinne entsprechenden Gesehwindigkeit bemächtigen und der Staat muß sich mit den 10 Prozent des Reingewinns begnügen, die er sich, neben dem Rest sich mit 10 Prozent an dem Unternehmen zu beteiligen, in den Konzeptionsverträgen mit Dr. Gläbacher gesichert hat. Drei Viertel des Ertrages sollen demnach dem Privatunternehmer und ein Viertel dem Staate zu, weil er es abgelehnt hatte, Bohrungen nach Kali auf eigenes Risiko zu unternehmen.

Thonwaren-Industrie Westfal N.-O., Bielefeld.

Nach dem Geschäftsbericht beugerte sich der Bruttogewinn von 329 130 K i. V. auf 364 304 K und der Reingewinn von 137 140 K auf 150 827 K. Die zur Ausbuchtung gelangende Dividende belauft sich, wie bereits gemeldet, auf 7 Prozent (6 7/8 % während 2000 K (wie i. V.) dem Talonheuerkonto überwiesen und die restlichen 11 000 K (11 405 K) auf neue Rechnung vorgestritten wurden. In der Bilanz haben sich 1 750 000 K Aktienkapital, 47 942 K (25 210 K) Kreditoren und 116 488 K (110 888 K) Reserven, die Grundstücke mit 192 467 K (187 610 K) und Gebäude mit 950 488 K (969 850 K) zu Buch. Ferner harrieren Brenn- und Gasröhren mit 67 667 K (125 002 K), Maschinen mit 225 488 K (248 756 K), Rohreitung mit 22 349 K (24 097 K), Dampfheizung mit 20 502 K (40 558 K), Werkzeug- und Geräte mit 22 000 K (32 000 K), Mobiliten und Kleinfest mit 1866 K (1296 K), Fabrikwirtschaft mit 41 924 K, Industriebahn mit 34 466 K (36 414 K), Melanlage mit 26 802 K (29 518 K), Kanalisation mit 30 037 K (30 050 K), Debitoren mit 192 882 K (188 361 K), Bankguthaben mit 68 066 K und Vorräte aller Art mit 193 367 K (230 277 K).

Im Bericht des Vorstandes wird ausführlich die Nachfrage nach weiteren Fabrikaten war im abgelaufenen Geschäftsjahre lebhafter als im Vorjahre. Infolge einer weiteren Steigerung des Absatzes, sind wir in der Lage, ein besseres Ergebnis auszuweisen. Nichtsdestoweniger Ereignisse eintreten, glauben wir, auch für das laufende Geschäftsjahr ein gutes Resultat in Aussicht stellen zu dürfen, da man annimmt, einer lebhaften Bauaktivität entgegenzugehen und demzufolge auf ein Ansteigen der Preise rechnen.

Zur Konfirmation empfehle:

Dürkheimer Feuerberg
Gew. Christmann-Ritter p. Fl. 1.10 Mk.

Dürkheimer Schenkenböhl-Riesling
Gew. Christmann-Ritter p. Fl. 1.30 Mk.

Forster-Riesling
Gew. Schellhorn-Wallbüchel p. Fl. 1.50 Mk.

Dürkheimer Kieselberg-Riesling
Gew. Bassermann-Jordan p. Fl. 3.— Mk.

Moselweins, Bordeaux- und Burgunder-Weine
Weisse u. rote Tischweine in Literflaschen abgefüllt

Champagner: Geyling, Henkell, Borgeff, Deinhardt, Louis Roderer
und **Pommery und Greno**

Grosse Auswahl in Weinen lt. Verzeichnis 22014
Ich führe nur Naturweine

F. E. Hofmann, S 6, 33, Weinhandlung, Tel. 446.

**Vorland-Zementwerke Heidelberg und Mannheim
Aktiengesellschaft.**

Die Aktionäre unserer Gesellschaft werden zur
ordentlichen Generalversammlung
auf Mittwoch, den 2. April a. c., vormittags 11^{1/2} Uhr,
in das Grand Hotel in Heidelberg ergeblich ein-
geladen.

Die Aktionäre, welche an der Generalversamm-
lung teilnehmen wollen, haben sich über ihren
Aktienbesitz spätestens drei Tage vor der General-
versammlung bei der Gesellschaft oder bei den
Bankhäusern

Dag & Herz in Frankfurt a. M.
Bayerische Vereinsbank in München,
Filiale der Rheinischen Creditbank in Heidel-
berg,
H. Schaaffhausen'scher Bankverein in Köln
a. Rhein

anzuweisen und erhalten dagegen eine Stimmkarte.
Begen des Stimmrechtes wird auf §§ 27 und 28
des Gesellschaftsvertrages Bezug genommen.

Tagesordnung:

- 1.) Bericht des Vorstandes und des Aufsichtsrates
über das abgelaufene Geschäftsjahr;
- 2.) Feststellung der Bilanz und Beschlußfassung
über die Verteilung des Reingewinnes;
- 3.) Erteilung der Entlassung an den Vorstand
und Aufsichtsrat.

Heidelberg, den 12. März 1912.
Der Aufsichtsrat
Hilfred Weinmann, Vorsitzender.

Zwangs-Versteigerung.
Freitag, 15. März 1912,
nachmittags 2 Uhr
werde ich im Pfandleiher
Q 3, 4, dahier gegen bare
Zahlung im Vollstrec-
kungswege öffentlich ver-
steigern:

1. Kassenschrank, 1 Schreib-
maschine, sowie Möbel u.
Einrichtungsgegenstände
versch. Art u. a. m.

Mannheim, 14. März 1912
Weber, Gerichtsvollz.

**Q 3, 4 Große Q 3, 4
Versteigerung.**

Am Donnerstag, den
14. März, nachmittags
2^{1/2} Uhr verlegere ich in
meinem Lokal Q 3, 4:

Möbel aller Art, ein
Kz. Billard, antike Oel-
gemälde, 1 Schmetterling-
u. Käferammlung, Fahr-
räder, 1 Pianino, Nähzeug
Kleider und Stiefel aller
Art und anderes.

Übernehme jeden Posten
Möbel oder Ware zum
Versteigern oder gegen bar.

W. Arnold, Auktionator
Q 3, 4, Telefon 2285.

Konfirmations-Geschenke

für Mädchen u. Knaben
in großer Auswahl
empfehle billigt

S. Kugelmann
Planken, E 1, 16.

Schmuck-, Luxus- und Lederwaren.

Grüne Rabatmarken!

**Verein Mannheimer Detailkaufleute und Gewerbe-
treibende. (K. V.)**

Freitag, den 15. März, abends 9 Uhr, im
Bären-Café, 1. Etage (Nebenzimmer) (60011)

ordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Jahresbericht des Verwaltungsrats.
2. Rechnungsbericht des Kassiers.
3. Wahl des Vorstandes.
4. Mitteilung über das Beitrittsabkommen und
Vogel-Bezugsvereinschaft.
5. Beschlüsse.

Um zahlreiches Erscheinen bittet
Der Vorstand.

Bekanntmachung.

Einlaßkarten für
den Rosengarten
betr.

Die letzter im Verkehr
befindlichen Einlaßkarten
von gelber Farbe für den
Rosengarten verlieren am
15. Januar 1912 ihre
Gültigkeit und werden
durch Karten von anderer
Farbe ersetzt.

Die ungültig gewordenen
Karten können innerhalb
drei Monaten nach dem
Verfalltag, d. h. bis zum
15. April 1912 beim Stad-
ratskollegium I, 2, 9 ge-
gen andere Karten um-
getauscht werden.

Umtausche zu einem
späteren Zeitpunkt werden
nicht mehr gestattet. 276
Mannheim, 10. Jan. 1912.
Städt. Ratskollegium
Darmmann.

Nervenleiden

Hysterie, Hystero-Neurasthenie, (Nerven-
schwäche), Schreibkrampf, Rückenmark-
erkrankungen, nervöse Magen- u. Dar-
mleiden, nervöse Kopfschmerzen etc. etc.
behandelt mit bestem Erfolge die **Licht-
heil-Anstalt**

N 2, 6 Königs N 2, 6
Paradeplatz
Telephon 4329. 20780

Größtes u. besteingerichtetes Institut Mannheims.
— Damenbedienung durch ärztl. geprüfte Mammae. —
Sprechstunden von 9 Uhr morgens bis 9 Uhr abends.
Sonntags: von 9 bis 1 Uhr.
Auskunft und Broschüre kostenfrei.

Schellfische

Springlebb-frische holl.
Schellfische
bente eintreffend empfiehlt
Jakob Harter
N 4, 22 Hofhof. Tel. 697
60085

Bureaumöbel

Flachplatte, Rollsalonplatte, Registerschr. etc.
Große Auswahl, Billige Preise. 19787

Val. Faulbusch, Rathaus

Seefische

Feinste Qualitäten. Billige Preise.

Holl. Angelfisch 45 und 40 Pf.
Fste. Backfische Pfund 16 Pf.
blütenweißer Cablian
im ganzen Fisch 20 Pf.; im Auschnitt 26 Pf.
frisch gewässerte Stodfische Pfund 25 Pf.

Johann Schreiber

Die Personen-Überfahrt
Kernershof-Luitpoldhafen ist vom 15. März ab
wieder eröffnet. 22309
Karl Arbeiter Erben.

Detektiv-Argus

Institut und
Privatankunftel
Mannheim, O 6, 6 (Planken). Tel. 3305.
A. Maier & Co., G. m. b. H.

besorgt alle in das Detektiv- und Auskunftsfach
einschlägigen Arbeiten gewissenhaft und diskret.
Verbindungen an allen Plätzen der Welt.

16187

Bekanntmachung.

Freitag, 15. März 1912,
vormittags 11 Uhr, ver-
pachten wir auf unfrem
Büro, Luisenring 49, die
Stadungung der sogen.
Streitwiese für die Zeit
vom 1. April 1912 bis mit
30. September 1912 öffent-
lich an den Meistbietenden.
Mannheim, 12. März 1912.
Städt. Verwaltung.
R e b a. 490

Maria Aeckerlin Nachfolger
F 6, 11 - H. Lautenschläger - F 6, 11

empfehlen sich zur Abnahme aller Arten und Quan-
titäten **Altmetalle** als Eisen, Messing, Kupfer,
Zinn, Zink, Blei usw.; desgleichen von **Laupen,
Papier- u. Gummiabfällen, Wolle und
Wollabfällen** usw. bei realen Preisen.
— Bei Benachrichtigung schnellste Abholung. —

20866

Vermischtes

Parfettböden w. gerein.,
gewischt u. abgehobelt som.
Büsten u. Kuppelkronen v.
Möbel, Kumpmeier,
U 6, 5 Hinterb. 60020

Abhanden gekommen
ein neuer graugetrichener
Mauerhandkarran
(Eisenbeschlag Schwarz) das
Bordes- und Hinterstück
mit Karl Paul schwarz be-
schrieben. Auskunft bittet
gegen Befolgung Bange-
schaft Karl Paul, Tel. 2100,
Stephanienpromenade 20.
60014

Kernig u. Schmackhaft

ist das unübertroffene

Steinmetz-Brot

hell oder dunkel

Erhältlich durch die Nahrungsmittel-Geschäfte.

5700

**Mannheims größte
Möbel-Ausstellung**

bietet bei Einkauf oder Beschäftigung alle Vorteile.

Friedrich Rötter

H 5 No. 1-4 u. 22 Alte. Haltestelle Apolltheater.
Telephon 1367. Begründet 1878.

Der Graf von Wildenhahn.
Roman von Bernhard Odenhausen.
(Nachdruck verboten.)

89) Fortsetzung.

Doch Senta hatte bereits den Umschlag geöffnet und war die
Wendeltreppe hinauf geeilt. Und von oben über das Geländer
gelehnt, begann sie zu lesen:

„Schloß Wildenhahn, 3. Sept. 1909.
Liebe Eltern!

Wenn ich bisher nicht geschrieben habe, so geschah es, weil
ich den festen Entschluß gefaßt hatte, abzureisen. Ich war schon
im Begriff zu telegraphieren. Allein ein unvorhergesehenes Vor-
kommen hält mich hier zurück.

Zunächst kann ich Euch die überaus freudige Mitteilung
machen, die mein Herz mit stiller Seligkeit erfüllt in dem Ge-
danken, wie groß Euer Entzücken sein wird. Die Tage des
Zweifels und der Ungewißheit sind vorüber, und mit Sonnen-
klarheit liegt die Zukunft vor uns ausgebreitet.

Ich hatte das Glück, dem Großvater persönlich unter die
Augen zu treten. Es war ein Moment tiefer Erschütterung, der
den schwachen Greis anscheinend völlig zusammenbrechen ließ.
Doch er erhob sich bald, und als er durch Werner — denn ich
vermochte vor innerer Bewegung nicht zu sprechen — die ganze
Wahrheit über die Gesinnung seiner Tochter erfuhr, öffnete er
weit die Arme und zog mich an seine Brust und ließte mich unter
Tränen an, daß ich nie wieder von ihm gehen möchte.

Es hat sich herausgestellt, daß Wänter ein falsches Spiel
getrieben. Was ihn dazu bemog — weiß Gott. Jedenfalls hatte
er den Zeitplan gesponnen, Dich, liebe Mama, und uns alle
dem Großvater fernzuhalten und ihn mit Feindseligkeiten gegen
uns zu erfüllen. Deshalb hatte er ihm Dinge erzählt, die der
Wahrheit völlig widersprachen, und die geeignet waren, auf Dei-
nen Charakter, liebe Mama, ein höchst ungünstiges, ja ein
schmachvolles Licht zu werfen.

Der Großvater dankt dem Himmel, daß das Netz der In-
trigen zerissen ist, und erwartet sehr bald eine Wieder-
einigung mit Dir. Es ist auch nicht viel Zeit zu verlieren. Denn
soviel ich bemerke, und soviel auch der Arzt mir anbeutete, sind
des Großvaters Lebensstage gerächt. Eine schwere, heimtückische
Krankheit hat ihn ergriffen, die ihn langsam aber unaufhaltsam
dem Tode entgegenführt. Unter dem unbeschreiblichen Glücks-
empfinden, daß der längliche Rest seiner letzten Lebensstage durch
die Verbindung mit Euch noch verschönt würde, lebt Graf Wil-
denhahn förmlich auf und erhebt sich zusehends verjüngt.

Diese frohe Kunde wollte ich Euch, wie gesagt, persönlich
überbringen. Doch da trat das granatene Geschick zwischen meine

Abichten. Da ich mit Werner im Korst lustwanderte und über-
legte, was zunächst zu geschehen habe, ertönte hinterrücks ein
Schuß und — — —

Senta stieß einen marktschreiernden Schrei aus. Das Blatt
entglitt ihrer Hand und fiel zu Boden. Sie aber wankte und
würde die Treppe hinauf gestürzt, wenn nicht ihr Vater ihr eiligst zu
Hilfe gekommen wäre und sie in seine Arme aufgefangen hätte.

Frau Melanie war von dieser plötzlichen Wendung so betref-
fen, daß ihr, als sie sich erheben wollte, die Beine den Dienst ver-
sagten, und sie wankend in ihren Lehnstuhl zurückfiel.

Der Professor aber trug sein Töchterchen auf eine nahe Chaise-
longue, wo Senta in ein traumhaftes, wildes Schluchzen aus-
brach.

Das Unbegreifliche konnte nur in dem Inhalte des Briefes
seine Aufklärung finden. Der Professor nahm ihn, entfaltete ihn
mit zitternder Hand und verfolgte die Schriftzüge weiter. Er las,
wie Werner durch einen Schuß niedergestreckt worden sei, und was
alles auf dieses Unglück gefolgt war.

Melanie war inzwischen zu ihrem Kinde geeilt und vor ihm
niedergerkniet, indem sie Sentas Wangen streichelte und sie in liebe-
voller Weise zu beruhigen suchte. Nur mit Mühe gelang es, dem
Kinde beizubringen, daß das Schreckliche, das sie vermutet, nicht
eingetreten war, daß Werner zwar krank daniederlag, daß aber
sein Leben nicht in Gefahr schwebte und die Hoffnung auf Geneiung
in wenigen Wochen gegeben war.

Der Professor aber wankte seine Gattin zu sich und raunte ihr
im Flüsterton zu:

„Es wird nötig sein, Melanie, daß Du Dich bereit machst.
Der Weg, den Du zu gehen hast, ist nun nicht mehr zweifelhaft.
Er ist Dir vorgeschrieben. Morgen schon wirst Du nach Schloß
Wildenhahn reisen.“

Der Abend breitete seine sanften, friedlichen Schwingen über
die Natur.

In einer erdbeerumrankten Laube des großen Gartens, nicht
weit von der plätschernden Wasserlaute sah Senta und las in
einem Buche. Doch eigentlich las sie nicht. Ihre Augen sprangen
über die Buchstaben hinweg, deren harte Konturen sich anzuhäufen
schienen. Es war ein rein mechanisches Gebaren, mit dem Senta
geistig nichts zu tun hatte.

Dann und wann hob sie ihr Köpfchen und ließ ihr Auge auf
dem Grün des Rasenrandes umherirren, während ihre Seele
weit hinwegschweifte, dorthin, wo ihr zu weilen nicht be-
gännt war, wo ein kranker Mann auf das Lager gestreckt war, dem
sie so gern hätte helfen mögen, den sie so gern gepflegt und be-
treut und bewacht und behütet hätte, dem sie gerne ihre ganze

jugendliche Gesundheit geopfert hätte, da ja von seiner Wiederher-
stellung das ganze Glück ihres Lebens abhing.

Ob er wohl auch ein wenig an sie dachte? Die Gelehrten
sagen ja, es sei feststehend, daß die menschlichen Gedanken sich in
die Ferne übertragen. Und wenn dies wahr wäre, dann müßte
er ja in diesem Augenblick fühlen, wie sie seiner dachte und um
ihn sorgte, wie ihr Herz in Bangigkeit höher schlug und ihre Seele
zu ihm eilte, um sich mit der seinen zu begegnen.

Ein knurrendes Geräusch im Kies ließ sie aufhorchen. Es
nahten Tritte, und da stand auch schon der Vater vor ihr, der
eben von seiner Berufstätigkeit heimgekehrt war.

„Senta, mein Kind!“ sagte er, „Du wirst doch nicht in tran-
riges Grübeln Deine Zeit verbringen, Du lofes, munteres Ding,
dessen Uebermut stets meines Herzens Freude gewesen, wirst Dich
doch nicht der Trübsal hingeben. Oder sage mir, was Dein Herz
bedrückt. Ich bin Dein Vater, und Du weißt, daß ich an Euch,
meinen Kindern stets nach dem Grundsatz gehandelt habe: Vater
sein heißt Freund sein! Und wirklich will ich auch Dein bester,
aufrichtiger Freund sein, der Dir in den Nöten Deiner Seele hilft, so-
weit er es vermag.“

Senta blinnte ihren Vater doll und treu in das Gesicht. Sie
hatte nie ein Geheimnis vor ihm gehabt. Nur dieses eine, süße
Geheimnis hätte sie gern noch ein Weilchen für sich behalten und
behütet. Indessen sie sah ein, daß dies nutzlos war; denn sie
ahnte: der scharfe, durchdringende Verstand des Vaters habe längst
erraten, was sie innerlich ganz erfüllte. So wollte sie denn nicht
mehr zögern und leise, aber bestimmt drang es von ihren Lippen:
„Vater, Du weißt ja, daß ihm mein Herz gehört. Wächstest
Du auch nur, wie unendlich ich ihn liebe!“

Doll Nahrung blinnte der Professor auf sein Kind. War es
ihm doch als ob die Erinnerung in ihm erwachte an jene holden
Augenblicke, da er selbst einst die erste Liebe in seinem Herzen
trug, welche seine einzige war. Doch schien es, als ob die Sorge
seine Stirn umwölkte.

Senta bemerkte es und wie bittend flüsterte sie ihm zu:
„Vater!“

„Mein Kind!“ sagte der Professor. „Daß ich Werner als
einen tüchtigen, lästigen und strebsamen Jüngling stets geachtet
habe, weißt Du. War er doch mein Lieblingskinder und der ein-
zige, den ich in mein Haus zog — eine Verpflichtung, die mir sonst
niemals fern gelegen hat.“

Wenn aber die inneren Wallungen des Herzens nicht vor-
übergehend sind, sondern dauernd, so daß sie zur Entscheidung
drängen, so ist es Pflicht, die Gefühle nicht allein sprechen zu
lassen, die den Menschen oft in ein Labyrinth führen, in dem er
sich nicht mehr zurecht finden weiß. Dann bereiten sich Kata-
strophen vor, von denen Dein kindliches Gemüt nichts ahnt, —
Katastrophen, die unabwendbar ein enträumtes Glück zertrüm-
mern und die jugendliche Hoffnung in einen Abgrund stürzen,
dessen Tiefe unergründlich ist.

(Fortsetzung folgt.)

B. Kaufmann & Co. Damen- u. Kinder-Konfektion

Täglicher Eingang von Frühjahrsneuheiten in

17428

Nähkurs.

Damen können ihre Toilette unter sachverständiger Anleitung selbst anfertigen. Anmeldungen U 4, 11, 2 Et., zwischen 1-12 und 3-6 Uhr. Preis M. 20.—. 15490

Die G'schamige.

Neues Theater im Hofgarten

Donnerstag, den 14. März 1912

12. Gastspiel des Direktors Konrad Dreher

mit seinem Ensemble vom Union-Theater in München.

Weh' dem der fliegt

Vorstellung mit Gesang in vier Akten von H. Anton und H. Hegler.

Für München bearbeitet von Konrad Dreher

Musik von Franz Hegler.

Inszeniert von Direktor Konrad Dreher

Musikalische Leitung: Kapellmeister Dr. Oskar Rapp

Personen:

1. Bild: Gelprenge Heflein.

Dugo Winter, Rentier

Amalie, seine Frau

Edwiga, deren Tochter

Dr. Spittler, Inhaber eines heilgymnastischen Institutes.

Edwiga's Mutter

Mathias Rent, Regieremeister von Regensburg

Veit, Stubenmädchen bei Winter

Leoni, Köchin bei Winter

Mausberger, Jagarenreisender aus Hamburg

Ort der Handlung: Wohnung Winters.

2. Bild: Am Fließfeld bei Dachsenheim.

Winter

Amalie

Edwiga

Dr. Spittler

Dr. Spittler

Baron Kohlsberg

Benjamin Wolf, Schriftsteller

Barbanger, Aeronautiker

Mausberger

Koppel

Frau Koppel

Wolfschne

Leoni

Riess, Kontrolleur

Orcher, Billeleur

Reuter, Billeleur

Eine Dame mit dunklem Teint

Ort der Handlung: In der Gegend bei Dachsenheim.

3. Bild: Heilgymnastik.

Dr. Spittler

Edwiga

Winter

Amalie

Veit

Baron Kohlsberg

Wolf

Veit

Thomas, Diener bei Spittler

Ort der Handlung: In der Gegend bei Dachsenheim.

4. Bild: Gast gelandet.

Winter

Amalie

Edwiga

Dr. Spittler

Veit

Baron Kohlsberg

Wolf

Veit

Barbanger

Musensaal Freitag, 22. März Vortrags-Abend

Rosengarten 8 Uhr

Albert Bassermann

Dichtungen von Goethe, Schiller, Kleist, Dante, Ibsen etc. 22155

Karten 4.—, 3.—, 2.—, 1.— u. d. Konzertkasse Heckel, 10—1 u. 3—6 Uhr.

Großh. Hof- u. Nationaltheater Mannheim.

Dresdner-Aufführung.

Erste Probe: Donnerstag, den 14. März 1912,

abends 8 Uhr

auf der Liebungs- und Hoftheater.

Die mitwirkenden Damen und Herren werden gebeten, sich hierzu pünktlich einzufinden.

508

Montag, 18. März, 8 Uhr, im Kinosaal, R 1, I

Beethoven-Sonaten-Abend

Otto Voss und Fritz Hirt

Progr. op. 20 No. 2 G-moll, op. 26 G-dur,

op. 47 A-dur (H. Kreutzer gewidmet).

Der Konzertsaal Steinhilber & Söhne, New-York-Hamburg, ist aus dem Pianofortlager v. K. Ford Heckel.

Karten 4.—, 2.50, 1.50 an der Konzertkasse Heckel

(10—1 u. 3—6 Uhr) und an der Abendkasse.

100000

E3, la Café Dunkel E3, la

Täglich Konzert

des österr. Damenorchesters „Gebirgsbläser“

Musik bis 12 Uhr nachts.

Sonntag: Frühschoppen von 11—1 Uhr.

100000

Reffource-Gesellschaft E. V.

Die diesjährige

ordentliche

Mitglieder-Versammlung

findet am Donnerstag, den 28. März 1912, abends 8 1/2 Uhr, in unserem Gesellschaftshaus C 1, 2, statt.

Tages-Ordnung:

1. Erhaltung des Geschäftsberichtes.

2. Rechnungsablage und Entlastung des Rechners.

3. Wahlen:

a) der Vorstehenden,

b) dreier Mitglieder des Aufsusses,

c) der Vergütungs-Kommission.

Um recht zahlreiches Erscheinen bitten

Der Vorstand.

100000

Deutscher Monistenbund

Ortsgruppe Mannheim-Ludwigshafen

Freitag, den 15. März, abends 7 1/2 Uhr,

im Café „Germania“ Mannheim, C 1!

Öffentlicher Vortrag

von Herrn Professor Dr. Rud. Broda aus Paris

über:

„Konfessionslose Schule und Moral-Unterricht in Frankreich.“

Gäste — auch ohne Einführung — willkommen.

Grund- und Hausbesitzer-Verein

Mannheim E. V.

Donnerstag, den 14. März 1912, abends 7 1/2 Uhr

findet im „Café Germania“ (Saal-Ver.) C 1 No. 10/11

die diesjährige

ordentliche

Mitglieder-Versammlung

statt mit folgender

Tages-Ordnung:

1. Jahresbericht.

2. Kassabericht.

3. Entlastung des Vorstandes.

4. Wahl des Vorstandes und der Beiräte.

5. Wahl von 3 Rechnungs-Revisoren.

6. Bericht über die Beschaffung zweier Oppotheken.

7. Wünsche und Anträge.

Um zahlreiches Erscheinen bitten

Der Vorstand.

100000

August Wunder

Hof-Uhrmacher 14758

Gegründet 1840. D 4, 16 Zeughauplata

empfiehlt sein reichhaltiges Lager in

Uhren-, Gold- und Silberwaren,

Glashütter- und Gesenker-Uhren

Eigene solide REPARATUR-WERKSTÄTTE

100000

Schreibmaschinen-Kohlepapier „Pleaseall“

ist unerreicht. 100 Blatt folio M. 7.— franko.

Master kostenfrei. — 12. Farbbänder M. 18.—

pro Dutzend, franko.

The Fix Typewriter Supplies Co, London E. C.

421 Mansion House Chambers.

Amerikan. Bar Hotel Reichshof

Wredopl. 1 Heidelberg Wredopl. 1

Täglicher Eingang

von

Frühjahrs-Neuheiten

C 1,1 Kurt Lehmann Tel. 7050

Erstes Spezialgeschäft für Damenkonfektion.

Großh. Hof- u. National-Theater

MANNHEIM

Donnerstag, den 14. März 1912.

36. Vorstellung im Abonnement B

GUDRUN

Ein Trauerspiel in fünf Akten von Ernst Gards

Regie: Ferdinand Gregori

Personen:

König Gertel

Gudrun

Der alte Wate

Die Amme

Hilburg

Kota

Sigran

Eintrag

Signe

Ulrik

König Gerwig der Däne

König Hartmut

Gerlind

Ortrun

Normannenherzöge.

Hanz

Hurif

Ein Späher

Die Stimme Arnolds

Normanne

Erler

Jeweller

Erler

Jeweller

Eine Frau

Erle

Jewette

Dritte

Erle

Häntle

Erle

Jewette

Stimmen der Gegendlichen Wägen, Stimmen der

Normannischen Wägen, Wägen, Normannen.

Kasseneröff. 7 Uhr Anf. 7 1/2 Uhr Ende 10 1/2 Uhr

Nach dem 3. Akt größere Pause

Kleine Pause.

Im Großh. Hoftheater.

Freitag, 15. März 1912. 36. Vorstellung. I. Donn. D

Siegfried.

Anfang 6 Uhr.

100000

Apollon Theater

Vorletzter Tag.

Das sensationelle Gastspiel der

Olympia

Mystik-Schau

Heute 8 Uhr: Gala-Elite-Abend

Rendez-vous der vornehmen Gesellschaftskreise. 22209

Morgen (letztes Gastspiel)

Ehrenabend des Dir. Schenk.

Vornehme

Geschenke

Hugo Schön, Kunsthandlung

O 2, 9, Kunststrasse. 21407

Gebrauchter

Stuhlflügel

(Bechstein) 18145

sehr gut erhalten, billig zu verkaufen.

E. Donecker

Et 1, 2 Piano-Magazin Et 1, 2.

100000

100000

100000

100000

100000

100000

100000

100000

100000

100000

100000

100000

100000

100000

100000

100000

100000

100000

100000

100000

100000

100000

100000

100000

100000

100000

100000

100000

100000

100000

100000

100000

100000

100000

100000

Nähkurse! Größtlichen Unterricht im Nähmaschinen, Zuschneiden, Stricken und Häkeln. Geschw. Orlmann

Unterfallstraße 27

Wid-ansicht der Kaiserstraße.

Wer kauft Kleider?

C.F. u. 18485 a. d. Exp. d. Bl.

Regelabend

zu vergeben.

Mannheimer Ruderclub

Bootspl. Rheinpromenade.

Köhlers Hausweiser.

Telefon 2520. 98933

Evangelisch-protestantische Gemeinde

Konfessionskirche, Donnerstag, den 14. März 1912,

abends 8 Uhr Predigt, Kandidat Ernst v. Her.

Wohligelogen, Donnerstag, den 14. März, abends

8 Uhr Predigt, Stadtvater Schumann.

Fortschrittliche Volkspartei

Mannheim.

Freitag, den 15. März 1912,

abends 7 1/2 Uhr

Restaurations Friedrichshof, L 15, 15

Diskussions-Abend

Thema:

Die Reichsverfassung

(Allgemeiner Teil).

Referent: Herr Rechtsanwalt von Gärder.

Gäste sind willkommen.

100000

Wir eröffnen am Freitag,

den 15. März u. abends

8 1/2 Uhr in unserem Vereins-

lokal Restaurant zum

Rosengarten U 6, 19,

Stenographischer Reichstagsbericht des Mannheimer Generalanzeigers

Mb. Deutscher Reichstag.

25. Sitzung, Mittwoch, den 18. März, 1 Uhr.
Am Abende des Bundesrats: Dr. Delbrück, Winter, Caspar.

Schleunige Anträge auf Einstellung von Privatstrafverfahren gegen die Abg. Nowicki (Polen), Wandert (Soz.) und Dr. Strube (Sp.) für die Dauer der Tagung werden angenommen.

Die Ruhrfrei-Interpellation des Zentrums

steht als nächster Punkt auf der Tagesordnung. Auf die Frage des Präsidenten erklärt

Staatssekretär Dr. Delbrück, daß er die Interpellation morgen beantworten werde.

Der Nachtrags-Etat für die Reichsversicherungsanstalt wird in erster und zweiter Lesung angenommen, nachdem Abg. Koltenbuhr (Soz.) seinen Antrag auf Kommissionsberatung zurückgezogen hatte.

Der Etat für das Reichsamt des Innern.

(Zweiter Tag.)

Abg. Dr. Masinger (Zentr.)

begründet die Resolutionen des Zentrums, die die Erforschung und Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche betreffen. Ein Ergänzungsetat soll große Mittel hierfür zur Verfügung stellen, zu Stipendien an Institute und Privatpersonen und zu einer großen Prämie — einer Nationalprämie — für den Entdecker des Seuchenregens oder des Heilmittels. Soweit hat auch die Budgetkommission diese Forderungen zum Beschluß erhoben. Eine weitere Resolution des Zentrums verlangt die Uebernahme der Kosten der Seuchenbekämpfung auf den Staat; sodann soll die Entschädigung nach verschiedenen Richtungen ausgedehnt und Steuernachlässe gewährt werden.

Abg. v. Polko (Kons.):

Wir können es nicht verstehen, warum man das Ausland besser behandelt als das Inland. Entweder Quarantäne oder binnen 24 Stunden abschlagen, denn sonst wird immer von neuem die Seuche eingeschleppt. Wir wollen keine Ausnahme für uns, wir wollen nur keine schlechtere Behandlung, wir wollen den Schutz unserer Viehzucht, die Beobachtungsbezirke dürfen nicht zu groß sein. Wir hoffen, daß man mit dem Inkrafttreten des neuen Viehseuchengesetzes — hoffentlich am 1. April, aber wir haben freilich noch Zweifel — von der Möglichkeit Gebrauch machen wird, bei Ausbruch einer Seuche, wenn sie noch nicht weit verbreitet ist, durch Abschlagung des Viehs den Seuchenherd auf einer bestimmten engen Stelle zu konzentrieren. Hätte man das bei dem Ausbruch der Seuche in der Provinz Posen getan, hätte man die geringe Ausgabe nicht gescheut, dann wäre Schlesien verschont geblieben und Millionen gespart worden. Gerade jetzt, wo das Vieh auf die Weide geht, wird man hoffentlich schnell einschreiten.

Abg. Wambhoff (Natl.)

spricht in gleichem Sinne wie die Korredner. Auch die Rationalliberalen haben eine Resolution eingebracht mit ähnlichem Inhalt wie die des Zentrums. Ein Nachtrags-etat soll genügende Mittel zur Verfügung stellen, um die wissenschaftliche Erforschung der Maul- und Klauenseuche und ihre Bekämpfung sowohl durch staatliche Behörden als durch Unterstützung solcher Privatforscher, welche bemerkenswerte Ergebnisse ihrer Untersuchungen erbracht haben, zu fördern, und weiter, in Fällen des ersten Ausbrechens der Seuche die Lösung der betroffenen Viehbestände durch Bewehrung von Entschädigung zu ermöglichen. In einem anderen Teil ersucht die Resolution den Reichskanzler, bei den verbündeten Regierungen auf eine tunlichst einheitliche und unnötige Härten vermeidende Durchführung der Maßnahmen zur Bekämpfung dieser Seuche und auf die Uebernahme der Kosten für notwendige Untersuchungen und Hilfe auf die Staatskasse hinzuwirken. Die Meinungen im Lande gehen dahin, daß die Sperremaßnahmen wenig wirksam sind, die Sperre sowohl wie die Beobachtungsbezirke. Der Grenzschutz ist dringend notwendig. (Beifall.)

Abg. Dr. Mund (Sp.):

Durch papierene Bekannmachungen und Polizeiregeln, die sich lediglich auf behördliche Einsperremaßnahmen beschränken, wird der Bazillus der Maul- und Klauenseuche, den man übrigens noch nicht kennt, nicht gestört werden. Die Landwirtschaft ist heute ziemlich übereinstimmend der Meinung, daß selbst die strengsten Sperremaßnahmen irgend welche praktische Wirkung nicht haben, im Gegenteil nur eine Verlangsamung in der Verbreitung herbeiführen; und ob das zum Vorteil der Landwirtschaft ist, ist doch sehr zu bezweifeln. Die Seuche wird nur aufgehalten. In weiten Kreisen der Bevölkerung ist heute eine gewisse Abstumpfung gegen die behördlichen Maßnahmen eingetreten, und die Bevölkerung beachtet schon lange nicht mehr so ausgedehnt die polizeilichen Meldevorschriften. Die Gefahr ist groß, daß, wenn der Weidengang beginnt, die Seuche noch in erheblichem Umfange besteht und durch den Sommer durchgeschleppt wird. Wir sind freudig einverstanden mit den Resolutionen der anderen Fraktionen; unser Freund Descher hat schon im vorigen Jahre eine größere Summe für die wissenschaftliche Erforschung verlangt. Der Grenzschutz muß streng aufrechterhalten werden. (Hört! Hört! recht.)

Man hat meinen politischen Freunden oft das Gegenteil nachgesagt, aber wir erkennen die praktische Notwendigkeit durchaus und von jeder Art. (Zustimmung der Fortschrittler.) Der Redner nimmt Bezug auf Erklärungen früherer fortschrittlicher Abgeordneter. Die Seuche werden wir in der nächsten Zeit nicht aus der Welt schaffen, davon sind wir alle überzeugt. Da ist es für uns in erster Linie wichtig, Mittel und Wege zu finden, um die schweren Schädigungen aus der Welt zu schaffen, die nicht nur die Landwirtschaft, sondern die gesamte Volkswirtschaft treffen, durch die behördlichen Maßnahmen zur Bekämpfung der Seuche. (Beif. Zustimmung.) Für Schlesien-Vollstein jedenfalls sind diese Schädigungen durch die Seuche, ja tausendmal so groß, als die direkte Schädigung durch die Seuche. Der Kernpunkt der Schädigung liegt ganz zweifellos darin, daß die Sperr- und Beobachtungsbezirke viel zu weit ausgedehnt werden. Darüber meint ja jetzt in diesem Hause keine Meinungsverschiedenheit mehr zu herrschen; Dr. Mund war freilich merkwürdigerweise im vorigen Herbst anderer Meinung. Die Gesetze müssen doch von den Behörden scharf beachtet werden; aber in der neuesten Bundesratsinstruktion ist der leitende Gesichtspunkt des § 18 des Viehseuchengesetzes mit keinem Worte berücksichtigt, wonach alle Vorschriften getroffen sollen, unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen und Verkehrsinteressen. (Beif. Zustimmung.) Redner führt unter Hört! Hört!-Rufen drastische Beispiele an.

Die Landwirtschaft wird in der Bemerkung des gesunden Viehs aus den Beobachtungsbezirken ganz außerordentlich gehemmt. Das Verbot der Roggenmärkte, die in Schlesien-Vollstein ganz unerschicklich sind, hat die Provinz auf das Schwereste geschädigt. So kann es nicht weiter gehen. Der Redner ersucht um Annahme der im Sinne dieser seiner Ausführungen von der Volkspartei beantragten Resolution. Der Reichskanzler wird darin ersucht, 1. dafür Sorge zu tragen, daß die behördlichen Organe bei der Durchführung des Viehseuchengesetzes den beteiligten Wirtschafts- und Verkehrsinteressen mehr als bisher Berücksichtigung angedeihen lassen; 2. in Verfolg der vom Reichstag bei der Verabschiedung des Viehseuchengesetzes gefassten Beschlüsse im Bundesrat dahin zu wirken, daß bei den behördlichen Maßnahmen zur Seuchenbekämpfung die Mitwirkung von Laien-Sachverständigen aus den beteiligten Berufsständen sichergestellt wird; 3. für eine erweiterte Entschädigung der den Viehbesitzern durch die Viehseuchengesetzgebung erwachsenen Verluste einzutreten. (Beifall.) Solche Zustände wie im vorigen Sommer dürfen nicht wiederkommen; Schuld daran sind nur die verkehrten Maßnahmen der Behörden. (Beif. Zustimmung.)

Vizepräsident Dr. Pansche:

Es sind noch sieben Redner gemeldet. Wir haben schon einmal eine lange Diskussion über die Maul- und Klauenseuche gehabt; da ist der Wunsch wohl angebracht, daß die Herren sich möglichst kurz fassen, sonst kommen wir mit dem Etat nicht zu Ende. (Beifall.)

Angehörigen haben auch die Sozialdemokraten ihren Initiativantrag zu dieser Frage in eine Etat-Resolution umgewandelt; sie verlangt eine obligatorische Viehverversicherung gegen Seuchenschäden.

Abg. Scheidemann (Soz.):

In den letzten acht Jahren haben wir ungefähr 20 bis 25mal solch eine Seuchendeckelung gehabt, geschätzte Vermahlung. (Große Heiterkeit.) Ich verzichte darauf, zu den alten Klagen und Forderungen neu vorzubringen und mache nur darauf aufmerksam: früher klagte man über die Seuchenschäden und jetzt über die Maßnahmen der Behörden zur Bekämpfung dieser Seuchen. Ich bin gewiß nicht zurückhaltend gewesen in meinen Angriffen gegen die Regierung, aber sie erheben jetzt Vorwürfe, die zum großen Teil unberechtigt sind. Sie haben damals all die Forderungen und Warnungen der Opposition unbedacht gelassen und das Viehseuchengesetz angenommen, jetzt haben Sie kein Recht, auf die Regierung zu schimpfen, die nur Ihr Gesetz ausgeführt hat. (Abg. Dr. Descher ruft: Scheidemann Regierungsvorredner! Heiterkeit.) Auf diesen geistreichen Zwischenruf gehe ich nicht ein. Auch wir Sozialdemokraten wollen wie bisher alles bewilligen, was geeignet ist, die Seuche zu erschweren und zu bekämpfen; wir werden aber auch in Zukunft alles bekämpfen, was damit nicht im Zusammenhang steht, nämlich die wirtschaftlichen Forderungen, die man damit verknüpft. Deshalb haben wir das Viehseuchengesetz abgelehnt. Notwendig ist aber eine ausreichende Entschädigung der Viehhändler, und deshalb beantragen wir obligatorische Viehverversicherung. Das werden Sie einstimmig annehmen.

Abg. Klose (Zentr.)

fordert ebenfalls eine weitgehende Entschädigung der Landwirte.

Ministerialdirektor Dr. v. Janczides:

Ich will nur kurz die Stellung der Regierung zu den Resolutionen mitteilen. Mit der Freigabe der Provinzen über die Maul- und Klauenseuche sind ganz erhebliche Gefahren wegen der weiteren Verbreitung der Seuche vorhanden. Die Regierung behält sich ihre Stellung zu dieser Frage noch vor. Dann die Kosten- und Entschädigungsfrage! Alle diejenigen, die an der Verabschiedung des neuen Viehseuchengesetzes mitgewirkt haben, werden zugestehen müssen, daß alle Wünsche nach dieser Richtung hin auf Abänderung zugunsten der Interessenten leider unerfüllbar sind. Es ist eine so schwierige Materie, daß nur bei heidenschaftigstem größten Entgegenkommen eine Einigung zwischen Regierung und Reichstag herbeigeführt werden können. Es ist ganz ausgeschlossen, daß eine Änderung, namentlich auf Kosten der Reichs- und Staatskasse, eintreten kann. Weiter wird in der Resolution Mund gewünscht, daß bei den Einführungsbeschlüssen des neuen Viehseuchengesetzes die Wirtschafts- und Verkehrsinteressen mehr berücksichtigt werden. Diese Vorschriften sind, bevor sie dem Bundesrat vorlagen, den Interessenten in weitestem Maße zugänglich gemacht worden. Sie hatten Gelegenheit, sich zu äußern.

Soweit die Wünsche der Interessenten unter Berücksichtigung des durchaus notwendigen strengen veterinären Vorgehens erfüllt werden konnten, ist es geschehen. Namentlich auf die wirtschaftlichen Verhältnisse wird überall da, wo es möglich gehalten ist, daburch Rücksicht genommen, daß die Möglichkeit von

Ausnahmen vorgezogen ist. Ich nehme an, daß ebenso wie im Vorjahre gegenüber der strengen Bekämpfungsmethode im Winter während der Weidzeit von allen Regierungen Erleichterungen zu erwarten sind. Die strenge Bekämpfung hat doch Erfolge aufzuweisen. Am 31. August waren im ganzen Reich 38 250 Köpfe verendet, am 15. Oktober 34 438, und jetzt am 29. Februar waren es nur noch 4070. (Hört! Hört!) Die Interessenten müssen die leider unvermeidlichen Kosten auf sich nehmen. Das liegt im allgemeinen und auch in ihrem eigenen Interesse. Nun ist gefragt worden, wann das neue Viehseuchengesetz in Kraft treten wird. Wir hoffen, daß das am 1. April möglich sein wird. Leider wird es nicht durchführbar sein, diesen Termin einzuhalten. Ich erkläre das offen, damit sich niemand falschen Hoffnungen hingibt. Wir hoffen aber, daß das Gesetz in Kraft treten kann, wenn das Frühjahr wirklich beginnt, wenn die Erleichterungen in Frage kommen. Bestimmt den Termin bezeichnen kann ich nicht.

Die Abg. Hof (Natl.) und Abhoru (Sp.) weisen ebenfalls darauf hin, daß die Schäden, die durch die rigorose Handhabung der Vorschriften entstehen, viel erheblicher sind, als die direkten Nachteile der Seuche. Den Landwirten werden durch die fortwährenden Untersuchungen nur Kosten verursacht, ohne daß eine Besserung erfolgt. Es ist unbillig, daß für die verschiedenen Bundesstaaten verschiedene Bestimmungen gelten. Einheitlichkeit muß sein. Eine obdenburgische Kuh muß ebenso behandelt werden, wie ein preussischer Stier, ein hessisches Schaf, ein mecklenburgischer Ochse oder ein sächsisches Schwein. (Heiterkeit.) Die Erbitterung der Bevölkerung darf nicht noch gesteigert werden. (Beifall.)

Abg. Behrens (Wirtsch. Bgg.):

Wir stimmen allen Maßnahmen, die in den Resolutionen vorgeschlagen werden, zu. Unnötige Härten müssen vermieden werden. Sie wirken oft geradezu lächerlich. Eine obligatorische Viehverversicherung würden die kleinen Bauern kaum ertragen können. Nebenfalls würde es ohne einen Staatszuschuß nicht gehen.

Abg. Werner-Gröbner (Natl.)

führt ebenfalls Beschwerde über behördliche Rigorisme

Abg. Graf Oppersdorff (v. L. Fr.):

Wir sind trotz aller Reden über die Maul- und Klauenseuche nicht klüger geworden. Seit Dezember ist das Amt eines beamteten Veterinär für das ganze Reich nötig. Es kann also nicht mehr vorkommen, daß die Untersuchung eines Stück Viehes von verschiedenen Bundesstaaten angeordnet wird.

Abg. Wallenborn (Zentr.)

spricht für die Resolutionen. Bei der Frage der Entschädigungspflicht sollten die Wünsche der beteiligten Landwirte und besonders der mittleren und kleineren Grundbesitzer nach Möglichkeit berücksichtigt werden.

Abg. Dr. Well (Zentr.):

Die Erklärungen des Regierungskommissars, um zwar in allen Teilen, sind nicht gerade erfreulich. Welche Kreise der Landwirtschaft, und besonders der kleine und mittlere Grundbesitz, werden sehr enttäuscht sein. Der Regierungsvorredner stellt sich anscheinend auf den Standpunkt: Es muß doch Frühling werden! Ist die obligatorische Viehverversicherung ein Programmpunkt der ganzen sozialdemokratischen Partei oder nur ihres parlamentarischen Flügel? (Heiterkeit.) Eine obligatorische Viehverversicherung, für die das Reich übrigens gar nicht zuständig ist, würde den kleinen und mittleren Grundbesitz unermesslich belasten. Aber vielleicht könnte die Reichsregierung eine Verabredung unter den Landesregierungen darüber herbeiführen, daß durch Landesgesetz die freiwillige Viehverversicherung erleichtert wird.

Abg. v. Morawski (Pole)

spricht zur Entschädigungsfrage. Nach einem Schlußwort des Berichterstatters der Budgetkommission, Graf Beckar (Kons.), wurden die Resolutionen der bürgerlichen Parteien einstimmig angenommen. Auch die Resolution der Sozialdemokraten über die obligatorische Viehverversicherung findet infolge der verhältnismäßig schwachen Befassung des Zentrums eine Mehrheit; die sich zusammensetzt aus der sozialdemokratischen Fraktion und außerdem nur wenigen Volksparteilern, Rationalliberalen, Polen und Chälsern.

Dem Kapitel für die Reichsschulkommission, die nur für die Beaufsichtigung der Vorbildung für die Berechtigung zum einjährig-freiwilligen Dienst begründet ist, beantragen die Sozialdemokraten die Ausgestaltung dieser Behörde zu einem selbständigen Reichsamt für das Schul- und Bildungswesen des Deutschen Reiches.

Abg. Schulz (Soz.):

Von den Kindern nun endlich auch einmal zu den Kindern. Der einjährig-freiwillige Dienst ist die unerfreulichste Erscheinung des Schul- und Heerwesens. Das Schulwesen ist Reichs Sache. Der einjährig-freiwillige Dienst ist ein Loch auf der Wehrpflicht. Er muß abgeschafft werden. Ich, die armen Gammelschuldner, welche endlosen Qualen erdulden sie! Sie erheben sich das Zeugnis. Das Richtige wäre, unsere sämtlichen Schulen so auszugestalten, daß sie alle die Berechtigung zum einjährig-freiwilligen Dienst gewähren würden. Dann würden wir überhaupt das zweite Dienstjahr sparen. Jetzt ist eine Punttschichtigkeit ohne Sinn und Verstand bezüglich des Schulwesens vorhanden. Ein Reichsschulamt müßte Minimalbedingungen aufstellen. Erst die Reichsschulgesetzgebung aber wird Deutschlands innere Einheit und Beharrlichkeit noch aufrechterhalten. Nun schelten Sie uns mit noch vermehrter Energie vaterlandslose Gesellen und Reichsfeinde. (Beifall der Soz.)

Das Haus vertagt sich.
Donnerstag 1 Uhr: Ruhrfrei-Interpellation, Weiterberatung des Etats des Reichsamts des Innern.
Schluß 6 1/2 Uhr.

Ankauf

Erfindung Massenartikel, gleich welcher Branche, sofort gesucht. Ingen. Wagner, Berlin-Schöneberg, Bozenerstr. 5. 12245

Gebrauchte Bangeräte

Gerätholz, Meile, Schaufaren, Klammern, etc. zu kaufen gesucht. Off. unter 15458 an die Exp. d. Bl.

Zahle für ger. Kleider, Schuhe etc. Goldbergstr. 72, Telefon 5084. 68967

Höfliche Briefe wegen dring. Bedarf zu kaufen für ger. Kleider, Schuhe, Möbel. Komme persönlich, auch n. Außerhalb. 14234 Göttinger, Wellenstr. 27.

Zu verkaufen

Reiß-Copiermaschine sehr gut erhalt. sol. billig zu verkaufen. Papierhandlg. W. Baumert, L. 6, 12.

Saarkohlen pro März einige Waggon abzugeben. 68962 Anfragen n. H. 1900 an die Expedition d. Bl.

Tagestriniker versendet Sets franco per Etich zu 10 Pfg. Versand auch an Private. 68967 Ludwig Weber, Gekügelhof, Freudenstadt.

Kristallkugeln 10 Pfg. abgeh. 15487

Kinderwagen, Stego u. Stymag. gut erh. bill. abgeh. 15430 Kolonnenstr. 14, bei Weibel

Motorrad sehr neu, ein Transport. Dreirad billig u. verl. 15400 Steinberg & Reuer, O. 7, 6.

Die ersten Studebaker Automobile

sind eingetroffen.

10/20 PS. „Flanders“ kompl. M. 4500.—

14,5/30 PS. „E. M. F.“ kompl. M. 5750.—

Solide Konstruktion, Präzisionsarbeit,

ein Jahr Garantie.

Fritz Held, Automobile

Mannheim, J 7, 24. Tel. 1257.

Verkaufs- und Ausstellungsräume:

Friedrich Karlstrasse 2. Tel. 1975.

Verkauf

Günstige Kaufgelegenheit.

Ein in zukunftsreicher Lage Sittlingens neben dem Staatsbahnhof — 10 Minuten Fahrtzeit von Karlsruhe — befindliches Fabrikgebäude mit Wohnung kann vorteilhaft erworben werden, event. ist daselbst auch zu vermieten.

Es ist mit ganz neuen Holzbearbeitungsmaschinen und Werkzeugen, 8000 Liter Deutz Benzinmotor sowie diversen Maschinen und Werkzeugen für Metallbearbeitung eingerichtet und eignet sich für jeden Fabrikationsbetrieb, vorzugsweise für Bau- und Möbelfabrikation, Glaserei, Schuh-, Raschinen- und Textilindustrie, kann auch als Filiale einer Bijouteriefabrik leicht zur Verwendung kommen. Das Areal umfaßt ca. 50 ar, wovon 600 qm bebaut sind, mit Niederdruckdampfheizung, eigener Wasser- und Gasversorgung.

Kuhrentgeltlich vorteilhafte Kaufbedingungen, günstige Arbeitsverhältnisse. Interessenten erfahren Näheres durch die Badische Treuhand-Gesellschaft m. b. H. in Karlsruhe, Gebickstraße 11. 8702. Telefon 1526.

Stellen finden

Schreibmaschinen-Reisender

zum Besuche der Stadtkundschaft für eingeführte Marke gesucht. Ausführliche Angebote unter N. Z. 22250 an die Expedition d. Bl. erbeten.

Modes.

Tüchtige erste Garnierinnen für dauernde Stellung zum sofortigen Eintritt gesucht. 22329

Geschwister Gutmann.

Wäsche-Direktrice.

Suche per sofort evtl. später tüchtige zweite Direktrice. Solche muß im Zuschneiden und Arbeiten von besserer Damen- und Herrenwäsche perfekt sein. Die Stellung ist dauernd. Offerten einzureichen bei

Julius Kaymer, Wäschefabrik Kaiserslautern.

Buntes Feuilleton.

Die Haare notleidender Frauen. Die Petersburger und Moskauer Presse werden, wie dem „S. T.“ geschrieben wird, in diesem Jahre von höchst originellen Verkäufern angegriffen. Es sind Verkäufer, die die Notstandsgebiete an der Wolga besuchen und sich in den von der Misperte am stärksten betroffenen Dörfern mit dem Ankauf von Frauen- und Mädchenhaare beschäftigen. Die unter der Hungernot schwer leidenden Bäuerinnen verkaufen ihre Haare, die bisher ihren Stolz bildeten, um einen geringen Preis, so daß sich die Verkäufer in der Lage sehen, ein Pfund fogenanntes „Hungerhaar“ für das sie selbst nicht mehr als 3 bis 8 Mark gezahlt haben, für 30 bis 40 Mark zu verkaufen. Die verschiedenen Haarstücker der Residenz kaufen diese Haare sehr gern, weil sie es in den Spezialhandlungen weit höher bezahlen müssen. Ganz besonders geschätzt werden die langen, blonden Köpfe der russischen Bauerinnen, die durch ihre schimmernde Farbe und den selbstbewußten Glanz ausfallen. Aber nicht nur Petersburg und Moskau sind Abnehmer des „Hungerhaars“, sondern auch Warschau, das eine Art Zentrum des Handels für Frauenhaar bildet. Aus Warschau geht dieses „Hungerhaar“ nach England, Frankreich und Deutschland. So manche Schöne, die sich in London, Paris und Berlin mit den blonden oder schwarzen Köpfen eines russischen Bauerinmädchens schmückt, ahnt nicht, daß seine einstige Trägerin ihren Stolz, durch Not und Hunger gezwungen, der Schere des spekulativen Verkäufers hat zum Opfer fallen lassen, um Eltern und Geschwister vor Elend und Krankheit zu retten.

Vergiftung einer Stammgäule. Ein erschütterndes Gegenstück zu dem großen Kollisionsherd im städtischen Obdach zu Berlin hat sich, wie erst jetzt durch die Kriminalpolizei aufgedeckt wurde, unter den Kunden eines Gastwirts in der Vorderstraße ausgebreitet. Nach den bisherigen Feststellungen sind dort sehr kurz nach einander zahlreiche Stammgäste des Wirtes an Methylnalkoholvergiftung gestorben. Die Untersuchung hat ergeben, daß der fälschliche Alkohol von dem bekanntlich in Haft genommenen Charlottenburger Drogisten Scharnack bezogen worden war. In einzelnen erzählt der Volksanzeiger über die Angelegenheit noch folgendes: Seit den Methylnalkoholvergiftungen im städtischen Obdach haben die Verdächtig eingehende Ermittlungen überall dort angestellt, wo in der kritischen Zeit Personen unter verdächtigen Umständen gestorben sind. Man konnte bereits feststellen, daß die Zahl der Opfer an Methylnalkoholvergiftung erheblich höher ist, als bisher angenommen wurde, und weit über 300 beträgt; dabei sind die Ermittlungen noch nicht einmal abgeschlossen und ein Ende ist vorläufig noch nicht abzusehen. Bei den Feststellungen ermittelte man, daß zahlreiche Stammgäste des Schankwirts Gustav Dahle aus der Vorderstraße 66, der dort eine Großdestillation betreibt, in der kritischen Zeit kurz hintereinander starben, ohne daß zunächst die Todesursache einwandfrei festgestellt werden konnte. In den Papieren des verhafteten Scharnack fand man nun einen Hinweis, daß er auch an Dahle geliefert hatte. Dahle bestritt dies auch nicht, behauptete aber, daß er sich in dem guten Glauben befunden habe, der von Scharnack gelieferte Alkohol sei einwandfrei; überdies habe er ihn nur zu gewerblichen Zwecken benutzt. Die Prüfung dieser Angaben ergab jedoch ein wesentlich anderes Bild, als man auf die vielen Todesfälle stieß, von denen die Dahle'schen Kunden so rasch hintereinander befallen worden waren. Nun wurde die Ausgrabung aller in Betracht kommenden Toten angeordnet, und in der verfloffenen Woche wurden die Leichen von acht früheren Dahle'schen Stammgästen ausgegraben. Die gerichtsarztliche Untersuchung ergab als Todesursache einwandfrei Methylnalkoholvergiftung. In den nächsten Tagen sollen noch weitere Leichen exhumiert werden, damit auch bei ihnen die Todesursache ermittelt werde. Mehrere Witwen mit Kindern, denen durch die Vergiftungen der Ernährer geraubt wurde, wollen jetzt nach dem Ergebnis der Untersuchung die Schadenersatzklage gegen Dahle anstrengen. Die Staatsanwaltschaft hat bereits ein Verfahren gegen ihn eingeleitet. Gegen mehrere

andere Witte schwebt in derselben Angelegenheit eine Untersuchung.

Ein Kuß für fünf Millionen Mark. Vor einigen Tagen wurde, wie uns weiter aus Newyork geschrieben wird, in Philadelphia eine Hochzeit gefeiert, die den teuersten Kuß der Welt zur Vorgeschichte hatte. Seit ungefähr einem Jahre war der junge Millionär John Barfay in eine Beamtin namens Alice Brookland verliebt, die er auf einer Gesellschaft kennen gelernt hatte. Die junge Dame ließ sich die Werbung des Millionärs gern gefallen, zumal er sehr schlättern war und ihr nicht die geringste Liebeserklärung machte. Bei einem Ausflug, den sie im Winter dieses Jahres machte, sagte Barfay endlich einmal Mut und bat seine Angebetete, ihm für die Treue und Liebe, welche er ihr seit einem Jahr entgegenbringe, einen Kuß zu gewähren. Miß Alice fragte ihn daraufhin lächelnd ohne jede Nebenabsicht, was sie dafür als Gegenbescheid erwarten dürfte. Barfay erwiderte ihr, daß ihr seine ganze Person und sein Vermögen zur Verfügung ständen. Auf diese Weise rang er sich, wie er später angab, einen Heiratsantrag ab, da er seine Worte so ausgefaßt wissen wollte. Die übrige Gesellschaft sah diese Worte aber nur als hübsche Gesellschaftsphrase auf und machte darum begeistert Beifall, als die Angebetete des Millionärs lächelnd zu ihm sagte: „Für ganzes Vermögen will ich nicht, aber geben Sie mir eine Million Dollars.“ Man wartete, wie sich Barfay nun aus der Verlegenheit ziehen würde, in die er durch die Worte der jungen Dame versetzt wurde. Barfay nahm aber, ohne ein Wort zu reden, sein Scheinbuch aus der Tasche und schrieb auf den Namen der Miß Alice Brookland einen Scheck über eine Million Dollars aus, den er ihr lächelnd mit einer Verbeugung überreichte. Für diese Opferwilligkeit erhielt er nun den erbetenen Kuß, der somit wohl der teuerste Kuß gewesen ist, den die Welt bisher kennt. Das Paar wurde noch an demselben Tage ein Brautpaar und wenige Wochen später wurde die Hochzeit gefeiert. Das besondere Interesse der Hochzeitsgäste erregte der Hochzeitskuchen, der in Amerika üblich ist. Jeder Gast erhielt nämlich ein kleines rechteckiges Paket auf seinen Platz gestellt. In diesem Paket befand sich, wie mitgeteilt wurde, der Hochzeitskuchen. Als die Gäste die Pakete öffneten, fanden sie in jeder Schachtel einen köstlich nachgemachten Bankrott aus Schokolade und Zunder. Diese „süßen“ Schecks waren gesteuert Kopien des Schecks von einer Million Dollars, mit dem Barfay gleichsam seinen Verlobungskuß bezahlt hatte und der dadurch sein Glück begründete.

Vom Schlaf der Fische. Von fast allen Tieren der Erde wissen wir, daß sie nach mehr oder minder großen Zwischenräumen des Schlafes bedürfen, um die beim Wachen und in der Bewegung abgegebene Energie zu ersetzen: nur über den Schlaf der Fische besitzt die Wissenschaft noch keine erschöpfenden Aufschlüsse, und seit langem bemühen sich in stiller Arbeit fleißige Forscher, Licht in dies Rätsel im Leben der Wasserbewohner zu tragen. Vor kurzem hat der Direktor des neuen Aquariums von Madras ein Werk erscheinen lassen, das eine Reihe außerordentlich interessanter Beobachtungen von den Lebensgewohnheiten der Fische enthält. Auf Grund seiner Studien hat der Gelehrte festgestellt, daß die Seebarsche von der Gattung Seranus sich allmählich an die Ruhe des Tages schlafen zurückziehen und hier bis zur Wiederkehr des Tageslichtes völlig unbeweglich verharren, also für unsere Begriffe schlafen. Kehnliche Beobachtungen konnten bei einer ganzen Reihe anderer Fische gemacht werden. Dabei zeigte sich aber, daß gewisse Fischarten, wie die „Natter“, nicht erst ordnere Tiefen aufsuchen, sondern mit dem Eintritt der Dunkelheit an der Stelle, wo sie sich befanden, bewegungslos bleiben. Merkwürdig aber ist die Tatsache, daß bei manchen Fischarten ein dem Schlaf verwandter Zustand überhaupt nicht wahrgenommen werden konnte, die Tiere scheinen sich paarmal auszuheben und schwimmen die ganze Nacht hindurch von einem Ende des Bassins zum anderen hin und her.

„Geflühtes Unterzeug für Männer.“ Eine Nischenpetition der amerikanischen „Suffragetten“ bildet, wie uns aus Newyork geschrieben wird, den neuesten Streich der amerikanischen

Frauenrechtlerinnen zu Washington. Vor einigen Tagen fuhr vor dem Kapitol eine ungeheure Kette von Automobilen, die insgesamt über eine Meile lang war, vor. Auf den ersten drei Automobilen befand sich eine riesige Kiste von 8 Meter Länge und drei Meter Breite, welche die schmerzhafteste Aufschrift trug: „Geflühtes Unterzeug für Männer.“ Als die ungeheure Automobilliste zum Halten gebracht war, sprangen aus dem ersten Mobilien einige „anmutige“ Damen, die von mehreren handfesten Kostenträgern begleitet waren. Die Kostenträger banden die auf 4 zusammengeklappten Automobilen festgebundene Nischenkiste los und nahmen sie auf die Schultern. Sie begaben sich, gefolgt von der Schar der Suffragetten, die aus jedem neu heranziehenden Automobil Zugang erhielten, zum Kapitoll, wo sie vor dem Senat die Kiste mit der schmerzhaften Aufschrift niederkelkten. Das Heer der Frauenrechtlerinnen, die gerade in der Bundeshauptstadt ihren Konvent abhielten, führten das Kapitoll und die Volksvertreter waren bald von Scharen ihrer Landsmänninnen umringt. Die Suffragetten forderten fürmlich die Öffnung der Kiste, die einen für die Männer höchst wichtigen Inhalt haben sollte. Man gab ihrem Wunsch nach und aus dem ungeheuren Holzkäfig hob man eine Petition um Gewährung der Freiheit. Welchen Umfang dieses Schriftstück hatte geht daraus hervor, daß es von nicht weniger als 250000 Frauen unterschrieben war. Die Unterschriften besaßen sich auf einem langen Streifen, der an der Petition festgenagelt war und der natürlich gemäß der Riesenzahl der Namen eine ansehnliche Länge aufwies. Die Diener des Senats hielten immerfort unter ständig wachsender Heiterkeit aller Anwesenden neue Nischenklappen von Papier aus der Kiste hervor. Die Länge dieser Papierklappe wird auf 25 Km. geschätzt, da man annimmt, daß jede einzelne Unterschrift eine Höhe von einem Zentimeter hat. Sicherlich kann man aber mehr als einen Zentimeter pro Unterschrift rechnen, so daß die Petition wohl noch länger sein dürfte. Ganz Washington hatte über diesen Spaß, der ebenfalls den Suffragetten in des Wortes eigener Bedeutung sehr teuer zu stehen gekommen ist. Ob die Petition aber auch einen entsprechenden Erfolg haben wird, darf man mit Arg und Recht bezweifeln. Die Kosten werden dabei jedenfalls nicht herabkommen.

Großer Schwindel. Berlin, 13. März. Einem Schwindel, der fast seit einem Vierteljahr die Geschäftswelt auf das Schrecklichste schädigt, ist man auf die Spur gekommen. Gestern wurde in Schöneberg eine aus mehreren Köpfen bestehende Bande aus „Schlittenschaftern“ verhaftet, die unter der Leitung eines 30-jährigen Kaufmanns in verschiedensten Stadtteilen Geschäftsträume eingerichtet hatten, und dort Waren-schwindel in großem Maßstabe betrieben.

Strasburger Mäuser. Straßburg i. E. In der Nacht vom Sonntag auf Montag stiegen Diebe in das Münster, zerstörten eines der kostbarsten Fürstentümer, erbeuteten Opfergeld und entkamen unerkant.

Ein Dorf in Gefahr. Brüssel. Das Ardennendorf Wormfontaine wird seit einigen Tagen von Erdbeben heimgesucht. Unterhalb des Dorfes befinden sich tief eingehöhlte Schieferhöhlen. Die Stützpfiler des Erdbodens haben nachgegeben. Über 300 Menschen mußten das Dorf bereits verlassen.

KONIGL. SELTERS. Rein natürlich gefüllt unter Staatskontrolle. 10548

